



**Rückblick
und
Ausschau**

St Gallen kann es.

**Geschäftsbericht
2016**

1. Prolog des Regierungspräsidenten	3
2. Berichte der Staatskanzlei und der Departemente	6
1. Staatskanzlei	6
2. Volkswirtschaftsdepartement	12
3. Departement des Innern	18
4. Bildungsdepartement	24
5. Finanzdepartement	32
6. Baudepartement	38
7. Sicherheits- und Justizdepartement	44
8. Gesundheitsdepartement	50
3. Aussenbeziehungen	56
4. Regierungscontrolling	60
5. Antrag	79

Titelbild
 Einen kulturellen Meilenstein erlebte die Pädagogische Hochschule St.Gallen
 im April 2016 mit dem Fassadenmusical «Bildung im Lichtermeehr». Studierende
 und Dozierende verwandelten gemeinsam mit dem Lichtkünstler Gerry Hofstetter
 die Fassade des historischen Gebäudes Marienberg in eine Bühne.

Prolog des Regierungspräsidenten

Liebe Leserinnen und Leser

Das Jahr 2016 war von markanten Ereignissen und Entwicklungen insbesondere auf internationaler Ebene geprägt, die noch einige Zeit nachwirken werden. An der Schwelle zum neuen Jahr ist daher vielerorts – auch bei uns im Kanton St. Gallen – Unsicherheit zu spüren: Was haben Europa und die Welt von der Ära Trump zu erwarten? Welche Auswirkungen hat der Brexit auf die Europäische Union und auf unser bilaterales Verhältnis zu ihr? Inwiefern werden die westlichen Demokratien durch die neuen politischen Kräfte, welche in vielen Staaten die etablierten Parteien herausfordern, verändert? Haben wir im aktuellen Jahr wieder mit grossen Migrationsströmen an unseren Grenzen zu rechnen? Neben diesen politischen Themen ist mit der Digitalisierung ein technologischer Wandel im Gang, der sowohl die Wirtschaft als auch Politik und Gesellschaft stark herausfordert. Auch dieser Veränderungsprozess bringt Unsicherheit: Wird es in Zukunft noch genügend Arbeitsplätze geben? Können die digitalen Risiken genügend beherrscht werden?

Den Wandel proaktiv gestalten

Nicht in all den genannten Bereichen ist der Kanton St. Gallen gleichermassen betroffen und in der Verantwortung. Allerdings hatte Louis Pasteur einst richtig gesagt: «Veränderungen begünstigen nur den, der darauf vorbereitet ist.» Entsprechend will die Regierung nicht einfach nachträglich auf Umwälzungen reagieren, sondern dort den sich abzeichnenden Wandel proaktiv gestalten, wo sie die Möglichkeiten dazu hat. Diesem Ziel dient insbesondere auch die Schwerpunktplanung, die von der Regierung aktuell erarbeitet wird und im ersten Halbjahr 2017 verabschiedet werden soll. Darin werden die folgenden zentralen Fragen aufgegriffen und beantwortet: Wie organisieren wir uns? Wovon leben wir? Wie leben wir zusammen? Wie entwickeln wir uns? Im Gegensatz zur aktuellen, vierjährigen Schwerpunktplanung ist die neue Fassung auf einen zehnjährigen Planungshorizont ausgerichtet, damit langfristigen Entwicklungen noch besser Rechnung getragen werden kann. Gleichwohl soll alle vier Jahre wieder eine Überprüfung und Aktualisierung dieses Planungsinstruments stattfinden.

Fortschreitende Digitalisierung

Um passende Antworten auf die wachsenden Herausforderungen rund um die rasch fortschreitende Digitalisierung zu haben, sind im vergangenen Jahr wichtige Weichenstellungen vorgenommen worden. So konnten beispielsweise die gesetzlichen Grundlagen für den Betrieb von Informatikmittelschulen geschaffen werden. Diese Ausbildung soll nun erstmals ab dem Sommer 2017 angeboten werden. Aufgrund einer vom Kantonsrat gutgeheissenen Motion hat die Regierung zudem den Projektauftrag für eine IT-Bildungsoffensive erteilt. Ziel ist ein gesondert finanzierter Kredit in Millionenhöhe für Massnahmen auf allen Schulstufen zur Unterstützung von Wirtschaft und Gesellschaft bei der



«Veränderungen begünstigen nur den,
der darauf vorbereitet ist.»

Louis Pasteur

Martin Klöti
Regierungspräsident

Digitalisierung, der dem Stimmvolk vorgelegt werden soll. Mit den beiden genannten Vorhaben soll insbesondere auch der in der IT-Branche besonders prekäre Fachkräftemangel gelindert werden.

Gleichzeitig möchte die Regierung die neuen digitalen Möglichkeiten nutzen, um Mehrwert für die Bevölkerung zu schaffen und zu Effizienzsteigerungen in der Verwaltung beizutragen. Im laufenden Jahr soll daher einerseits ein neues E-Voting-System eingeführt werden, das nicht nur für die Auslandschweizer, sondern erstmals auch für fünf St. Galler Pilotgemeinden zum Einsatz kommen soll. Andererseits soll im Kanton eine Lösung für die elektronische Geschäftsverwaltung eingeführt werden, die einen standardisierten Umgang mit digitalen Dokumenten ermöglicht. Zudem soll schwergewichtig in den nächsten beiden Jahren die im vergangenen Mai verabschiedete IT-Strategie SG 2016+ umgesetzt werden, damit Methoden, Werkzeuge und Lösungen für die effiziente Erfüllung der staatlichen Aufgaben bereitgestellt und die Optimierung von Geschäftsprozessen gefördert werden können.

Die eigene Identität stärken

Ob ein guter Umgang mit der aktuellen Unsicherheit gelingt, ist jedoch nicht nur eine Frage von klugen Strategien und Massnahmen, sondern hängt auch wesentlich davon ab, wie stark die eigene Identität ist. Hierzu vermag insbesondere die Kultur einen wesentlichen Beitrag zu leisten. Gerade in der zunehmend heterogenen Gesellschaft wird es stetig bedeutender, die kulturelle Vielfalt zu unterstützen sowie das kulturelle Erbe zu bewahren und zu überliefern, um Identitätsstiftendes zu stärken und unterschiedliche Bevölkerungsgruppen am gesellschaftlichen Leben zu beteiligen. Dies gilt in besonderem Mass für den Ringkanton St. Gallen, da seine Regionen historisch und dadurch auch kulturell sehr unterschiedlich geprägt sind. Mit dem totalrevidierten Kulturförderungsgesetz und dem neuen Kulturerbe-gesetz sollen deshalb die kulturellen Stärken der Regionen sowohl als identitätsstiftende als auch bindende Kräfte gefördert werden. Beide Gesetzesvorlagen werden im laufenden Jahr vom Kantonsrat beraten werden.

Das Thema «Identität» spielt zudem auch im Jahr meines Regierungspräsidiums, das unter dem Motto «Cliché und Surprise – St. Gallen kann es» steht, eine wichtige Rolle. Im Rahmen einer «Tour de Cliché» besuche ich alle acht Wahlkreise des Kantons, um mit der Bevölkerung über regionale Clichés ins Gespräch zu kommen sowie gemeinsam zu überlegen, welche davon einerseits ihre Berechtigung haben und welche andererseits falsch sind und daher entsorgt werden sollten. Damit leisten diese Anlässe einen Beitrag zur Auseinandersetzung mit der regionalen Identität und stärken die eigene Wahrnehmung und das Selbstbewusstsein.

Für anstehende innere Verdichtung gut gerüstet

Weniger Unsicherheit soll es hingegen künftig im Kanton bei der Siedlungsentwicklung und der inneren Verdichtung geben. Der Kantonsrat hat im vergangenen Jahr mit dem neuen Planungs- und Baugesetz alle dafür über das Bundesrecht hinaus notwendigen Instrumente geschaffen. Darauf abgestützt schickte die Regierung das entsprechend grundlegend überarbeitete Richtplankapitel in die Vernehmlassung. Konkret wird darin die Grösse, die Verteilung sowie die regional abgestimmte künftige Entwicklung des Siedlungsgebiets aufgezeigt. Mit der Genehmigung durch den Bund wird im Sommer 2017 gerechnet. Mit dem neuen Planungs- und Baugesetz und dem in Etappen gesamtüberarbeiteten Richtplan ist der Kanton St. Gallen für die Herausforderungen der Zukunft gut gerüstet.

Dank

Abschliessend danke ich allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Kantons ganz herzlich für das grosse Engagement und die professionelle Aufgabenerfüllung. Nur dank dieses Einsatzes war es der Regierung möglich, ihre Vorhaben und Projekte im vergangenen Jahr umzusetzen. Ich freue mich darauf, mit dieser Unterstützung weitere Vorbereitungsarbeiten im Hinblick auf die sich abzeichnenden Veränderungen in Angriff zu nehmen.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'M. Klöti', with a stylized flourish at the end.

Martin Klöti, Regierungspräsident

1. Staatskanzlei



«Um in der täglichen Arbeit eine hohe Qualität zu erzielen und zu halten, lässt sich die Staatskanzlei seit dem Jahr 2004 ISO-zertifizieren. 2016 stand die Rezertifizierung nach der neuen ISO-Norm 9001:2015 an. Die Vorbereitungen dafür boten eine gute Gelegenheit, die gesetzten Qualitätsmerkmale kritisch zu hinterfragen, Abläufe zu optimieren und neue Themen einzubinden. Die Staatskanzlei wurde ohne jegliche Beanstandung rezertifiziert.»

Staatssekretär Canisius Braun
Leiter der Staatskanzlei

Wahlzyklus 2015/16 erfolgreich abgeschlossen

Die Abfolge der Wahlsonntage, die im Herbst 2015 mit den Wahlen in den National- und den Ständerat begonnen hatte, wurde am 28. Februar 2016 mit den Erneuerungswahlen des Kantonsrates und der Regierung sowie am 24. April mit dem zweiten Wahlgang für den letzten Sitz in der Regierung zu Ende geführt. Im Jahr 2016 wurden ausserdem ein E-Voting-System für den Kanton St. Gallen ausgewählt, eine kleine Parlamentsreform umgesetzt, die Planungs- und Steuerungsinstrumente überarbeitet und gegen 400 Medienmitteilungen verbreitet.

Für die 120 Sitze im Kantonsrat bewarben sich in den acht Wahlkreisen 780 Kandidierende auf 72 Listen. Dies waren 3,3 Prozent weniger als bei der Kantonsratswahl im Jahr 2012. Ebenfalls leicht tiefer war der Frauenanteil: Die 227 Kandidatinnen entsprachen 29,1 Prozent; im Jahr 2012 lag er bei 29,5 Prozent. Angestiegen ist hingegen die Wahlbeteiligung: Bei den Kantonsratswahlen lag sie bei 45,3 Prozent (2012: 37,6 Prozent), bei den Regierungswahlen im ersten Wahlgang bei 52 Prozent (42,3 Prozent) und beim zweiten Wahlgang bei 33,7 Prozent (31,6 Prozent).

Die Zusammenarbeit der involvierten Dienststellen der Staatsverwaltung wie auch der externen Partner klappte gut. Nach Abschluss des Wahlzyklus 2015/16 machte die Staatskanzlei ein Debriefing mit den Wahlverantwortlichen der Gemeinden sowie eine Kundenzufriedenheitsumfrage über Ablauf und Organisation der Wahlen. Die Eingliederung des Dienstes für politische Rechte in die Staatskanzlei ist damit in der Praxis erfolgreich erprobt.

E-Voting-System ausgewählt

Nach der Auflösung des «Consortium Vote électronique» evaluierte die Staatskanzlei im Jahr 2016 im Rahmen eines Ausschreibungsverfahrens eine Nachfolgelösung für ein E-Voting-System. Im Oktober erteilte sie dem Kanton Genf den Zuschlag. Ziel ist es, ab dem Urnengang vom 24. September 2017 E-Voting anzubieten für die Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer sowie für die Stimmberech-

tigten der St. Galler Pilotgemeinden Goldach, Kirchberg, Rapperswil-Jona, Vilters-Wangs und Widnau. Der Kanton St. Gallen strebt zudem an, E-Voting möglichst rasch papierarm oder gar papierlos durchzuführen. Interessierte Stimmbürgerinnen und Stimmbürger sollen sich als

Der Kanton St. Gallen wird weiterhin das papierlose E-Voting konsequent anstreben.

E-Voter registrieren lassen können und anschliessend ihre Wahl- und Abstimmungsunterlagen auf elektronischem Weg erhalten. Ein solches Anmeldeverfahren ist mit dem Bundesrecht vereinbar; zu diesem Schluss kommt ein vom Kanton St. Gallen in Auftrag gegebenes Gutachten.

Die Staatskanzlei gab im Jahr 2016 einen Leitfaden für die Erstellung von Dokumenten der Regierung und des Kantonsrates heraus. Diese Schreibweisungen dienen als praktisches Hilfsmittel für alle Fragen rund um Form, Redaktion und Gestaltung solcher Dokumente. Zugleich leisten sie einen Beitrag zu Standardisierung und Qualitätssicherung. Die Schreibweisungen sind mit Musterdokumenten illustriert und mit entsprechenden elektronischen



Am 28. Februar 2016 fanden die Wahlen in den Kantonsrat und in die Regierung statt. Gratulation für den frisch gewählten Regierungsrat Bruno Damann im Wahlzentrum im Pfalz Keller.

Formatvorlagen verknüpft. Zudem wurde der im Jahr 2012 herausgegebene Rechtsetzungsleitfaden aktualisiert und nachgeführt.

Kleine Parlamentsreform umgesetzt

Das Jahr 2016 war bei den Parlamentsdiensten stark geprägt vom Amtsdauerwechsel des Kantonsrates. Die neue Amtsdauer 2016/2020 brachte eine veränderte Zusammensetzung des Kantonsrates mit sich. Rund 30 Mitglieder traten neu in den Kantonsrat ein; sie wurden von den Parlamentsdiensten in die Ratstätigkeit eingeführt und in ihrem neuen Amt unterstützt.

Auf den Amtsdauerwechsel hin wurde überdies eine kleine Parlamentsreform umgesetzt. Diese bestand aus dem IX. Nachtrag zum Staatsverwaltungsgesetz sowie aus dem XV. und dem XVI. Nachtrag zum Geschäftsreglement des Kantonsrates.

Teil der Parlamentsreform war eine Anpassung des Kommissionensystems. Die Kommission für Aussenbeziehungen wurde aufgehoben, und die Zusammensetzung der Redaktionskommission wurde angepasst. Verzichtet wurde auf die Schaffung von Fachbereichskommissionen. Neu

zählt der Kantonsrat noch vier ständige Kommissionen: Rechtspflegekommission, Staatswirtschaftliche Kommission, Finanzkommission und Redaktionskommission.

Neu zählt der Kantonsrat noch vier ständige Kommissionen – und eine fünfte Session wurde eingeführt.

Ebenfalls umgesetzt wurde die Motion «Fristen zur Bearbeitung von gutgeheissenen Motionen und Postulaten». Neu muss die Regierung dem Kantonsrat spätestens drei Jahre nach der Gutheissung einer Motion oder eines Postulats einen Bericht bzw. eine Botschaft und einen Entwurf vorlegen. Der Kantonsrat kann auf begründeten Antrag der Regierung hin einer Fristverlängerung zustimmen.

Nachdem die Aprilsession des Kantonsrates im Jahr 2011 einer Sparmassnahme zum Opfer gefallen war, beschloss der Kantonsrat im Jahr 2016, die Aprilsession wieder einzuführen. Neben den Sessionen im Juni, September und



Der siebte Sitz der Regierung ging am 24. April 2016 an Marc Mächler.

November, die in der Regel drei Tage in Anspruch nehmen, sollen die Session im April wie auch jene im Februar auf zwei Tage beschränkt werden.

Parlamentsdienste sind nun teilautonom

Seit Amtsdauerbeginn heisst die für den Kantonsrat zuständige Dienststelle der Staatskanzlei nicht mehr Ratsdienst, sondern Parlamentsdienste. Die Parlamentsreform klärte die Stellung der Parlamentsdienste, indem die Wahlzuständigkeit für deren Leiter vereinheitlicht und die Aufgaben der Parlamentsdienste systematisiert wurden.

Resultat ist ein teilautonomes Modell, das die Parlamentsdienste hierarchisch dem Präsidium des Kantonsrates unterstellt und gleichzeitig die administrative Zuordnung zur Staatskanzlei beibehält. Auf diese Weise konnten die eingespielten Prozesse und Synergien innerhalb der Staatskanzlei beibehalten werden, und der Kantonsrat kann weiterhin auf den Support der ganzen Staatskanzlei zählen.

Eine grosse Aufgabe war die Übertragung der Geschäftsführungen der vorberatenden Kommissionen von den Departementen an die Parlamentsdienste. Dies erforderte eine moderate personelle Aufstockung der Parlamentsdienste,

die auch zu einer Neuorganisation und zur Vereinheitlichung der Geschäfts- und Protokollführungen über alle ständigen und nichtständigen Kommissionen hinweg genutzt wurde.

Planungs- und Steuerungsinstrumente überarbeitet

Als Folge des VIII. Nachtrags zum Staatsverwaltungsgesetz wurde das Konzept «Planungs- und Steuerungsinstrumente» aus dem Jahr 2012 überarbeitet. In Umsetzung davon legte die Regierung im Juni auf der Basis eines Grundlagenberichts des Dienstes für politische Planung und Controlling die Eckwerte der Schwerpunktplanung 2017–2027 fest. Diese wurden durch die Departemente fachlich reflektiert. Es zeichnet sich ein vierter Schwerpunkt ab, der den Trend der Digitalisierung aufgreift. Das Regierungscontrolling wurde präziser und aussagekräftiger gestaltet. Das Projektportfolio enthält neu strikt alle Regierungsprojekte. Hochbauprojekte werden separat ausgewiesen. Auch die Überprüfung der strategischen Ziele der Schwerpunktplanung wurde weiterentwickelt. Sie erfolgt indikatorengestützt und differenziert nach erbrachten Leistungen und erzielten Wirkungen.

Staatliche Tätigkeit auf Wirkung überprüfen

Die Kantonsverfassung schreibt vor, die Erfüllung der Staatsaufgaben sei auf deren Wirtschaftlichkeit und Wirksamkeit hin zu überprüfen. Dafür entwickelte der Dienst für politische Planung und Controlling zusammen mit dem Institut für Systemisches Management und Public Governance der Universität St. Gallen ein kantonsspezifisches Wirkungsmodell. Das Instrument evaluiert Ziele, Tätigkeiten, Leistungen und Wirkungen einer Verwaltungseinheit. Der Nutzen einzelner Aktivitätsbereiche kann transparent identifiziert und kommuniziert werden (Legitimationsfunktion). Die Ergebnisse leisten zudem einen Beitrag, um Amts- und Teilstrategien zu optimieren und die Wirksamkeit der Verwaltungseinheit zu stärken (Strategiefunktion). Als Pilot wurden 2016 die Aussenbeziehungen evaluiert und die Ergebnisse in die neue Strategie Aussenbeziehungen integriert.

nawi.sg erfolgreich lanciert

Das 2016 lancierte, frei zugängliche Online-Tool «nawi.sg» hat sich als wertvolles Nachhaltigkeitsbewertungs- und Strategieinstrument etabliert. Es prüft Vorhaben im Hinblick auf ihren Beitrag zur Erreichung der Staatsziele. 2016 wurden unter Begleitung durch den Dienst für politische Planung und Controlling die Gesamtüberarbeitung des Richtplans (Teil Siedlung) sowie die Einführung des E-Votings strukturiert diskutiert und die Wirkungen auf Wirtschaft, Gesellschaft und Umwelt abgeschätzt.

Um in der täglichen Arbeit eine hohe Qualität zu erzielen, lässt sich die Staatskanzlei seit über zehn Jahren ISO-zertifizieren. 2016 stand die Rezertifizierung nach der neuen

ISO-Norm 9001:2015 an. Die Vorbereitungen für das zweitägige Audit dienten nicht bloss der Rezertifizierung, sondern boten Raum, um die eigenen Qualitätsmerkmale kritisch zu hinterfragen, Abläufe zu optimieren und neue Themen einzubinden. Die ISO-Zertifizierung erfolgte ohne jegliche Beanstandung.

378 Medienmitteilungen verbreitet

Ein intensives Jahr war 2016 für die Dienststelle Kommunikation. Insgesamt 378 Medienmitteilungen stellte sie den Redaktionen innerhalb, aber auch ausserhalb der st. gallischen Kantons Grenzen zu. Davon stammten 24 aus Kommissionen des Kantonsrates. Diese Zahl ist vergleichsweise klein, weil die Medien während der Sessionen anwesend sind und die Ratsverhandlungen direkt verfolgen. Überdies versandte die Staatskanzlei 61 Einladungen zu Medienkonferenzen.

Wenn der Kanton über seine Tätigkeiten informiert, sind Bilder längst zu einem wichtigen Bestandteil geworden. Doch Fotos sind speicherintensiv und müssen richtig verschlagwortet sein, damit sie gefunden werden. Deshalb setzt die Dienststelle Kommunikation seit 2016 eine Medien-datenbank ein. Diese vereinfacht die Ablage der Fotos und darüber hinaus deren Versand an die Medien. Die Redaktionen erhalten mit der Medienmitteilung einen Link mit integriertem PIN-Code und können damit im Bildarchiv recherchieren.

Früher nannte man sie Sauregurkenzeit, jene Flaute im öffentlichen Geschehen, die während der Ferienzeit herrscht. Seit Jahren nutzt die Dienststelle Kommunikation das Sommerloch, um die Medien in aufgelockertem Rahmen



Abseits der Tagesaktualität erhielten die st. gallischen Medien Einblick in die Arbeit von Kantonspolizei und Grenzwaache bei der Sicherung des Grenzraums. Das Medieninteresse war beträchtlich.

über Themen zu informieren, die nicht im Scheinwerferlicht der Tagesaktualität stehen. Im Jahr 2016 gab es solche Anlässe erstmals nicht nur im Sommer, sondern auch während der Herbstferienzeit – stets live vor Ort. Einblicke gab es in den Alltag im Asylzentrum Sonnenberg in Vilters, in die Angebote für Demenzkranke im Tagesheim Notkerstübli in St. Gallen, in die Planung von anregenden Spiel- und Pausenplätzen in Flawil, in die Trainerausbildung für J+S-Kurse in Widnau, in die Frontarbeit der Kantonspolizei und des Grenzwachtkorps im Grenzraum sowie in den Hochwasserschutz beim Rheinunternehmen in Widnau.

Facebook wird stark beachtet

Die Informationen, die der Kanton auf Social Media verbreitet, werden von der Bevölkerung immer besser beachtet. Im Jahr 2016 hat sich auf Facebook die Zahl der Likers mehr als verdoppelt: Sie stieg von 2200 auf über 4800. Die durchschnittliche Reichweite lag bei 2150 Personen pro Post (Veröffentlichung), Tendenz steigend. Das rasante Wachstum ist eine Folge der gezielten Pflege der öffentlichen Kommunikation, der Betreuung der Community rund um die Uhr und der Lancierung neuer Formate.

Auf grosses Interesse stiess die Live-Berichterstattung per Twitter während der Kantonsratssessionen.

Twitter pendelte sich im Jahr 2016 auf stabilem Niveau ein. Im Durchschnitt erreichten die Tweets monatlich 27 000 Personen. Auf grosses Interesse stiess die Live-Berichterstattung per Twitter während der Kantonsratssessionen. Die Beschlüsse wurden rege favorisiert, geteilt und diskutiert.

Video-Angebote diversifiziert

Die Social-Media-Kanäle des Kantons profitierten auch stark von der Lancierung neuer Video-Formate und der Produktion von Filmen zu speziellen Themen. Gut beachtet wurden Videos zu aktuellen Ereignissen oder mit originellen Aufhängern. Neu eingeführt wurde eine Video-Serie, in der Staatssekretär Canisius Braun jeweils einige Tage vor der Session die wichtigsten Geschäfte kurz vorstellt. Sonderproduktionen mit grossem Zuspruch waren das Musikvideo mit dem St. Gallerlied, gesungen vom Kinderchor der Domsingschule St. Gallen, sowie verschiedene Dokumentarvideos für das Amt für Umwelt und Energie – zum Beispiel über Mikroverunreinigungen in Fliessgewässern. Eine zunehmend wichtige Rolle spielt das Live-Broadcasting. Im kommenden Jahr wird die Staatskanzlei dieses Angebot erweitern. Jedes Thema gewinnt enorm an Attraktivität, wenn zeitnah oder sogar live darüber berichtet wird.

i



Sant Galle isch mis Heimatland ...

... bont gschägget isch sis Chleid, wies niene fendscht of dere Welt so loschtig zämegnait. Drom kennts en jede a sim Gwand, jo, üsers lieb Sant Gallerland ...

Es klingt in unseren Ohren an, das St. Gallerlied von Walter Schmid und Sales Huber, und doch kennen wir es nicht richtig. Anstoss zu seiner Entstehung gab das 150-Jahr-Jubiläum des Kantons anno 1953. Alle Schulkinder sollten es singen und ins St. Gallerland hineintragen. Das Zusammengehörigkeitsgefühl der Menschen in unserem zusammengewürfelten Kanton sollte es stärken.

Mittlerweile ging die St. Galler Hymne fast vergessen. Nicht einmal im Staatsarchiv gab es eine vollständige Aufnahme, schon gar nicht in heutiger Tonqualität. Deshalb realisierte die Staatskanzlei im Jahr 2016 eine Neuaufnahme. Der Kinderchor der Domsingschule St. Gallen unter der Leitung von Anita Leimgruber-Mauchle studierte das St. Gallerlied eigens dafür ein. Die 35 Kinder im Alter zwischen acht und elf Jahren intonierten die gut 60-jährigen Strophen mit viel Eifer und Freude. Die Ton- und Videoaufnahme ist auf der Website des Kantons zu finden: www.sg.ch

2. Volkswirtschaftsdepartement



«Die Innovationsförderung ist wichtig für die Zukunft unserer Wirtschaftsregion. Damit können wir attraktive Arbeitsplätze erhalten und schaffen.»

Regierungsrat Bruno Damann
Vorsteher Volkswirtschaftsdepartement

Vielfalt und Aktualität charakterisieren das Departement

Aktuelle Themen wie die starken Achsen im öffentlichen Verkehr in der Stadt St. Gallen, die Digitalisierung in der Landwirtschaft, die Biodiversität, die Entwicklung im Arbeitsmarkt und die Förderung des Forschungs- und Innovationszentrums RhySearch beschäftigen das Volkswirtschaftsdepartement.

Das Jahr 2016 stand im Zeichen des Vorsteherwechsels. Regierungsrat Benedikt Würth übergab seinem Nachfolger Bruno Damann ein gut aufgestelltes Departement. Viele Projekte wurden abgeschlossen, andere wurden weitergeführt und konsolidiert. Neue – zum Beispiel die Stärkung der Empa am Standort St. Gallen, die Optimierung der Tourismusstrukturen und die Erarbeitung der Biodiversitätsstrategie – wurden vom neuen Vorsteher angestossen.

Aus für Projekt Expo2027

Das Volkswirtschaftsdepartement hatte bei der Erarbeitung des Kantonsratsbeschlusses über einen Sonderkredit zur Finanzierung von Machbarkeitsstudie und Bewerbungs-

dossier Expo2027 mitgewirkt. Nach dem ablehnenden Volksentscheid vom Juni 2016 wurden weitere Arbeiten jedoch hinfällig. Mit der Schlussrechnung sowie der Auflösung des Projektsteuerungsausschusses und der interkantonalen Arbeitsgruppe wurde das Expoprojekt Ende 2016 abgeschlossen.

Flughafen Zürich

Der Flughafen Zürich beschäftigte die Verwaltung auch 2016. Der Bund legte eine Änderung des SIL-Objektblatts (Sachplan Infrastruktur der Luftfahrt) zur Stellungnahme auf. Darin ging es unter anderem um einen Ausbau der Pisten 28 und 34, womit bei Bise und Nebel Südstarts ermöglicht werden sollen. Die Regierung äusserte sich kritisch zu den geplanten Änderungen und sprach sich klar gegen einen Ausbau der Piste 28 aus. Sie wehrt sich dagegen, dass der Anflug vermehrt von Osten – über die Region Wil – erfolgen soll.

Entwicklung im Arbeitsmarkt

Im Jahr 2016 ging die Arbeitslosigkeit im Kanton St. Gallen leicht zurück. Ende 2016 betrug die Zahl der Stellensuchenden 11 997 gegenüber 12 061 Ende 2015. Dies entspricht einem Rückgang von 0,5 Prozent, gleichzeitig wurde in der ganzen Schweiz ein Anstieg um 1,5 Prozent verzeichnet. Die Zahl der Beschäftigten wuchs. Ende des dritten Quartals 2016 wurden 285 500 Beschäftigte gezählt, 1,2 Prozent mehr als ein Jahr zuvor. Nach dem ausserordentlichen Anstieg im Jahr 2015 ging die entschädigte Kurzarbeit im Jahr 2016 zurück. Sie sank allerdings nicht auf das Niveau von Anfang 2015, also vor der Aufhebung des Euro-Franken-Mindestkurses.



Bruno Damann und Benedikt Würth bei der Amtsübergabe.

Innovationspreis für «QualiWork»

Das Amt für Wirtschaft und Arbeit durfte im Jahr 2016 einen schönen Erfolg verbuchen: Es erhielt für das Projekt «QualiWork» den Innovationspreis der kantonalen Verwaltung. Das Projekt, eine Zusammenarbeit mit den Verkehrsbetrieben der Stadt St. Gallen, bildet ältere Stellensuchende zu Buschauffeuren aus und ermöglicht ihnen den Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt.

Tätigkeit als Dienstleister nachzugehen. Schweizer Arbeitgeber können umgekehrt Arbeitnehmende aus der EU für die gleiche Dauer anstellen. Dafür braucht es keine Bewilligung. Die Meldung (Selbstdeklaration) erfolgt vereinfacht online und beinhaltet Arbeitgeber-, Einsatz- und Arbeitnehmerdaten. In den letzten fünf Jahren haben solche kurzfristigen Arbeitseinsätze markant zugenommen.



Vertreterinnen und Vertreter des Amtes für Wirtschaft und Arbeit nehmen zusammen mit Bruno Damann den Innovationspreis entgegen.

Eine schnelle und nachhaltige Integration von Stellensuchenden in den ersten Arbeitsmarkt ist die Hauptaufgabe der Regionalen Arbeitsvermittlungszentren (RAV). Dafür steht neben der Vermittlung und Beratung eine grosse Palette arbeitsmarktlicher Massnahmen zur Verfügung, welche die Kompetenzen der Stellensuchenden den heutigen Anforderungen des Arbeitsmarktes anpassen und damit ihre Vermittlungsfähigkeit verbessern sollen. In diese arbeitsmarktlichen Massnahmen investiert der Kanton jährlich rund 25 Millionen Franken aus der Arbeitslosenversicherung.

Verschiedene Massnahmen führen zu einer positiven Arbeitsmarktentwicklung.

Meldeverfahren nehmen markant zu

Die bilateralen Verträge mit der EU ermöglichen Arbeitnehmenden sowie Selbständigen, die ihren Wohnsitz in der EU haben, während 90 Tagen pro Jahr in der Schweiz einer

Ausländische Dienstleistungserbringer müssen ihre Meldungen mindestens acht Tage vor dem Einsatz erbringen. Diese Zeit gibt den Kontrollorganen die Möglichkeit, sich auf eine eventuelle Kontrolle der Lohn- und Arbeitsbedingungen vorzubereiten. Halten die Arbeitgeber die Meldefristen nicht ein, werden sie erstmalig verwarnet, bei weiteren Übertretungen gebüsst. Wegen zeitlicher Verstösse mussten im Jahr 2016 bei 49 891 Meldungen lediglich 635 (1,27 Prozent) Verwarnungen oder Bussen ausgesprochen werden.

Fachkräftemangel angehen

Der Kantonsrat nahm den Bericht zur Bekämpfung des Arbeits- und Fachkräftemangels sowie die dazugehörigen Massnahmen positiv auf. Die Umsetzung der Massnahmen liegt in der Verantwortung der betroffenen Departemente. Dies sind neben dem Volkswirtschaftsdepartement (arbeitsmarktliche Massnahmen) namentlich das Departement des Innern (Integration von Flüchtlingen und vorläufig Aufgenommenen) und das Bildungsdepartement (Informatikoffensive).

Hightech-Wertschöpfungskette stärken

Das Forschungs- und Innovationszentrum Rheintal Rhy-Search stellt Unternehmen eine umfassende Forschungs-

und Innovationsunterstützung zur Verfügung. Im Jahr 2016 baute es seine Forschungskompetenz weiter aus. In der angewandten Forschung und Entwicklung fokussiert RhySearch auf optische Hightech-Beschichtung, Präzisionsfertigung und Verpackungstechnologie.

Touristische Akzente gesetzt

In der Standortförderung standen neben der Betreuung von ansässigen sowie am Zuzug interessierten Unternehmen konkrete touristische Entwicklungen im Zentrum. Zusammen mit den Bergbahnen und der Alpkorporation Mols wurde in Flumserberg das Projekt «Heidi Erlebnis»-Welt angestossen. Mit einem Hotelprojekt soll es ergänzt werden. Im Sommer erfolgte der Investorenwettbewerb.

Weiter wurde ein Projekt zur Bündelung und Fokussierung der Strukturen in den Tourismusdestinationen gestartet.

Mit dem kantonsübergreifenden Projekt der Ostschweizer Gästekarte «Oskar» wurden neue Wege beschritten. Bleiben die Gäste mehrere Nächte, bietet die Karte zahlreiche Erlebnisse an sowie die Nutzung des öffentlichen Verkehrs.

Im Jahr 2016 wurden mehrere ansässige Unternehmen bei ihrer Expansion unterstützt – beispielsweise die Cicor Gruppe, die in Bronschhofen/Wil ein neues Werk für 200 Mitarbeitende eröffnen konnte. Sodann zeichnet sich ab, dass die Micarna in Bütschwil einen neuen Geflügelverarbeitungsbetrieb, ebenfalls 200 Mitarbeitende, errichten wird. Und der österreichische Sensortechnologiekonzern AMS hat angekündigt, dass er in Rapperswil gleichfalls 200 Arbeitsplätze schaffen will.



Tunnelbau Ruckhalde.

Bahnausbauten schreiten voran

Die Arbeiten an den Bahnausbaustritten 2025 und 2030/35 der Planungsregion Ostschweiz gehen voran. Derzeit überprüft das Bundesamt für Verkehr Änderungsanträge aus den Kantonen für den Ausbauschritt 2025.

Im Juli 2016 trat das neue Gütertransportgesetz in Kraft. Wurde bei der Trassenvergabe bisher der Güterverkehr gegenüber dem Personenverkehr gelegentlich benachteiligt, schafft das neue Gesetz gleichberechtigte Rahmenbedingungen. Allerdings kann dies auch zu Trassierungskonflikten führen. Aktuelles Beispiel ist die S1 zwischen Wil und St. Gallen, die um 15 Minuten verschoben fahren muss.

Projekt «Starke Achsen»

Im Projekt «Starke Achsen» befassen sich Stadt und Kanton St. Gallen mit der Frage, wie der Anstieg der Passagierzahlen im öffentlichen Busverkehr sowie die Zunahme der Stautunden auf der Achse St. Gallen Winkeln – Neudorf/Heiligkreuz mittel- bis langfristig bewältigt werden können. Ein Teilprojekt klärt in Varianten die Wirtschaftlichkeit ab. Im Sommer 2017 sollen die jeweiligen Investitions- und Betriebskosten vorliegen.

*Dank Infrastrukturausbauten
wird das Angebot des öffentlichen
Verkehrs verbessert.*

Durchmesserlinie St. Gallen kommt voran

Der Bau der Durchmesserlinie Appenzell – St. Gallen – Trogen kommt voran. Seit Ende 2015 sind die beiden Teilprojekte «AB-Bahnhof St. Gallen» und «Neubaustrecke Ruckhalde» im Bau. Beim Ruckhalde-Projekt sind die je rund 40 Meter langen Tagbautunnelabschnitte Nord und Süd im Rohbau fertiggestellt. Nachdem im Juli 2016 der bergmännische Tunnelausbruch begonnen hatte, war im Dezember bereits die Hälfte des Tunnels ausgebrochen. Die Appenzeller Bahnen gehen davon aus, dass die Durchmesserlinie wie geplant im Dezember 2018 in Betrieb genommen werden kann.

Biodiversitätsstrategie erarbeiten

Die naturräumlichen Gegebenheiten beschenken dem Kanton St. Gallen eine ausserordentliche Lebensraum- und Artenvielfalt. Rund ein Drittel der Kantonsfläche besteht aus naturnahen Ökosystemen. Die Biodiversität ist jedoch trotz grosser Schutzbemühungen stark bedroht. Um die Lebensraum- und Artenvielfalt zu erhalten, hat sich die Regierung im Rahmen der Schwerpunktplanung 2013–2017 zum Ziel gesetzt, eine kantonale Biodiversitätsstrategie zu erarbeiten. Mit einer Situationsanalyse wurden der Stand

und die Defizite im biodiversitätsrelevanten Vollzug erfasst und daraus der Handlungsbedarf abgeleitet. Ende 2016 wurden die Handlungsfelder festgelegt sowie Massnahmen vorgeschlagen. Mit einem Projektteam aus Vertretern verschiedener Ämter und der VSGP wird 2017 eine Strategie erarbeitet.

Waldreservate erhalten und fördern

Die Förderung und Erhaltung der Waldbiodiversität ist eines der elf Waldziele. Zu den wichtigsten Massnahmen zählen die Schaffung von Waldreservaten und Altholzinseln, die flächendeckende Anwendung des naturnahen Waldbaus sowie die Aufwertung von Kleinbiotopen und Waldrändern. Bis zum Jahr 2030 soll vertraglich gesichert sein, dass 5200 Hektaren Wald je zur Hälfte als Naturwaldreservate und als Sonderwaldreservate dienen. Bis Ende 2016 konnten für 3095 Hektaren Waldreservatsverträge abgeschlossen werden. Damit ist bei den Naturwaldreservaten mit 873 Hektaren das Ziel zu 34 Prozent erreicht, bei den Sonderwaldreservaten mit 2222 Hektaren zu 85 Prozent.

Die Förderung der Biodiversität bedingt das Zusammenspiel aller Interessensgruppen.

Wolf und Luchs heischen Aufmerksamkeit

Der Umgang mit Luchs und Wolf findet grosse Aufmerksamkeit. Nachdem eine Revision der eidgenössischen Jagdverordnung den bisherigen Totalschutz dieser Grossraubtiere lockerte und unter gewissen Umständen eine

Bestandsregulation ermöglicht, bewilligten die Kantone St. Gallen und Graubünden zwei Regulationsabschlüsse von Jungwölfen. Begründet wurde dies mit einer Gefährdung des Menschen, weil das Calanda-Wolfsrudel zunehmend die Scheu vor Menschen verliert und vermehrt Siedlungen aufsucht. Die Abschlüsse konnten jedoch nicht getätigt werden; der fast schneelose Winter 2015/16 verhinderte es.

Der Luchsbestand in der Ostschweiz ist so hoch wie noch nie seit seiner Wiederansiedlung (Projekt Luno). Dies sorgt bei den Jägern für Unmut, weil die Luchse die Gams- und Rehbestände reduzieren, was wiederum die Weisstannenverjüngung verbessert, weil weniger Wild die Jungbäume verbeisst.

Jagd und Fischerei vergaben neue Pachten

Als Inhaber des Jagd- und Fischereiregals verpachtet der Kanton das Nutzungsrecht den Jagdgesellschaften beziehungsweise Fischereivereinen und Einzelpächtern auf jeweils acht Jahre. Planmässig erfolgte die Vergabe der 144 Jagdreviere im Herbst/Winter 2015, sodass die Jagdgesellschaften am 1. April 2016 die Pachtperiode beginnen konnten. Für Diskussionen sorgte die Revierbewertung, weil die Jagdreviere mit hohem Steinwildbestand zum Teil deutlich teurer wurden. Bei zwei Jagdrevieren wurde der Vergabeentscheid rechtlich angefochten. In beiden Fällen steht der Entscheid des Verwaltungsgerichts noch aus. Vergleichsweise ruhig verlief die Neuverpachtung der rund 240 Fischereireviere. Die Vergabe erfolgte nach der Ausschreibung im August 2016 fristgerecht bis im November 2016, sodass die Pachtperiode für alle Pächter am 1. Januar 2017 beginnen konnte. Erstmals wurden sämtliche Pachtgewässer standardisiert mit einem neuen Bewertungstool bewertet.



Luchs in Fotofalle.



Fischer in der Thur vor dem Schafberg.

Fischereizentrum Steinach neu gebaut

Als Ersatz für die im Baurecht betriebene Fischzuchtanlage in Rorschach wurde im Herbst 2015 in Steinach mit dem Neubau eines kantonalen Fischereizentrums begonnen. Zum Zentrum mit Produktionshalle und Bootshaus gehört auch ein Seewasserpumpwerk. Dabei ergab sich eine ideale Zusammenarbeit und Ko-Finanzierung der Seewasserleitung mit der angrenzenden TE Connectivity Solutions GmbH. Das Seewasser kühlt zuerst die Produktionsanlagen der Firma, anschliessend wird das erwärmte Wasser im Fischereizentrum zur Erbrütung von Fischeiern genutzt. Beide Parteien sparen Kosten bei Bau und Betrieb, und auch aus ökologischer Sicht lohnt sich die Synergie. Termingerecht konnten Seewasserpumpwerk und Seeleitung fertiggestellt werden, sodass seit August 2016 die Firma das Kühlwasser nutzen kann. Auch die weiteren Bauarbeiten verlaufen planmässig.

Vertragserneuerung läuft planmässig

In den ersten zwei Vollzugsjahren des revidierten Gesetzes über die Abgeltung ökologischer Leistungen wurde ein Viertel der rund 7000 Verträge erneuert. Ein Jahr nach Inkrafttreten der Verordnung zum Gesetz waren verschiedene Anpassungen nötig, die mit einer Teilrevision umgesetzt wurden. Die Anpassungen betrafen hauptsächlich die Beitragssätze für die ökologische Aufwertung von Waldrändern und Weiden im Sömmerungsgebiet sowie für die Handhabung von Pufferzonen.

Effiziente Zusammenarbeit im Verbund

Zwölf kantonale Landwirtschaftsämter vereinbarten im Jahr 2016 eine verstärkte Zusammenarbeit. Zweck dieser Zusammenarbeit im Agricola-Verbund ist es, den beteiligten Kantonen ein kostengünstiges, effizientes und bedie-

nungsfreundliches Agrarinformationssystem zur Verfügung zu stellen, das die Anforderungen der Verordnung über Informationssysteme im Bereich der Landwirtschaft erfüllt.

Vielfalt der Kulturlandschaft fördern

Die Umsetzung der Agrarpolitik 14–17 ist weit fortgeschritten. Im Jahr 2016 konnten Direktzahlungen an 3904 Betriebe ausgerichtet werden. Nach einem Einbruch im Jahr 2015 (190,5 Mio. Franken) wurden im Jahr 2016 197,8 Mio. Franken Direktzahlungen ausbezahlt. Der Grund dafür ist, dass ab dem Jahr 2016 das ganze Kantonsgebiet mit Landschaftsqualitätsprojekten abgedeckt ist.

Mit der Agrarpolitik 14–17 wurden im Rahmen der Direktzahlungen Landschaftsqualitätsbeiträge eingeführt. Dabei handelt es sich um projektbezogene Vorhaben, die regional verankert und geführt sind. Ziel ist die Förderung der Vielfalt in der Kulturlandschaft. Im Rahmen der kantonalen Umsetzung wurden innert drei Jahren flächendeckend 14 Projekte gestartet und 2802 Verträge mit Landwirten abgeschlossen.

Landwirtschaftliches Zentrum im Bau

Die Realisierung des Ersatzneubaus des Landwirtschaftlichen Zentrums SG in Salez liegt leicht hinter dem Zeitplan zurück. Schwierige Witterungs- und Bodenverhältnisse bei Baubeginn waren der Grund. Nach den erfolgreich abgeschlossenen Pfahl- und Aushubarbeiten wurde Anfang November 2016 der Grundstein gelegt.



Artenvielfalt im Kanton St. Gallen.

3. Departement des Innern



«Wir müssen bestehende Strukturen und Prozesse hinterfragen und weiterentwickeln. Dies gelang uns im Jahr 2016 mittels Gesetzesvorhaben und Projekten in vielen Bereichen. Falls eine Idee politisch scheitert, kann sie immerhin Basis für interessante Alternativen sein. Nur so können wir als Gesellschafts-Departement zudem auch in Zukunft erfolgreich unsere Dienstleistungen für Einwohnerinnen und Einwohner, Unternehmen, Institutionen und Gemeinden erbringen.»

Regierungspräsident Martin Klöti
Vorsteher Departement des Innern

Wichtige Weichenstellungen für den gesellschaftlichen Zusammenhalt

Im Departement des Innern war das Jahr 2016 geprägt von bedeutenden Gesetzesprojekten in den Bereichen Sozialhilfe, Kultur und beim Finanzausgleich. Im Alltag werden die Leistungen der verschiedenen Ämter des Gesellschafts-Departementes stark genutzt – vereinzelt wird die hohe Belastung zum Problem.

Das Departement des Innern ist mit seinen sieben Ämtern am Puls der gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung des Kantons. Im Jahr 2016 standen besonders viele grundlegende Veränderungen an, so etwa im Sozialbereich. Mit der Revision des Kinderzulagengesetzes und einem ersten Revisionspaket zum Sozialhilfegesetz liegen dem Kantonsrat schon zu Beginn des Jahres 2017 zwei Gesetzesanpassungen zur Beratung vor. Für einen Wirkungsbericht zu Organisation und Verfahren im Kindes- und Erwachsenenschutz wurde eine Evaluation durchgeführt.

Familien stärken – Kinder schützen

Ein verbindendes Element dieser Vorlagen aus dem Amt für Soziales ist der Schutz von Kindern. Im IV. Nachtrag zum Sozialhilfegesetz kam etwa Kindern aus armutsbetroffenen Familien ein besonderes Augenmerk zu. Mit der Beibehaltung und der gleichzeitigen Modernisierung des Instruments der Mutterschaftsbeiträge setzte der Kantonsrat ein wichtiges Zeichen für Kinder in armutsbelasteten Familien. Mit der gleichzeitigen Revision des Kinderzulagengesetzes soll ein weiteres Element der Familienunter-



An einer Tagung zur Partizipation von Behinderten erörtert Regierungspräsident Martin Klöti im Oktober 2016, mit Gebärdensprache-Dolmetscher, Gegenwart und Perspektiven der Behindertenpolitik.



Zahlreiche Menschen mit Behinderung nutzen an der Tagung in St. Gallen die Gelegenheit zur Mitsprache.



Noch bis zum April 2017 blickt die Ausstellung «Etwas gefunden?» im Historischen und Völkerkundemuseum in St. Gallen auf 50 Jahre Kantonsarchäologie zurück – und auch voraus.



Die Aufgaben zwischen Kanton und Gemeinden in der Denkmalpflege wurden 2016 neu verteilt. Dieses bäuerliche Wohnhaus in Wangs ist von kantonaler Bedeutung (Bild: Peter Schär).

stützung den heutigen Gegebenheiten angepasst werden. Im zweiten Revisionspaket des Sozialhilfegesetzes wird es nun vor allem um die stationären Betreuungsangebote sowie die Sozialberatung gehen. Mit der Anpassung der Finanzierung des Frauenhauses und des «Schlupfhuus», der Notunterkunft für Kinder und Jugendliche, wird die Bedeutung dieser wichtigen Angebote unterstrichen. Nicht zuletzt werden dann der Wirkungsbericht und der Nachtrag zum Kindes- und Erwachsenenschutzrecht die Effekte von Kindesschutzmassnahmen, wo nötig, optimieren.

Der Schutz von Kindern aus armutsbetroffenen Familien wurde bei der Revision des Sozialhilfegesetzes besonders beachtet.

Vorhaben in der Praxis sind ebenso wichtig wie Gesetzesprojekte. Im Jahr 2016 verabschiedete die Regierung die Strategie Kinderschutz bis 2020. Der Fokus für die kommenden Jahre liegt auf der Sensibilisierung und Weiterbildung von Fachpersonen, der Stärkung der Kinderrechte und auf gefährdeten Kindern. Bereits Ende 2015 hat die Regierung dem Kantonsrat den Bericht «Kinder- und Jugendpolitik im Kanton St. Gallen: Beteiligen, schützen, fördern» vorgelegt. Mit der Strategie «Frühe Förderung» rücken nicht zuletzt auch die Kleinsten in der Gesellschaft in den

Fokus. In interdepartementaler Zusammenarbeit wurde eine Strategie erarbeitet, um die Rahmenbedingungen für Familien mit kleinen Kindern im Kanton so zu gestalten, dass jedes Kind von optimalen Startchancen profitieren kann. Ein weiteres Beispiel für die Projekte im Amt für Soziales sind die Familienzentren: Als Massnahme aus der Strategie «frühe Förderung» unterstützt der Kanton mit dem «Kredit Familienzentren» den Aufbau und die Weiterentwicklung von Begegnungsorten für Familien mit Kleinkindern.

Kultur als sozialer Faktor

Ein Beleg für die breite Perspektive, mit der das Departement des Innern gesellschaftspolitische Themen angeht, war die St. Galler Kulturkonferenz. Dabei diskutierten im Juni 2016 Kulturschaffende auf dem Gipfel des Chäserruggs die Rolle von Menschen mit Migrationshintergrund in der Kultur. Die kulturelle Entwicklung zu fördern – also die kulturelle Vielfalt zu unterstützen und das kulturelle Erbe zu bewahren und zu überliefern – wird in einer heterogener werdenden Gesellschaft immer wichtiger, um Identitätsstiftendes zu stärken und unterschiedliche Bevölkerungsgruppen am gesellschaftlichen Leben zu beteiligen. Für den Ringkanton St. Gallen gilt dies besonders.

Diese Ziele verfolgt die neue Kultugesetzgebung, die im Kantonsrat im Jahr 2017 beraten wird. Die Vernehmlassung zu den neuen Kultugesetzen, die im Sommer 2016 durchgeführt wurde, fiel mehrheitlich positiv aus. Die daraufhin angepassten Erlass-Entwürfe bilden aus Sicht der Regierung nun eine zeitgemässe und zweckmässige Gesetzgebung.



Die Bestände des Stiftsarchivs sind in den neuen Kisten nun besser aufgehoben.

Mit dem geplanten totalrevidierten Kulturförderungsgesetz werden die Eckpunkte der heutigen Förderpraxis formal verankert – auch die regionale Zusammenarbeit der Gemeinden untereinander und mit dem Kanton. Mit dem

Die kulturelle Entwicklung zu fördern, gewinnt in einer heterogener werdenden Gesellschaft an Bedeutung.

neuen Kulturerbe-gesetz werden die Bewahrung und Überlieferung des Kulturerbes verbessert und die neue Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden in der Denkmalpflege festgeschrieben.

Planungen für Staatsarchiv und Bibliothek

Einen Aufschwung sollen mittelfristig das Staatsarchiv sowie die Kantons- und Stadtbibliothek erleben. Im vergangenen Jahr ist die Planung für neue bauliche Lösungen aufgenommen worden. Der Kantonsrat hat bei der Beratung des Berichts zum Postulat «Strategie für das Staatsarchiv» bekräftigt, dass eine neue Lösung für das Staatsarchiv dringend ist. Und auch bei der Kantons- und Stadtbibliothek sind entsprechend des gesetzlichen Auftrags planerische Bemühungen im Gang, vier Bibliotheksstandorte an einem zentralen Ort in der Kantonshauptstadt zusammenzuführen. Bereits ausgereift war Anfang 2016 ein anderes Vorhaben: das Klanghaus Toggenburg. Das Vorhaben verfehlte im März nach ausführlichen Beratungen im Kantonsrat in der Schlussabstimmung das qualifizierte Mehr knapp.

Nutzung Kantonsbibliothek Vadana (KBV) und Bibliothek Hauptpost (BHP)

	2014	2015	2016
Ausleihen KBV	77 015	134 316	153 890
Ausleihen Digitale Bibliothek Ostschweiz (KBV)	47 675	52 677	58 712
Nutzung Spezialbestände der KBV	112	165	176
Besucherinnen und Besucher BHP		83 790	96 912
Aktive Nutzende der BHP (KBV und Stadtbibliothek gemeinsam)		10 267	11 257
Aktive Nutzende ausschliesslich der KBV	4 860	9 172	9 181

Verbesserte Konservierung

In diesem Jahr leistete das Stiftsarchiv einen viel beachteten Beitrag zur Konservierung seines Bucharchivs und der Sammlung von Siegelstempeln. Rund 3000 Handschriften werden fortan in 245 hölzernen «Fluchtkisten» aufbewahrt und sind dadurch besser geschützt.

Im Herbst erschien der zweite Teil der zweibändigen Ausgabe von Römischen Tagebüchern aus dem Kloster St. Gallen. Als Herausgeber wirkte unter anderem Peter Erhart, Leiter des Stiftsarchivs. Das deutsch-italienische Werk wurde in St. Gallen an der Universität und bei der Società Dante Alighieri sowie in Rom im Istituto Svizzero präsentiert.

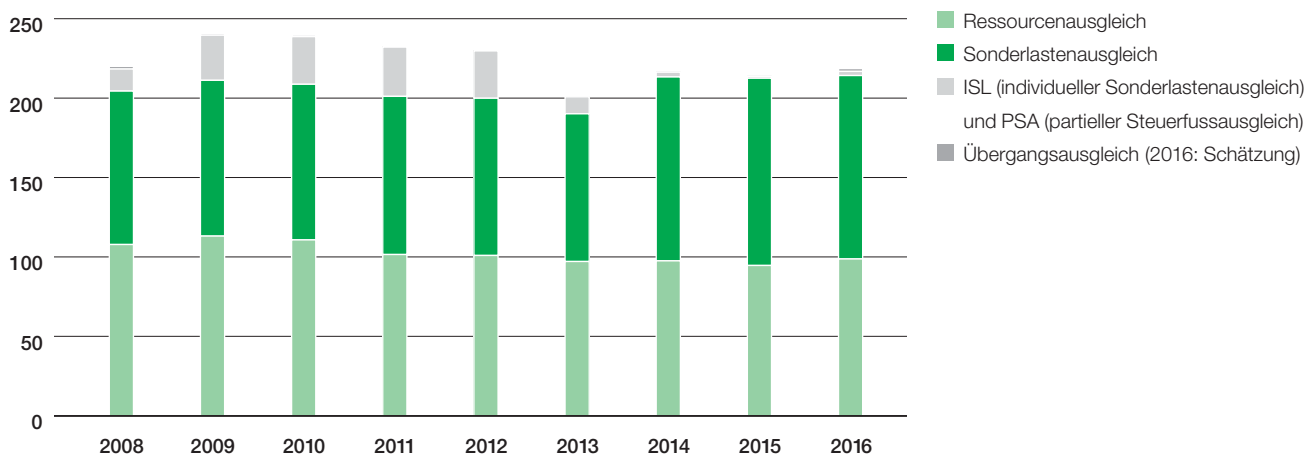
Fehlanreiz im Finanzausgleich beseitigt

Der Ruf des Departements des Innern als Gemeinde-Departement fusst nicht nur auf den Berührungspunkten zu den Gemeinden im Sozial- und Kulturbereich, sondern vor allem auf der weiterhin umfangreichen Aufsichts- und Beratungstätigkeit des Amtes für Gemeinden, das zudem für den innerkantonalen Finanzausgleich zuständig ist. Die Regierung unterbreitete dem Kantonsrat im Jahr 2016 den alle vier Jahre fälligen Wirksamkeitsbericht zum innerkantonalen Finanzausgleich. Die Analyse zeigte, dass dieser grundsätzlich die angestrebten Ziele erreicht, wies aber auch auf Möglichkeiten zur Steigerung der Effizienz und Effektivität hin. Die Regierung schlug daher Verbesserungen vor, unter anderem den Steuerfuss ganz aus dem System zu entfernen und so Fehlanreize zu beseitigen. Zur Kompensation sollte der Ressourcenausgleich gestärkt werden. Der Kantonsrat folgte der Regierung im Grundsatz, erhöhte aber den Ressourcenausgleich deutlich stärker, als dies die Regierung beabsichtigte, sodass unter dem Strich statt Einsparungen Mehrausgaben resultierten.

Im April 2016 verabschiedete der Kantonsrat einen Nachtrag zum Gemeindegesetz und schuf damit die Rechtsgrundlagen für das neue Rechnungsmodell der St. Galler Gemeinden (RMSG). Die Regierung entschied aufgrund des nach wie vor hängigen Rechtsstreits zwischen zahlreichen St. Galler Gemeinden und IT-Unternehmen, das Rechnungsmodell nicht per 1. Januar 2018 für alle Gemeinden einzuführen. Sie erlaubt aber ab dem Jahr 2017 Pilotversuche. Zwei Gemeinden, die politische Gemeinde Grabs und die Ortsgemeinde Buchs, haben ihr Rechnungswesen bereits auf RMSG umgestellt, weitere Pilotgemeinden sind für das Jahr 2018 geplant.

Schwerer hatten es 2016 institutionelle Veränderungen. Per 1. Januar 2017 konnten zwar sechs Schulgemeinden sowie sieben örtliche und drei ortsbürgerliche Korporationen aufgehoben werden. Somit beträgt der Bestand aller Gemeinden noch 297 – das sind 143 Gemeinden weniger als bei Invollzugsetzung des Gemeindevereinigungs-gesetzes 2007. Allerdings erfolgt seit einigen Jahren die Vereinigung von politischen Gemeinden nur zögerlich. In der vergangenen Amtsdauer scheiterten fünf Projekte bereits in der Grundsatzabstimmung: Benken-Kaltbrunn-Uznach-Schmerikon, Weesen-Amden, Sevelen-Buchs, Rorschach-Goldach-Rorschacherberg und zuletzt auch Bütschwil-Ganterschwil-Lütisburg-Oberhelfenschwil. Zwei Projekte konnten wenigstens bis zur Abstimmung über den Vereinigungsbeschluss weitergeführt werden (Uznach-Schmerikon und Andwil-Gossau), wurden aber letztlich von der Bürgerschaft abgelehnt. Lediglich ein Vorhaben – Marbach-Rebstein – ist nach positiver Grundsatzabstimmung derzeit noch im Gang.

Ausgaben für den Finanzausgleich (in Mio. Franken)



Teilrevision des Bürgerrechtsgesetzes

Im Jahr 2018 tritt das totalrevidierte Bundesgesetz über das Schweizer Bürgerrecht in Kraft. Die gesetzlichen Änderungen bedingen einen Anpassungsbedarf im kantonalen Recht, etwa mit Bezug auf die massgebende Wohnsitzdauer. Hinzu kommen Bestimmungen, die den Erwerb und Verzicht eines Ortsbürgerrechts unabhängig von der ordentlichen Einbürgerung ermöglichen. Das Departement des Innern hat zu Beginn des Jahres 2016 ein Vernehmlassungsverfahren über den Entwurf des teilrevidierten Bürgerrechtsgesetzes durchgeführt. Nach Abschluss der Vernehmlassung wurde die überarbeitete Gesetzesvorlage im Dezember zuhanden des Kantonsrates verabschiedet. Die Spezialistinnen und Spezialisten des Amtes für Bürgerrecht und Zivilstand engagierten sich stark für dieses Projekt. Ihr hauptsächliches Tätigkeitsfeld liegt aber in komplexen Vollzugsaufgaben, unter anderem für Adoptionen, Namensänderungen und Zivilstands-Ereignissen im Ausland. Im Bereich der Auslandurkunden kam es dabei erneut zu einer Steigerung der Fallzahlen. Diese erfuhren gegenüber 2015 einen Zuwachs um 14 Prozent – eine grosse Herausforderung bei den bestehenden personellen Ressourcen.

Risiken im Konkurswesen minimieren

Im vergangenen Jahr sind durch die Gerichte 726 Konkurse eröffnet und dem Konkursamt zur Bearbeitung übertragen worden. Das Konkursamt hatte sich mit 388 Firmenkonkursen, 83 Privatkonkursen sowie 255 Konkursen über ausgeschlagene bzw. überschuldete Erbschaften zu befassen. Gegenüber dem Vorjahr, mit 745 Konkursen, ist somit ein leichter Rückgang um 19 Konkurse bzw. 2,5 Prozent zu verzeichnen. Der Rückgang ist vor allem auf die Firmenkonkurse zurückzuführen, während die Zahl der Privatkonkurse und Erbschaftskonkurse praktisch unverändert blieb.

Die Zahl der Konkursöffnungen war zuvor über mehrere Jahre hinweg steigend.

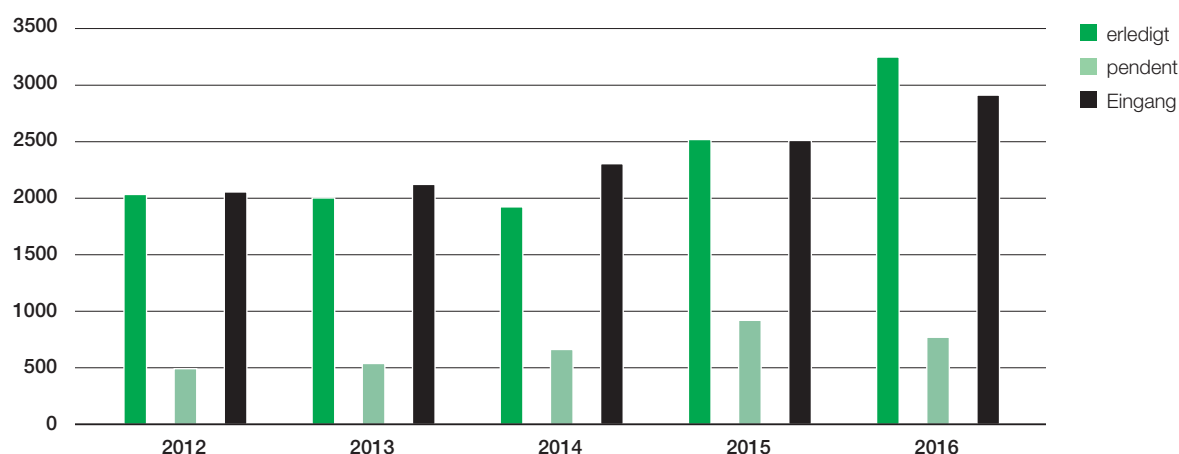
Das im Jahr 2015 eingeführte interne Kontrollsystem (IKS) dient dem angemessenen Umgang mit Risiken im Amt. Es wird laufend in Entscheidungen mit einbezogen und dient auch der Prozessoptimierung und -sicherung. So wurden im vergangenen Jahr weitere ausgewählte Risiken analysiert, etwa mit Blick auf das verwaltete Geld aus den Konkursmassen oder bezüglich Sicherheit und IT.

Elektronischer Geschäftsverkehr

Die Handelsregisterverordnung lässt es mittlerweile zu, dass dem Handelsregister Anmeldungen und Belege auch elektronisch eingereicht werden können. Mit dem Online-Schalter unter www.afhn.sg.ch stellt das Amt für Handelsregister und Notariate seit Mai 2016 eine Zustellplattform für den elektronischen Geschäftsverkehr zur Verfügung. Mit einem Nachtrag zum Einführungsgesetz zum Zivilgesetzbuch wurde auch den Notaren und Urkundspersonen im Kanton St. Gallen der elektronische Weg geöffnet. Der Kantonsrat hat in der Frühjahrssession 2016 diesen Nachtrag beschlossen, sodass die Online-Dienstleistungen nun weiter an Bedeutung gewinnen werden.

Ebenfalls einen wichtigen Schritt in Richtung Digitalisierung unternahm das Generalsekretariat des Departements des Innern mit den Vorbereitungen zur Einführung einer durchgängigen elektronischen Geschäftsverwaltung. Es fungiert dabei innerhalb der St. Galler Kantonsverwaltung als Pilotdienststelle. Das Generalsekretariat wird seit Juli 2016 von Davide Scruzzi geleitet, der diese Funktion von Anita Dörler übernommen hat.

Wachsende Anzahl von Überprüfungen ausländischer Zivilstandsereignisse*



* Gründe: u.a. wachsende Zahl von Auslandsschweizern und Zugewanderten mit Bedürfnissen nach nachträglicher Anerkennung von Fällen.

4. Bildungsdepartement



«Wir müssen gut überlegen, welche Kompetenzen wir den Schülerinnen und Schülern in die digitalisierte Welt mitgeben. Die Schule sollte vor allem Kompetenzen vermitteln, um die Digitalisierung zu beherrschen – statt von ihr beherrscht zu werden. Dies sind menschliche Kompetenzen, die nie automatisiert werden: Kreativität, Gemeinschaftsfähigkeit und Toleranz, kritisches Denken und Kritikfähigkeit, Flexibilität und Durchhaltevermögen.»

Regierungsrat Stefan Kölliker
Vorsteher Bildungsdepartement

Verlässliche Bildungspolitik ohne Scheuklappen zahlt sich aus

Das Jahr 2016 stand bildungspolitisch im Zeichen der Volksabstimmung zur Initiative für einen Ausstieg des Kantons St. Gallen aus dem HarmoS-Konkordat. Dank des deutlichen Neins der Stimmbürgerinnen und -bürger bleibt der Kanton St. Gallen bei der interkantonalen Schulkoordination mit dem Leitsatz «so viel kantonale Schulautonomie wie möglich – so viel interkantonale Harmonisierung wie nötig» auf Kurs. Die Abstimmung fand schweizweit grosse Beachtung. Insbesondere auch mit Blick auf die gleichzeitig auf Bundesebene laufende Vernehmlassung zur Revision des Sprachengesetzes war das Resultat aus dem Kanton St. Gallen ein klares Signal: Das Stimmvolk im grössten Ostschweizer Kanton stellte sich indirekt hinter den Französisch-Unterricht in der Primarschule.

Entsprechend wurde die Sichtweise bestärkt, wonach vor dem Hintergrund der bereits erreichten Harmonisierung der obligatorischen Schule die Verhältnismässigkeit für eine subsidiäre Bundesregelung nicht gegeben ist. Aufgrund der Resultate der Vernehmlassung gelangte der Bundesrat ebenfalls zur Einsicht, dass für eine Regelung des Bundes in der Sprachenfrage die nötigen Voraussetzungen fehlen.

IT-Bildungsoffensive gestartet

2016 fiel der Startschuss zur IT-Bildungsoffensive. Im April hatten die Fraktionen von SVP, CVP/EVP und FDP eine entsprechende Motion eingereicht, welche in der Septembersession 2016 des Kantonsrates ohne Gegenstimmen gutgeheissen wurde. Damit wurde die Regierung eingeladen, dem Kantonsrat eine Vorlage für die gesonderte Finanzierung einer IT-Bildungsoffensive zu unterbreiten. Ziel der IT-Bildungsoffensive ist es gemäss Motion, Wirtschaft und Gesellschaft im Hinblick auf die sich stellenden Herausforderungen bei der rasch fortschreitenden Digitalisierung zu unterstützen. Die Umsetzung der Motion erfolgt in den zwei Teilprojekten «Kreditbeschaffung» und «Kreditver-

wendung». Der Kredit wird eine Volksabstimmung im Jahr 2018 nötig machen. Die Massnahmen der IT-Bildungsoffensive sollen ab dem Schuljahr 2018/2019 greifen. Im Kontext der IT-Bildungsoffensive hat der Kantonsrat bereits grünes Licht gegeben für zwei neue, vollschulische Berufsausbildungen unter dem Oberbegriff Informatikmittelschule an den drei kantonalen Schulen Kantonsschule am Brühl St. Gallen, Kantonsschule Sargans sowie Berufs- und Weiterbildungszentrum Rapperswil-Jona. An der Kantonsschule am Brühl und der Kantonsschule Sargans wird eine wirtschaftlich orientierte sowie am Berufs- und Weiterbildungszentrum Rapperswil-Jona – schweizweit einmalig – eine technisch orientierte Informatikmittelschule zum Eidgenössischen Fähigkeitszeugnis in Informatik und zur Berufsmaturität führen. Die Lehrgänge werden ab Schuljahr 2017/18 angeboten.

Intensive Auseinandersetzung mit Lehrplan Volksschule

Nachdem im Jahr 2015 bereits rund 2000 Lehrpersonen an den kantonalen Weiterbildungsveranstaltungen zum Lehr-

plan Volksschule teilgenommen haben, taten es ihnen 2016 weitere 3000 gleich. Ende Jahr hatten sich somit bereits über drei Viertel der Lehrpersonen im Kanton St. Gallen mit dem neuen Lehrplan auseinandergesetzt, der ab dem Schuljahr 2017/18 in Vollzug tritt. Die restlichen rund 1500 Lehrpersonen werden die Weiterbildung im Frühjahr 2017 absolvieren. Zudem werden in den folgenden vier Jahren weitere verbindliche Weiterbildungskurse durchgeführt. Die beiden Weiterbildungsschwerpunkte «Basisschrift» und «Wirtschaft, Arbeit, Haushalt» sind bereits in Umsetzung und werden im Jahr 2017 abgeschlossen sein. Im Jahr 2017 starten zudem Kursangebote zum Lehrplanmodul «Medien und Informatik», zur Einführung des neuen Französischlehrmittels «dis donc!» sowie zur Fremdsprachendidaktik.

Abteilung Aufsicht und Schulqualität

Im Amt für Volksschule hat im Jahr 2016 die Abteilung Aufsicht und Schulqualität ihre Arbeit aufgenommen und bei 22 über den ganzen Kanton verteilten Schulträgern unterschiedlicher Grösse (Schulen von Einheitsgemeinden, Oberstufenschulgemeinden, Primarschulgemeinden) die reguläre Schulaufsicht durchgeführt. Die Aufsicht verläuft anhand eines Sechs-Phasen-Modells:

Ablauf Aufsicht: Sechs-Phasen-Modell



Quelle: Amt für Volksschule – Abteilung Aufsicht und Schulqualität

Grosser Wert wird darauf gelegt, dass nicht nur das Controlling und das Erheben von Steuerungswissen zuhanden des Erziehungsrates im Zentrum stehen, sondern die Schulträger auch Rückmeldungen und Optimierungsvorschläge zu den Bereichen Schulqualität und Schulentwicklung erhalten. Die verwendeten Instrumente und Vorgehensweisen haben sich bewährt und werden im Jahr 2017 wiederum bei 22 Schulträgern eingesetzt.

Die Schulträger sollen auch Rückmeldungen zur Schulqualität und Schulentwicklung erhalten.

Versorgungsarchitektur für Sonderschulunterricht steht

Die Kantone mussten infolge Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) die bisherigen Leistungen der Invalidenversicherung im Sonderschulbereich weiter finanzieren, bis ein kantonal genehmigtes Sonderpädagogik-Konzept vorliegt. Ein solches ist im Kanton St. Gallen seit August 2015 in Vollzug. Darin enthalten ist ein Versorgungskonzept für den Sonderschulunterricht. Die Umsetzung des Versorgungskonzeptes wurde im Jahr 2016 unter partizipativem Einbezug der Sozialpartner (St. Galler Volksschulträger, Vereinigung der St. Galler Gemeindepräsidentinnen und Gemeindepräsidenten, Verband privater Sonderschulträger und der Schulpsychologischen Dienste) erarbeitet. Im August 2016 erliess das Bildungsdepartement ein Umsetzungskonzept zum Versorgungskonzept für den Sonderschulunterricht. Darin werden die Einzugsgebiete und Platzangebote der Sonderschulen festgelegt, und es wird eine vergleichbare Versorgung in allen Versorgungsregionen unter Berücksichtigung der bestehenden, kantonal finanzierten Infrastruktur sichergestellt. In den Regionen Werdenberg/Sarganserland und See-Gaster wird je eine neue Tagessonderschule eröffnet. Die angepasste Versorgungsarchitektur wird in den nächsten fünf Jahren etappenweise umgesetzt.

Neue Finanzierungssystematik in der Höheren Berufsbildung

Die Bildungsgänge der Höheren Fachschulen werden von den Kantonen seit August 2015 schweizweit nach der Interkantonalen Vereinbarung über die Beiträge an die Bildungsgänge der höheren Fachschulen mitfinanziert. Für die Vorbereitungskurse zu den Berufsprüfungen und höheren Fachprüfungen führt der Bund ab Januar 2018 eine neue, subjektbezogene Finanzierung ein. Die Beiträge werden vom Bund direkt an die Teilnehmenden ausgerichtet, wenn auch erst nach abgelegter Prüfung. Mit dem System-



Schülerinnen und Schüler der Fachmittelschule untersuchen im Fach Biologie das Herz.

wechsel wird die Subvention von 25 auf rund 50 Prozent der Schulgeldkosten erhöht, und die Absolvierenden haben die freie Wahl des Ausbildungsortes und der Institution.

Religiöse Begleitung an Mittelschulen ausgebaut

Die Mittelschulen haben von Gesetzes wegen die Aufgabe, für eine angemessene Beratung und Betreuung ihrer Schülerinnen und Schüler zu sorgen. Aus diesem Grund wurde in Zusammenarbeit mit der evangelisch-reformierten Landeskirche und dem katholischen Bistum ein Angebot der religiösen Begleitung der Schülerinnen und Schüler durch ausgebildete Theologinnen und Theologen eingeführt. Nachdem es sich an zwei Pilotschulen gut bewährt hat, entschied der Erziehungsrat im Jahr 2016, dieses Angebot auszuweiten und an allen Mittelschulen zur freiwilligen Nutzung zur Verfügung zu stellen.

Positives Echo für International Baccalaureate (IB)

Die Kantonsschule am Burggraben St. Gallen ist «IB Candidate School». Sie führt seit dem Schuljahr 2015/16 eine

bilinguale Jahrgangsklasse mit integrierter Vorbereitung auf das International Baccalaureate Diploma. Im Jahr 2019 können die ersten IB-Diplome übergeben werden, wenn das Akkreditierungsverfahren im Jahr 2017 erfolgreich abgeschlossen wird. Alle IB-Lehrpersonen haben die IB-Ausbildungskurse absolviert, was Voraussetzung für die Akkreditierung ist. Der Ausbildungsgang ist gut angelaufen, die Orientierungen stiessen bei Eltern, Schülerinnen und Schülern auf ein positives Echo.

Gute Noten für FMS plus

Als erster Kanton hat der Kanton St. Gallen die Fachmittelschule (FMS plus) evaluiert. Der im Jahr 2005 eingeführte Lehrgang hat dabei sehr gute Noten erhalten, weshalb sich nur punktuelle Anpassungen aufdrängten. Das Berufsfeld Pädagogik wird auf das Schuljahr 2017/18 praxisnäher gestaltet, mit dem Kern eines dreiwöchigen Praxiseinsatzes in einer pädagogischen Institution. Zudem wird auf denselben Zeitpunkt hin das neue Berufsfeld Kommunikation und Information eingeführt, welches den direkten Zugang zu Fachhochschulen in Bereichen wie «Information Science» oder «Multimedia Production» gestattet.

Schweizerischer Schulsporttag im Rheintal

Am 1. Juni 2016 fand der Schweizerische Schulsporttag zum dritten Mal in seiner Geschichte im Kanton St. Gallen statt. Am 47. Schweizerischen Schulsporttag im Rheintal massen sich 2300 Schülerinnen und Schüler aus allen Schweizer Kantonen sowie dem Vorarlberg und dem Fürstentum Liechtenstein in zwölf Disziplinen (Badminton, Basketball, Beachvolleyball, Geräteturnen, Handball, Leichtathletik, Orientierungslauf, Polysportive Stafette, Schwimmen, Tischtennis, Unihockey und Volleyball).

Die St. Galler Delegation, die sich über die vom Amt für Sport organisierten kantonalen Schulsporttage qualifiziert hatte, erreichte am Schweizerischen Schulsporttag 2016 in den Mannschaftswertungen insgesamt elf Podestplätze:

- 3. Rang Badminton Mix (OZ Grünuu Wittenbach),

- 1. und 3. Rang Geräteturnen Mannschaft (1. OZ Thurzelg, Oberbüren; 3. OS Thal),
- 1. Rang Handball Mädchen (Sekundarschule Blumenau St. Gallen),
- 2. Rang Staffel-OL mit St. Gallen 2,
- 1., 2. und 3. Rang in der Polysportiven Stafette der Knaben (1. OMR Heerbrugg; 2. OZ Degenau Jonschwil; 3. OS Kirchbunt Grabs),
- 1. und 2. Rang in der Polysportiven Stafette der Mädchen (1. OS Kaltbrunn; 2. OMR Heerbrugg) und
- 1. Rang Schwimmen Mädchen (OZ Grünuu Wittenbach).

Joint Medical Master auf gutem Weg

Die erste Projektphase auf dem Weg zu einem Master-Studiengang für Humanmedizin in der Ostschweiz in enger Zusammenarbeit zwischen Universität Zürich, Universität



Schweizerischer Schulsporttag im Rheintal: Siegerehrung Polysportive Stafette Knaben mit einem Dreifachsieg der St. Galler (1. OMR Heerbrugg, 2. OZ Degenau Jonschwil, 3. OS Kirchbunt Grabs).

Für die Humanmedizin- Ausbildung soll ein Institut an der HSG gegründet werden.

St. Gallen (HSG) und Kantonsspital St. Gallen wurde im November 2016 erfolgreich abgeschlossen. Geplant ist insbesondere, an der HSG ein Institut zu gründen, das für die Organisation des Lehrangebots, die Betreuung der Studierenden, die Bereitstellung der Infrastruktur und die Vergabe von Lehraufträgen zuständig sein wird. Um eine Ausbildung in Humanmedizin unter Beteiligung der HSG anbieten zu können, ist eine Anpassung des Gesetzes über die Universität St. Gallen notwendig. Botschaft und Entwurf an den Kantonsrat werden im Rahmen der angelaufe-

nen zweiten Projektphase erarbeitet. Darin werden auch die finanziellen Auswirkungen umfassend dargestellt. Die Volksabstimmung findet voraussichtlich Mitte 2018 statt.

Leistungsvereinbarung für IBH verlängert

An der 7. Bodensee-Hochschulkonferenz vom 17. Juni 2016 unterzeichneten die Vertreterinnen und Vertreter für Hochschulen und Wissenschaft der Mitgliedsländer und -kantone der Internationalen Bodensee Konferenz (IBK) die 5. Leistungsvereinbarung für die Internationale Bodensee-Hochschule (IBH) für die Jahre 2018 bis 2021. Damit unterstützen sie die IBH jährlich mit rund einer Million Euro. Auf Ende des Jahres 2016 trat Gabriela Dür nach acht Jahren als Vorsitzende der IBK-Kommission Bildung Wissenschaft und Forschung zurück. Ihr Nachfolger ist Urs Schwager, Chef des Amtes für Mittel- und Hochschulen des Kantons Thurgau.



Margit Mönnecke neue Rektorin der HSR

Der Hochschulrat der Hochschule für Technik Rapperswil (HSR) hat Prof. Dr.-Ing. Margit Mönnecke zur Rektorin gewählt. Sie tritt auf 1. März 2017 die Nachfolge von Prof. Dr. Hermann Mettler an, der in den Ruhestand tritt. Die Diplomingenieurin in Landschaftspflege ist seit dem Jahr 2011 Prorektorin an der HSR. Zuvor leitete sie den Studiengang Landschaftsarchitektur und baute das Institut für Landschaft und Freiraum auf. Durch ihre langjährige Erfahrung im schweizerischen Hochschulbereich ist sie mit dem Bildungsmarkt und der Zusammenarbeit mit unterschiedlichen Interessengruppen bestens vertraut.

Universität St. Gallen

Erstes Jahr im Regime der neuen Leistungsvereinbarung

Zum ersten Mal galt für die Universität St. Gallen (HSG) im Jahr 2016 das System der mehrjährigen Leistungsvereinbarung und des mehrjährigen Staatsbeitrags. Gemäss der vollzogenen Gesetzesänderung nimmt der Kantonsrat im Rahmen des Geschäftsberichts der Regierung Kenntnis von der Geschäftsführung der Universität. In diesem ersten Jahr der Leistungsvereinbarungsperiode 2016–2018 entwickelten sich die Studierendenzahlen, die Erfolgsindikatoren sowie die Bearbeitung strategischer Projekte entsprechend den definierten Erwartungen. Es zeichnet sich auch ab, dass der Staatsbeitrag trotz der Kürzung um einen ausserordentlichen, pauschalen Sparbeitrag ausreicht, vorausgesetzt, die Bundesbeiträge bleiben auf gleicher Höhe. Den aktuellen Anforderungen in Wirtschaft und Gesellschaft entsprechend, engagierte sich die HSG verstärkt im Bereich der Digitalisierung. Überdies und ausserhalb des Leistungsauftrags, einem Anliegen aus Politik und Gesellschaft folgend, arbeitete sie, zusammen mit dem Kantonsspital St. Gallen und in Kooperation mit der Universität Zürich, mit dem Projekt «Joint Medical Master» in Humanmedizin.

Im Herbst 2016 waren 8337 Studierende an der HSG eingeschrieben. Dies waren 105 (1,3 Prozent) mehr als im Vorjahr. Das Wachstum der Studierendenzahl liegt damit im angestrebten Bandbereich von ein bis drei Prozent. Im Rahmen des rechtlich Möglichen trug das 2015 eingeführte Integrationsseminar dazu bei, auf Masterstufe die Zahl der von anderen Schweizer Universitäten Quereinsteigenden zu

verkleinern. Umgekehrt erhöhte sich die Zahl der Einstiegender auf der Assessmentstufe. Hier führte die vor drei Jahren eingeführte Teilung in drei Kohorten (eine davon in Englisch ab dem ersten Semester) zu einer spürbaren Qualitätsverbesserung.

Wichtige Indikatoren dokumentieren, dass die HSG zu den führenden Schweizer und internationalen Wirtschaftsuniversitäten gehört. So ist die Beschäftigungsquote der HSG-Ausgebildeten mit 85,6 Prozent – direkt hinter derjenigen der École polytechnique fédérale de Lausanne (EPFL) mit 85,9 Prozent – im Schweizer Vergleich überdurchschnittlich hoch. Im Financial Times Business School Ranking belegt die HSG mit Platz 5 (Vorjahr bei fünf weniger teilnehmenden Universitäten Platz 4) als beste öffentliche Universität einen Spitzenplatz.

Nachdem sich in den letzten Jahren die Betreuungsverhältnisse verschlechtert haben, muss die HSG in die Wiederbesetzung und in die Schaffung neuer Lehrstühle investieren. Als strategische Initiative wird ein dritter globaler Profildbereich (International Economics Analysis), und als Grundlage für die Stärkung der Lehre und Forschung wird im Bereich der Digitalisierung ein gesamtuniversitäres Center mit drei neuen Lehrstühlen geschaffen. Diese Investitionen können im Rahmen des bestehenden Leistungsauftrags getätigt werden. Als erstes konkretes Produkt ist ab Herbst 2017 ein Zertifikatsprogramm im Bereich Digitalisierung vorgesehen. Der Bereich Digitalisierung kann später im Rahmen der IT-Bildungsoffensive des Kantons ausgebaut und beispielsweise durch einen Ausbildungsschwerpunkt Informatik ergänzt werden.



Mit einer Zunahme von 1,3 Prozent gegenüber dem Vorjahr liegt das Wachstum der Zahl der Studierenden an der Universität St. Gallen im angestrebten Bandbereich.

Pädagogische Hochschule St. Gallen

Wechsel in der Leitung prägte das Jahr 2016

Das Jahr 2016 war auch bei der Pädagogischen Hochschule St. Gallen (PHSG) das erste Jahr im Rahmen des mehrjährigen Leistungsauftrags 2016–2019 nach dem neu geschaffenen gesetzlichen System. Auch hier nimmt der Kantonsrat im Rahmen des vorliegenden Geschäftsberichts der Regierung Kenntnis von der Geschäftsführung der PHSG. Regierung und Parlament sahen für die Erfüllung des mehrjährigen Leistungsauftrags einen mehrjährigen Kantonsbeitrag (als Sonderkredit) mit Jahrest ranchen in der Höhe von je Fr. 37 488 100 vor. Dieser Betrag bedeutete auch eine jährliche pauschale Kürzung im Umfang von einer Million Franken. 2016 benötigte die PHSG den für das Jahr bewilligten Finanzrahmen nicht vollumfänglich. Einerseits lief die Umsetzung gewisser Strategiemassnahmen erst ab Herbst 2016 und tangierte somit das Rechnungsjahr lediglich zu einem Viertel. Andererseits lagen die Studierendenzahlen mit 1170 Personen rund 100 Personen unter der im mehrjährigen Leistungsauftrag aufgeführten Prognose.

Im September 2016 übergab Gründungsrektor Prof. Dr. Erwin Beck die Leitung der Hochschule an Prof. Dr. Horst Biedermann, einen international anerkannten Bildungsfachmann mit profunden Fachkenntnissen und ausgewiesener internationaler Führungserfahrung.

Im Jahr 2016 feierte die PHSG zwei Jubiläen: zehn Jahre Hochschulstandort Gossau sowie zehn Jahre Regionales Didaktisches Zentrum Gossau. Dazu organisierte die Hochschule einen Jugendcampus, der von 800 Jugend-

lichen und Lehrpersonen besucht wurde. Einen kulturellen Meilenstein erlebte die PHSG im April 2016 mit dem Fassadenmusical «Bildung im Lichtermeehr». Studierende und Dozierende verwandelten gemeinsam mit dem Lichtkünstler Gerry Hofstetter die Fassade des historischen Gebäudes Marienberg in eine Bühne.

Im Herbst 2016 startete der erste Durchgang der Ausbildung Sekundarstufe I nach der Studienreform. Im Rahmen dieser Reform wurden unter anderem die Praxisrelevanz ausgebaut, die Individualisierungsmöglichkeiten erhöht und Anpassungen im Zuge der Einführung des Lehrplans 21 vorgenommen. Einen inhaltlichen Fokus legte die PHSG im Jahr 2016 auf die Thematik «Integration von Kindern und Jugendlichen mit Fluchterfahrung». Das Thema stellt die Volksschule des Kantons St. Gallen vor grosse Herausforderungen. Die PHSG organisierte Weiterbildungsveranstaltungen für Lehrpersonen und Bildungsfachkräfte, rief ein Mentoring-Programm ins Leben und widmete den Hochschultag 2016 dieser Thematik.

Das Institut Weiterbildung und Beratung leistete im Jahr 2016 mit 300 Kursen für über 3300 Lehrpersonen einen zentralen Beitrag zur Einführung des Lehrplans 21 im Kanton St. Gallen.



Das Fassadenmusical «Bildung im Lichtermeehr» verwandelte die Fassade des Gebäudes Marienberg in eine Bühne.

5. Finanzdepartement



«Das Finanzdepartement erbringt wichtige Querschnittsleistungen für die gesamte Staatstätigkeit. Diese Leistungen und Angebote gilt es mit Blick auf die Herausforderungen der Zukunft gezielt weiterzuentwickeln.»

Regierungsrat Benedikt Würth
Vorsteher des Finanzdepartementes

Grossprojekte erfolgreich vorangebracht

Das Jahr 2016 war im Finanzdepartement nebst dem Wechsel an der Departementsspitze sowie der Erfüllung der umfassenden Grundaufgaben geprägt von zahlreichen anspruchsvollen Grossprojekten. Dabei standen die fünf zentralen Themenfelder Steuerpolitik, Finanzmanagement, Personalpolitik, Informatik und Public Corporate Governance im Zentrum der departementalen Aktivitäten.



Anfang Juni übernahm Benedikt Würth (links) die Leitung des Finanzdepartementes von seinem Vorgänger Martin Gehrér.

Auf Anfang Juni übergab Martin Gehrér die Departementsleitung an Benedikt Würth. Martin Gehrér war von Juni 2008 bis Mai 2016 Vorsteher des Finanzdepartementes. In seiner Amtszeit bildete die Konsolidierung der Kantonsfinanzen einen Schwerpunkt seiner Tätigkeit. Daneben standen verschiedene weitere Vorlagen auf der Agenda, dar-

unter die neue Personalgesetzgebung, die Ausfinanzierung und Verselbständigung der Versicherungskassen, zahlreiche Steuervorlagen sowie verschiedene Informatikprojekte. Vor seiner Zeit als Finanzvorsteher war Martin Gehrér während rund acht Jahren Staatssekretär und Leiter der Staatskanzlei.

Benedikt Würth, der die vorhergehenden fünf Jahre dem Volkswirtschaftsdepartement vorgestanden war, nutzte die ersten Monate an der Spitze des Finanzdepartementes, sich vertieft in die Dossiers einzuarbeiten. Im Zentrum standen der Budget- und AFP-Prozess ebenso wie der Austausch mit den Amtsleitern, den Mitarbeitenden des Generalsekretariats und den Projektverantwortlichen.

Moderne Informatik dient Verwaltung und Bevölkerung

Die Modernisierung der Informatik- und Kommunikationsinfrastruktur des Kantons St. Gallen wurde auch im Jahr 2016 in verschiedenen Bereichen wesentlich vorangetrieben. Der Rollout für den neuen Informatik-Arbeitsplatz erfolgte bis Ende 2015. Im Jahr 2016 waren umfassende Abschlussarbeiten zu tätigen. Dazu gehörten eine externe Projektreview sowie die Abrechnung und Prüfung des Sonderkredits. Aus der Projektreview lassen sich wertvolle Erkenntnisse für künftige Vorhaben ziehen. Erfreulich ist, dass der Sonderkredit von 40,5 Millionen Franken um rund 11,8 Millionen Franken besser abgerechnet werden konnte. Diese Einsparungen ergeben sich aus der nicht genutzten Reserveposition, nicht benötigten Mitteln für den Wissenstransfer und die Datenmigrationen Dritter, tieferen Projektleitungskosten sowie kostengünstigeren Beschaffungen von Hard- und Software. Zudem wurden Schulungen und Vorleistungen preiswerter abgewickelt als geplant.

Im Jahr 2016 wurden die Telefonie-Systeme durch eine moderne Kommunikationslösung «Skype for Business» plangemäss abgelöst. Darüber hinaus wurde die Intranet-

Plattform technisch erneuert und migriert. Auch einzelne Fachapplikationen wurden weiterentwickelt. Diese kommen nicht nur der Verwaltung zugute, sondern auch der Bevölkerung, beispielsweise bei der Einreichung der elektronischen Steuererklärung.

Die Regierung verabschiedete im Mai 2016 die IT-Strategie SG 2016+. Diese definiert Stossrichtungen und Rahmenbedingungen für die künftige Weiterentwicklung der kantonalen Informatik in den Themenfeldern «Business & Prozesse», «Mensch & Organisation», «Architektur & Infrastruktur» sowie «Finanzen & Governance». Wichtige Prinzipien sind dabei ein professionelles Projekt- und Betriebsmanagement, effiziente Zusammenarbeit, Verschlinkung der IT-Organisation, hohe Verfügbarkeit und Sicherheit, vorausschauende Steuerung sowie hohe Wirtschaftlichkeit. Ende 2016 wurde der Projektauftrag zur Umsetzung der strategischen Ziele erteilt. Sie soll schwergewichtig in den Jahren 2017 und 2018 erfolgen.

Eigentümerstrategie für die St. Galler Kantonalbank

Mit einem Aktienkapitalanteil von 54,8 Prozent ist der Kanton St. Gallen Mehrheitsaktionär der St. Galler Kantonalbank (SGKB). Diese Beteiligung ist die finanziell bedeutendste Beteiligung des Kantons St. Gallen. Zur Umsetzung der Public Corporate Governance erlässt die Regierung im Rahmen ihres Beteiligungsmanagements für verschiedene kantonale Beteiligungen Eigentümerstrategien. Die im Jahr 2016 verabschiedete Eigentümerstrategie für die SGKB gibt die übergeordnete Strategie und die Grundausrichtung vor,



St. Galler
Kantonalbank
(Hauptgebäude
in St. Gallen).



Konferenz des Finanzchefs mit seinen Amtsleitern, für einmal auf eine etwas andere Art.

Das Projektmanagement im Bereich der Informatik-Projekte ist im Kanton St. Gallen auf einem guten Stand, kann aber noch weiter verbessert werden.

hält die wesentlichen strategischen, wirtschaftlichen, unternehmerischen, gesellschaftlichen und sozialen Ziele fest und macht Vorgaben zu Führung, Governance und Berichterstattung.

Die Eigentümerstrategie für die St. Galler Kantonalbank basiert auf den Grundlagen des Kantonalbankgesetzes mit den zentralen Elementen einer kantonalen Mehrheitsbeteiligung von wenigstens 51 Prozent, der Vertretung der Regierung im Verwaltungsrat sowie der Gewährung und Abgeltung der Staatsgarantie. Mit der Mehrheitsbeteiligung verfolgt der Kanton zwei strategische Ziele: Einerseits stellt sie ein langfristiges Finanzinvestment dar, das dem kantonalen Haushalt jährlich eine unter Beachtung der Risiken angemessene finanzielle Rendite generiert. Andererseits will er damit – neben der Wahrnehmung einer volkswirtschaftlichen Verantwortung im Bereich der Bankdienstleistungen – den Einlegerschutz verstärken.

Im Bereich der wirtschaftlichen Ziele werden eine stabile Entwicklung der SGKB sowie eine nachhaltige und risikogerechte Dividendenpolitik erwartet. Die SGKB hat sich dabei langfristig und erfolgreich auf dem Markt für Universalbanken zu positionieren und gewinnorientiert zu arbeiten. Die SGKB soll neben der Erfüllung der Eigen-

mittelvorschriften über zusätzliche Reserven verfügen, um jederzeit über genügend Handlungsfreiheiten zur Ausübung ihrer Geschäftstätigkeit zu verfügen. Eine solide Eigenkapitalausstattung hat eine hohe Priorität.

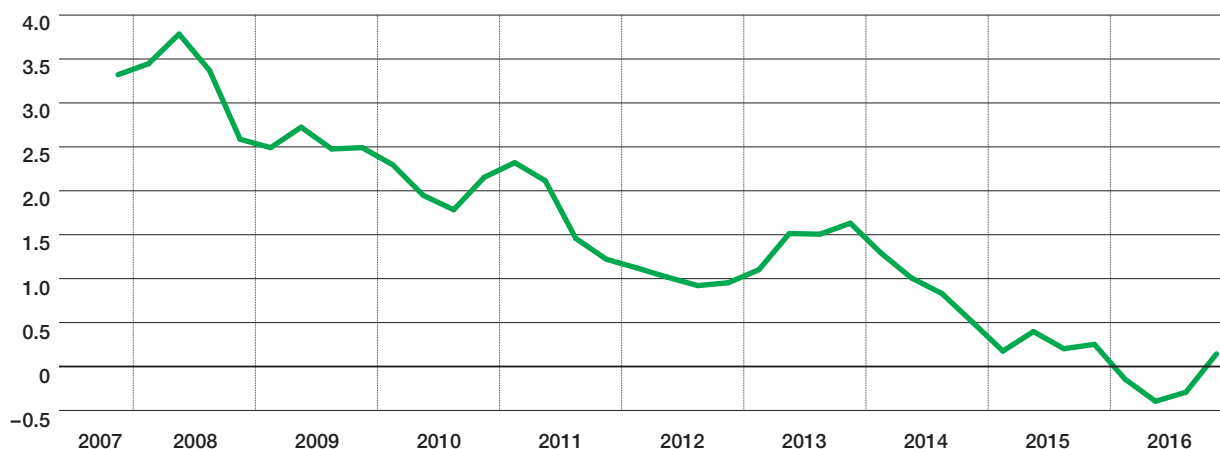
Die Geschäftstätigkeiten der SGKB zur Umsetzung der strategischen Ziele sollen sich an hohen ethischen und moralischen Grundsätzen orientieren. Die Mitarbeitenden werden zu zeitgemässen und konkurrenzfähigen Arbeitsbedingungen angestellt. Die SGKB soll verschiedene Aktivitäten im gesellschaftlichen, kulturellen und sportlichen Bereich mittels Sponsoring unterstützen und fördern.

Die St. Galler Kantonalbank ist die bedeutendste finanzielle Beteiligung des Kantons St. Gallen. Mit der Eigentümerstrategie hat die Regierung die wesentlichen Eckwerte für deren Weiterentwicklung vorgegeben.

Umsichtige Steuerung des Finanzhaushalts

Der Kantonsrat hatte im Februar 2015 einen Bericht verlangt, der aufzeigt, wie künftig die Aufwandentwicklung begrenzt und die Ertragsentwicklung gesichert werden können, damit der Kantonshaushalt langfristig im Gleichgewicht bleibt. Der Bericht der Regierung zu den «langfris-

Markanter Rückgang der Zinsen



tigen Finanzperspektiven» wurde in der Februarsession 2016 vom Kantonsrat beraten. In der Folge wurden in verschiedenen Bereichen die Projektarbeiten für eine verbesserte Steuerung der Haushaltsentwicklung aufgenommen. Es wird in Zukunft vor allem darum gehen, das Wachstum auf der Aufwandseite – und dort insbesondere im Bereich der Staatsbeiträge – so zu steuern und zu begrenzen, dass der Kantonshaushalt im Gleichgewicht bleibt. In der Botschaft zum Aufgaben- und Finanzplan 2018–2020 formulierte die Regierung für diese «Umsetzungsagenda» klare quantitative Ziele. Zu deren Erreichung wird die Regierung im Jahr 2017 weitere umfassende Projektarbeiten auslösen.

Die Erarbeitung des Budgets 2017 und des Aufgaben- und Finanzplans 2018–2020 war wie in den Vorjahren sehr anspruchsvoll. Zur Einhaltung der Vorgaben des Kantonsrates, deren Erreichung unter anderem wegen exogener Veränderungen stark herausforderte, waren verwaltungsin-tern sowie in der Regierung mehrere Bereinigungsrunden nötig. Auch der neue Investitionsplafond war Gegenstand der Beratungen. Dieser musste neu festgelegt werden, insbesondere als Folge der Übertragung der Spitalimmobilien sowie der neuen Anforderungen aus dem Immobilienmanagement.

Die Entwicklungen auf Bundesebene sind von grosser Bedeutung für den Kanton St. Gallen. Neben der Unternehmenssteuerreform III wurde im Jahr 2016 vor allem die künftige Dotierung des Bundesfinanzausgleichs diskutiert. Es ging nicht darum, nur die Positionen der «Nehmer-Kantone» zu vertreten, sondern eine tragfähige und politisch mehrheitsfähige Lösung für alle Beteiligten – für finanzstarke und finanzschwache Kantone sowie den Bund – zu finden.

Anspruchsvolles Liquiditätsmanagement

Mit Blick auf die anstehenden Investitionen und Mittelabflüsse – unter anderem Darlehen an die Spitalverbunde für die Bauvorhaben – wurden im November 2016 am Kapitalmarkt weitere Mittel aufgenommen. Im aktuellen Tiefzins- bzw. Negativzinsumfeld gestaltete sich das Liquiditätsmanagement sehr schwierig. Mittel sind zwar zu sehr günstigen Konditionen verfügbar, deren Anlage ist aber wegen der Negativzinsen mit Kosten verbunden. Trotzdem gelang für die 200 Millionen Franken mit einer Laufzeit von 25 Jahren und «all-in-Kosten» von 0,22 Prozent eine sehr vorteilhafte Mittelaufnahme. Davon profitieren der Kanton und auch die Spitalverbunde, denen die tiefen Refinanzierungskosten weitergegeben werden.

Das Liquiditätsmanagement ist in Zeiten von Negativzinsen äusserst anspruchsvoll.

Neues Lohnsystem konkretisiert

Mit dem neuen Personalgesetz schuf der Kanton St. Gallen ein zeitgemässes Personalrecht. Der Kantonsrat beauftragte die Regierung überdies, das Besoldungssystem zu reformieren. Dabei sollen insbesondere folgende Ziele anvisiert werden:

- einfacheres Besoldungssystem
- höhere Transparenz
- stärkere Leistungsorientierung
- keine Automatismen in Bezug auf Lohnerhöhungen
- Strukturelle Anpassungen
- höhere Flexibilität

In der ersten Hälfte des Jahres 2016 nahm der Kantonsrat einen Bericht für die künftige Ausgestaltung des Lohnsystems zustimmend zur Kenntnis. Für die weitere Konkretisierung des neuen Lohnsystems wurden in der Folge verschiedene Referenzfunktionen definiert, nach gleichen Kriterien beschrieben und bewertet. Die Beschreibungen erfolgten in einer allgemeinen und neutralen Form und bildeten in der Regel mehrere vergleichbare Profile ab.

Weiter geht es darum, die Anwendung der neuen Einstufungsrichtlinien sowie die Umsetzung des neuen Lohnsystems auf den 1. Januar 2018 vorzubereiten. Parallel dazu soll die Personalaufwandsteuerung angepasst werden mit dem Ziel, Abstimmung und Aufgabenteilung zwischen Kantonsrat und Regierung zu klären und zu optimieren. Das Projekt wird breit abgestützt und unter Mitwirkung der Sozialpartner erarbeitet.

Mit dem neuen Lohnsystem soll die Entlohnung flexibler und leistungsgerechter erfolgen. Dies stellt höhere Anforderungen an die Führungskräfte.

Pensionskasse: Zusätzliche Einmaleinlage

Die weitere Entwicklung im Bereich der beruflichen Vorsorge hat sowohl für die Mitarbeitenden als auch die Arbeitgeber eine zentrale Bedeutung. Auf Empfehlung des Experten für die berufliche Vorsorge beschloss der Stiftungsrat der St. Galler Pensionskasse (sgpk) im April 2015, die technischen Grundlagen aufgrund exogener Faktoren anzupassen. Auf den 1. Januar 2016 wurden der technische Zins von 3,5 auf 3,0 Prozent gesenkt und die Generationentafel eingeführt. Es folgten in den Jahren 2015 und 2016 umfassende Abklärungen und Gespräche zwischen der Regierung und dem Stiftungsrat der sgpk.

Die Regierung verabschiedete im Frühjahr 2016 zuhanden des Kantonsrates die Botschaft zu einem Kantonsratsbeschluss über eine Einmaleinlage an die St. Galler Pensionskasse. Mit der Einlage von 202,5 Mio. Franken sollen die Kosten finanziert werden, die sich aufgrund der vom Stiftungsrat der St. Galler Pensionskasse angesetzten Reduktion des technischen Zinssatzes von 3,5 auf 3,0 Prozent ergeben. Bei der Beratung der Ausfinanzierungsvorlage im Jahr 2013 wurde in Aussicht genommen, dass bei einer allfällig notwendigen Anpassung auf 3 Prozent die aktiven Versicherten nicht für diese Kosten aufkommen müssen.

Die Beratungen in der Finanzkommission wurden im Jahr 2016 sistiert. Die Regierung bzw. der Stiftungsrat wurden eingeladen, ergänzende Informationen zur künftigen Entwicklung der sgpk zu machen. Diese Information ist erfolgt, sodass die Vorlage in der ersten Jahreshälfte 2017 im Kantonsrat beraten werden kann.

Vorgaben der Public Corporate Governance umgesetzt

Das Staatsverwaltungsgesetz legt fest, dass der Geschäftsbericht der Regierung auch über die kantonalen Beteiligungen zu informieren hat. Seit Beginn der neuen Amtsdauer 2016/2020 im Juni 2016 ist das Generalsekretariat des Finanzdepartementes zuständig für die Koordination des Beteiligungsmanagements.

Im Jahr 2015 hatte die Regierung die Vergütungsverordnung verabschiedet, welche die Entschädigung und Ablieferungspflicht regelt für Delegierte, die den Kanton in Organisationen mit kantonomer Beteiligung vertreten. Zudem hatte die Regierung Weisungen erlassen und das Ausschreibungsverfahren definiert für die Wahlen in Leitungsorgane mit kantonomer Beteiligung. Diese Vorgaben der Public Corporate Governance (PCG) galt es im Jahr 2016 umzusetzen und Leitungsorgane mit kantonomer Beteiligung erstmals entsprechend zu besetzen. Verfahren und Regelungen haben sich grundsätzlich bewährt.

Weiter wurden im Jahr 2016 Eigentümerstrategien – ein wichtiges PCG-Element – für verschiedene Beteiligungen erarbeitet. Die Regierung verabschiedete die Eigentümerstrategien für die Sozialversicherungsanstalt und die St. Galler Kantonalbank. Auch jene für den Spitalbereich wurde erarbeitet und im Januar 2017 dem Verwaltungsrat der Spitalverbunde in die Vernehmlassung gegeben. Die Verabschiedung soll in der ersten Jahreshälfte 2017 erfolgen. Die Erarbeitung der Eigentümerstrategien für verschiedene Bildungsinstitutionen geschieht abgestimmt auf die ab 2019 neu laufende Periode der Leistungsvereinbarungen.

Die Jahresrechnung 2016 enthält einen aktualisierten Beteiligungsspiegel und einen Ausweis der Entschädigungen der Leitungsorgane sowie der Ablieferungen an den Kanton. Das Instrumentarium für das Beteiligungscontrolling hat sich grundsätzlich bewährt; es soll im Jahr 2017 weiter verfeinert und ausgebaut werden.

6. Baudepartement



«Im neuen Jahr werden wir besondere Schwerpunkte auf die Umsetzung der Gesamtverkehrsstrategie und auf den Vollzugsbeginn des neuen Planungs- und Baugesetzes legen. Wir treiben aber auch den Abbau des aufgestauten Unterhalts voran. So muss der Unterhalt unserer kantonalen Gebäude künftig Priorität vor den Neubauten haben.»

Regierungsrat Marc Mächler
Vorsteher Baudepartement

Wenn Neues entsteht

Der Mensch strebt seit jeher danach, mehr über die Welt zu erfahren. Damit dies gelingt, wird seit Jahrhunderten geforscht und entwickelt. Mit dem Neubau des Forschungszentrums stärkt der Kanton St. Gallen die Wettbewerbsfähigkeit der Hochschule für Technik Rapperswil (HSR). Nach rund zwei Jahren Bauzeit wurde der Neubau im April 2016 eröffnet. Viel Neues wird auch im Gesundheitsbereich geschaffen: So wurden 2016 an den Spitalstandorten St. Gallen, Wil, Grabs und Wattwil die Bauarbeiten für die Erweiterungsprojekte begonnen.



Die Regierungsräte Marc Mächler und Stefan Kölliker, Regierungsrätin Heidi Hanselmann sowie Markus Hobi, Leiter des LZSG Salez, platzierten verschiedene Gegenstände in einer Milchtanse, die im Fundament des Neubaus einbetoniert wurde.

Die Hochschule für Technik Rapperswil hat einen Forschungs- und Entwicklungsauftrag, den sie erfolgreich wahrnimmt. Vor 44 Jahren wurde das «Interkantonale Technikum Rapperswil» eröffnet mit den Kantonen Zürich, St. Gallen, Schwyz und Glarus als Trägerschaft. Um zusätzlichen Unterrichtsraum für die steigende Studierendenzahl zu schaffen, wurde 1991 ein Schulprovisorium mit drei

Pavillons errichtet. Neun Jahre später kamen ein Schulgebäude, ein Foyer mit Hörsälen, eine Bibliothek und zwei weitere Gebäude hinzu. Bis heute ist die Zahl der Studierenden auf rund 1500 angewachsen. Gleichzeitig benötigte die Forschung mehr Platz, zumal die Zahl der Forschungsprojekte laufend zunimmt. Eine Erweiterung der HSR war aus diesen Gründen dringend notwendig.



Im dreistöckigen Erweiterungsbau für das Spital Wattwil werden künftig die Bettenstationen, das neue Restaurant, die Physiotherapie und auf dem Dach der Helikopterlandeplatz eingerichtet.

In rund zwei Jahren Bauzeit entstand am Ufer des Zürich-sees ein viergeschossiges Gebäude im Minergie-Standard. Darin wurden neben den Institutsräumen mehrere Besprechungsräume, ein Serverraum, zwei Computerunterrichtsräume, ein Bistro und ein Veranstaltungsraum für 200 Personen realisiert. «Forschung und Entwicklung» verfügt im neuen Gebäude über mehr Platz, und zugleich können die Räume, die im angestammten Gebäude durch deren Auszug frei wurden, wieder für die Lehre genutzt werden. Die Gesamtinvestitionen für den Neubau des Forschungszentrums betragen 41,9 Millionen Franken.

Dank der Nähe des Forschungszentrums zu den Unterrichtsräumen profitiert die Lehre unmittelbar von den Forschungsergebnissen.

Bauarbeiten an Spitalstandorten begonnen

Nachdem im Jahr 2015 die Bauprojekte ausgearbeitet und die Bewilligungsverfahren abgeschlossen worden waren,

wurde im Jahr 2016 mit der Erweiterung und Erneuerung mehrerer Spitäler angefangen. Es begann im Februar mit dem Kantonsspital St. Gallen. Dieses Bauprojekt soll gut zehn Jahre dauern. Im Juni folgte der Start für Umbau und Erweiterung des Spitals Wil. Der Abschluss dieses Projekts ist für Mitte 2018 vorgesehen. Am Spitalstandort Grabs wurde im August der Grundstein für einen Neubau gelegt. Dieser wird, wenn die Arbeiten im Jahr 2022 abgeschlossen sein werden, vier nicht mehr zeitgemässe Gebäude ersetzen. Im November wurde in Wattwil der Grundstein für den Erweiterungsbau gelegt. Dieses Bauvorhaben soll im Jahr 2021 abgeschlossen sein. In der Märzsession 2016 fasste der Kantonsrat sodann den Beschluss, die Spitalimmobilien den Spitalverbunden zu übertragen. Ab dem Jahr 2017 werden demzufolge alle Bauprojekte durch die Spitalverbunde geplant und ausgeführt.

Neues Planungs- und Baugesetz verabschiedet

In der Aprilsession 2016 verabschiedete der Kantonsrat nach einer aufwendigen Behandlung in der vorberatenden Kommission und im Parlament das neue Planungs- und Baugesetz. Damit erhält der Kanton St. Gallen nach einem über zehnjährigen Prozess ein zeitgemässes Gesetz. Den Vollzugsbeginn legte die Regierung auf den 1. Oktober 2017 fest. Ende 2016 begannen die Umsetzungsarbeiten zum Erlass der Verordnung. Vor allem auf die Gemeinden



kommt in den nächsten Jahren ein erheblicher Mehraufwand zu. Verschiedene Arbeitshilfen, die das Baudepartement zusammen mit den Gemeinden auf den Vollzugsbeginn hin erarbeitet, sollen sie unterstützen.

Das neue Planungs- und Baugesetz macht das Bauen einfacher und schafft neue, griffige Instrumente für eine weitsichtige Raumplanung.

Zweite Etappe der Umfahrung Wattwil

Im Dezember 2009 stimmte der Kantonsrat dem Bau der zweiten Etappe der Umfahrungsstrasse Wattwil zu. Diese soll über die Anschlüsse Brendi im Norden und Stegrüti im Süden mit dem bestehenden Strassennetz verbunden werden und so die Lücke zwischen den bestehenden Umfahrungsstrassen Wattwil (erste Etappe) und Ebnet-Kappel schliessen. Gegen das Projekt gingen mehrere Einsprachen und Beschwerden ein. Nach einem langen Weg wies das Bundesgericht im März 2016 die Beschwerden ab. Seit

November 2016 laufen die Projektierungsarbeiten an der Thur-Brücke der Südostbahn. Der Baustart ist für das zweite Halbjahr 2018 geplant.

Gesamtverkehrsstrategie wird erarbeitet

Der Kanton St. Gallen erarbeitet erstmals eine Gesamtverkehrsstrategie. Damit will die Regierung die drei laufenden strategischen Verkehrsplanungsprojekte – Gesamtüberarbeitung Richtplan (Kapitel Verkehr), 17. Strassenbauprogramm und 6. öV-Programm – aufeinander abstimmen. Die Gesamtverkehrsstrategie soll unter anderem Hinweise darauf geben, in welche Richtung der Verkehr sich langfristig entwickelt. Ausserdem soll sie Grundsätze festlegen, wie Siedlung und Verkehr sowie die verschiedenen Verkehrsträger aufeinander abgestimmt werden sollen. Die Verkehrsmittel sollen sinnvoll verzahnt und nicht gegeneinander ausgespielt werden. Die Regierung wird die Gesamtverkehrsstrategie im Frühling 2017 verabschieden.

Generelles Projekt «Rhesi» gestartet

Das Projekt Rhesi – Rhein, Erholung und Sicherheit – hat zum Ziel, den Hochwasserschutz am unteren Alpenrhein zu verbessern. Die Abflusskapazität des Rheins soll auf der gesamten internationalen Strecke erhöht werden. Dafür sind bauliche Massnahmen wie die Verstärkung oder Aufweitung der Dämme notwendig. Heute ist der Alpenrhein für ein 100-jähriges Hochwasser ausgebaut. Ohne zusätzliche Ausbaumassnahmen wird das Rheintal bei einem grösseren Hochwasserereignis grossflächig überflutet. Dadurch könnten sowohl im Kanton St. Gallen wie auch in Vorarlberg Schäden von rund 5,7 Milliarden Franken entstehen. Im April 2016 starteten die Arbeiten für das generelle Projekt. Dieses bildet die Grundlage für einen neuen Staatsvertrag zwischen der Schweiz und Österreich.

Wattwil besser vor Hochwasser schützen

Die über 100 Jahre alten Flussverbauungen der Thur in Wattwil haben das Ende ihrer Lebensdauer erreicht und sind heute teilweise stark beschädigt: Die Flusssohle erodiert, die Uferböschungen werden unterspült und rutschen ab. Zudem verfügt der Fluss nicht über die notwendige Kapazität, um ein grosses Hochwasserereignis ohne Schäden abzuleiten. Der Kanton St. Gallen erarbeitet deshalb in enger Zusammenarbeit mit der Gemeinde Wattwil ein Sanierungsprojekt für die Thur in Wattwil. Es ist geplant, im Sommer 2018 das Sanierungsprojekt zur öffentlichen Auflage zu bringen. Für den Kanton ist es wichtig, die vielfältigen Interessen von Gemeinde, Bevölkerung und Interessenorganisationen zu kennen und bestmöglich zu berücksichtigen. 2016 wurde darum ein Beirat geschaffen, der in die Planung einbezogen wird.

Neubau für das LZSG in Salez

Im April 2016 begannen die Bauarbeiten für den Teilabbruch und den Ersatzneubau der Landwirtschaftsschule am



Mit dem Generationenprojekt Rhesi soll das Übertreten des Rheins wie im Sommer 2016 verhindert werden.



Der Neubau des Forschungszentrums löst bisherige Provisorien ab und trägt dem zusätzlichen Platzbedarf Rechnung. © Seraina Wirz

Landwirtschaftlichen Zentrum St. Gallen (LZSG) in Salez. Mit der Grundsteinlegung im November 2016 erfolgte ein weiterer wichtiger Schritt zur Realisierung des Erweiterungsbaus. Der Ersatzneubau ist als Holzbau konzipiert, der in zwei Flügel unterteilt ist. Der Flügel für den Schulbereich wird zweigeschossig erstellt, der Flügel für das Wohnen mit Internat, Gästezimmern und Abwartswohnung wird dreigeschossig. Dank der räumlichen Trennung kann die ungünstige räumliche Verflechtung der verschiedenen Nutzungen behoben werden. Ende 2018 sollen die Arbeiten an der Gesamtanlage abgeschlossen werden. Die Gesamtkosten für den Teilabbruch und den Ersatzneubau am LZSG in Salez belaufen sich auf 32 Millionen Franken.

Die Hochwasserschutzprojekte an der Thur in Wattwil und am Rhein sollen den Flüssen wieder mehr Raum geben und die Bevölkerung besser vor Hochwasser schützen.

Richtplankapitel Siedlung in Vernehmlassung

2016 hat der Kanton St. Gallen das erste Richtplankapitel Siedlung in die Vernehmlassung geschickt. Im überarbeiteten Kapitel wird insbesondere das künftige Siedlungsgebiet festgelegt. Zum einen wird aufgezeigt, wie gross das Siedlungsgebiet künftig angelegt wird, wie das Siedlungsgebiet im Kanton verteilt werden soll und wie die Erweiterung des Siedlungsgebietes regional abgestimmt wird. Die Regierung verabschiedet das erste Richtplankapitel im Januar 2017 und reicht dieses anschliessend beim Bund ein. Mit der Genehmigung durch den Bund wird im Sommer 2017 gerechnet. Bereits angelaufen sind die Arbeiten für das zweite Richtplankapitel Verkehr.

Vier Agglomerationsprogramme eingereicht

Die Agglomerationsprogramme sind ein wichtiger Pfeiler der Agglomerationspolitik und der nachhaltigen Raumentwicklung der Schweiz. Die Programme sind Voraussetzung, um beim Bund einen Antrag um Mitfinanzierung der Verkehrsinfrastrukturen zu stellen. Im Dezember 2016 reichte der Kanton St. Gallen vier Agglomerationsprogramme der dritten Generation beim Bund ein. Mit diesen Programmen soll an die bisher erfolgreiche Umsetzung von Infrastrukturprojekten mit Unterstützung des Bundes angeknüpft werden. Die Investitionen für die ausgearbeiteten Massnahmen der vier St. Galler Agglomerationsprogramme betragen mehr als 1,2 Milliarden Franken. Davon sollen 598 Millionen Franken in die Verkehrsinfrastrukturen des Kantons St. Gallen fliessen. Im Rahmen der Agglomerationsprogramme der zweiten Generation leistet der Bund

aktuell mit 140 Millionen Franken bereits einen bedeutsamen Beitrag zur Verbesserung der Verkehrsinfrastrukturen im Kanton St. Gallen.

Mit den Bundesbeiträgen an die Agglomerationsprogramme kann der Kanton St. Gallen wichtige Projekte zur Abstimmung von Siedlung und Verkehr realisieren.

Sieben neue Energiefördermassnahmen

2016 nahm der Kanton St. Gallen sieben zusätzliche Massnahmen in sein Energieförderprogramm auf. Eine der wichtigsten Massnahmen ist die «Gebäudemodernisierung mit Konzept». Energieberater erstellen für den Hauseigentümer ein Konzept, das aufzeigt, wie der Zustand des Hauses ist, welche energetischen Massnahmen sich für sein Haus eignen, wie viel diese Massnahmen kosten und wie viel man damit langfristig sparen kann. Eine weitere Fördermassnahme nimmt die fossilen Heizungen ins Visier. Die Hausbesitzer, die eine fossile Heizung mit Heizöl, Gas oder Kohle durch eine geräuscharme Wärmepumpe ersetzen, erhalten eine finanzielle Unterstützung. Eine weitere Massnahme ist die «Betriebsoptimierung Energie». Ein Fachmann prüft mit dem Unternehmen vor Ort, welche Geräte und Maschinen energieeffizienter betrieben werden können. Die neue Massnahme «St. Galler KMU-Energieberatung» zeigt Unternehmen auf, mit welchen Massnahmen sie ihren Energiebedarf oder CO₂-Ausstoss senken können. Damit soll ein Anreiz für Investitionen in energieeffizientere Apparate und Anlagen geschaffen werden.

7. Sicherheits- und Justizdepartement



«Die Sicherheitslage in unserem Kanton verbessert sich kontinuierlich. Die polizeiliche Kriminalstatistik zeigt seit Jahren rückläufige Tendenzen. Opferbefragungen bestätigen diesen Trend. Auch im Strassenverkehr geht die Zahl der Verletzten zurück, und die Zahl der Verkehrstoten verharrt erfreulicherweise auf einem Tiefststand. Diese positive Entwicklung ist dem grossen Einsatz meiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, aber auch dem Verständnis der ganzen Bevölkerung für Kontroll- und Präventionsmassnahmen zu verdanken.»

Regierungsrat Fredy Fässler
Vorsteher Sicherheits- und Justizdepartement

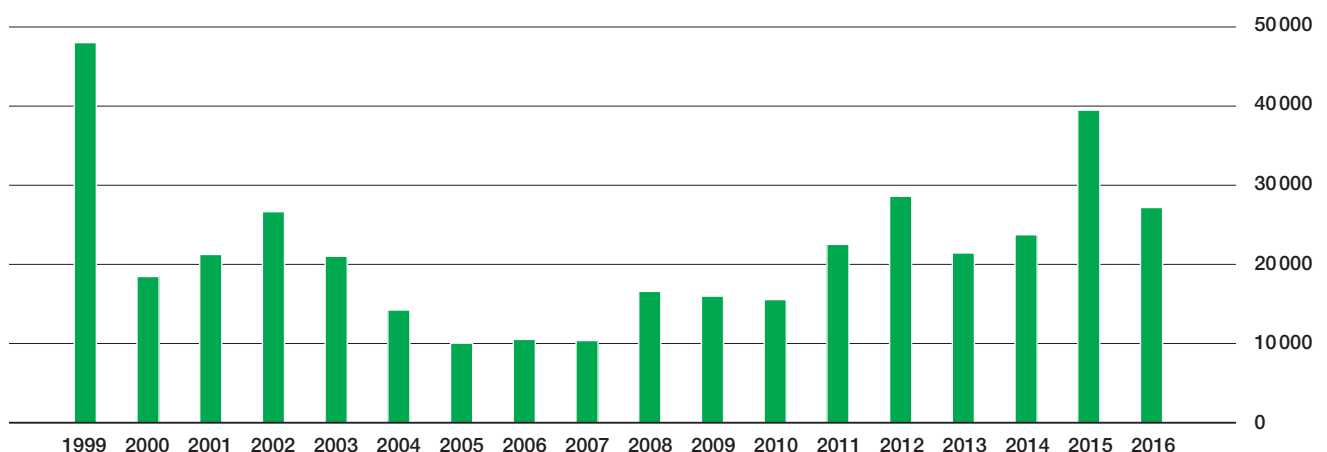
Sicherheit aus einer Hand

Mit Beginn der neuen Amtsdauer 2016/2020 wurde am 1. Juni 2016 die Gebäudeversicherung des Kantons St. Gallen dem Geschäftskreis des Sicherheits- und Justizdepartementes zugeordnet. Mit dem zugehörigen Amt für Feuerschutz sind damit insbesondere die Bereiche des Feuerwehrwesens und des baulich-technischen Brandschutzes an dieses Departement übergegangen. Die kantonalen Sicherheitsorganisationen – Polizei, Feuerwehr, Zivilschutz usw. – sind damit auch organisatorisch näher zusammengerückt, nachdem die Zusammenarbeit im Ereignisfall ohnehin seit jeher bestens funktioniert.

Notfallplanung von Bund und Kanton, Überbelegung von Asylzentren, provisorische Unterkünfte – dies waren Stichworte, die aufgrund des aussergewöhnlich hohen Zustroms von Asylsuchenden Ende 2015 und Anfang 2016 die asylpolitische Diskussion prägten. Nachdem aber verschiedene europäische Länder ihre Grenzen sperrten und die Europäische Union mit der Türkei das Flüchtlingsabkommen schloss, kam die «Balkanroute» praktisch zum Erliegen. Dadurch ging die Zahl der Asylgesuche wieder erheblich

zurück. Die Zahl der Flüchtlinge, die über das Mittelmeer nach Süditalien gelangten, stieg demgegenüber an. Die Schweiz scheint jedoch nach wie vor nicht das bevorzugte Zielland dieser Menschen zu sein. Gesamthaft nahm die Zahl der Asylgesuche 2016 in der Schweiz gegenüber dem Vorjahr um 31 Prozent auf 27 207 Gesuche ab. Die meisten Asylgesuche stammen von Personen aus Eritrea, Afghanistan und Syrien.

Asylgesuche Schweiz 1999–2016

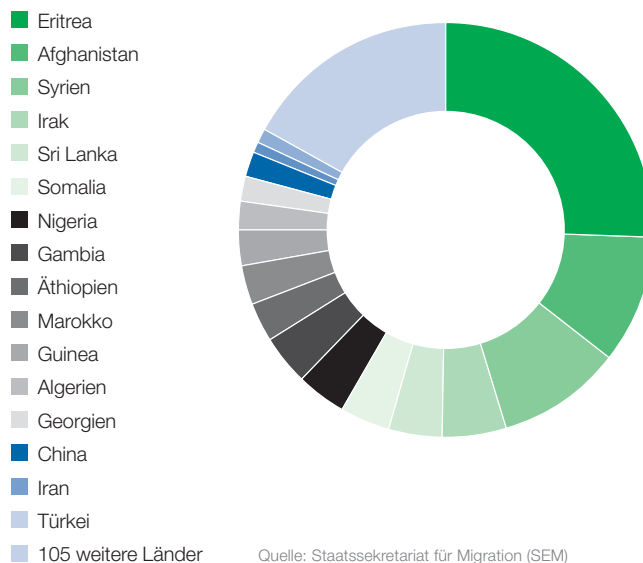


Zahl der Plätze in Asylzentren erhöht

Der Bund weist dem Kanton St. Gallen grundsätzlich 5,7 Prozent aller Personen zu, die in der Schweiz ein Asylgesuch einreichen. 2016 waren dies insgesamt 1413 Personen (Vorjahr: 2262). Für die erste Unterbringungsphase betrieb der Kanton weiterhin die vier kantonalen Asylzentren Thurhof in Oberbüren, Neckermühle in Necker, Landegg in Eggersriet/Lutzenberg und Bommerstein in Mols. Zusätzlich blieb das Wohnfoyer Kreuzacker in Wil das ganze Jahr über in Betrieb. Sodann konnten im ersten Quartal 2016 die beiden Asylbewerberzentren Bergruh in Amden und Sonnenberg in Vilters eröffnet werden. Damit erhöhte sich die Unterbringungskapazität in den Regelstrukturen des Kantons auf insgesamt 559 Betten. Aufgrund des anfänglich weiterhin sehr hohen Zustroms an Asylsuchenden wurden im Jahr 2016 verschiedene Militär- oder Gruppenunterkünfte sowie Jugendherbergen als zusätzlich befristete Zentren geführt. Erfreulich war, dass bei all diesen befristeten Unterkünften die zuständigen Gemeindebehörden zu pragmatischen Lösungen Hand boten und auch seitens der örtlichen Bevölkerung eine grosse Solidarität zu spüren war.

Die teilweise massive Überbelegung der kantonalen Asylzentren mit der entsprechenden früheren Verteilung auf die Gemeinden machte es für die Gemeinden immer schwieriger, in kurzer Zeit zweckmässigen Wohnraum für die Asylsuchenden zu finden. Das Problem verstärkte sich durch den Umstand, dass die Schutzquote (Anerkennung der Flüchtlingseigenschaft oder Gewährung der vorläufigen Aufnahme durch die Bundesbehörden) im Jahr 2016 bei 52,4 Prozent lag. Um die Planungssicherheit und Vorbereitungszeit der Gemeinden für die Übernahme von Asylsuchenden zu erhöhen, verpflichtete sich der Kanton ab dem Jahr 2016, die Asylsuchenden grundsätzlich während vier Monaten in kantonalen Kollektivzentren unterzubringen.

Herkunftsländer der Asylsuchenden Januar bis Dezember 2016

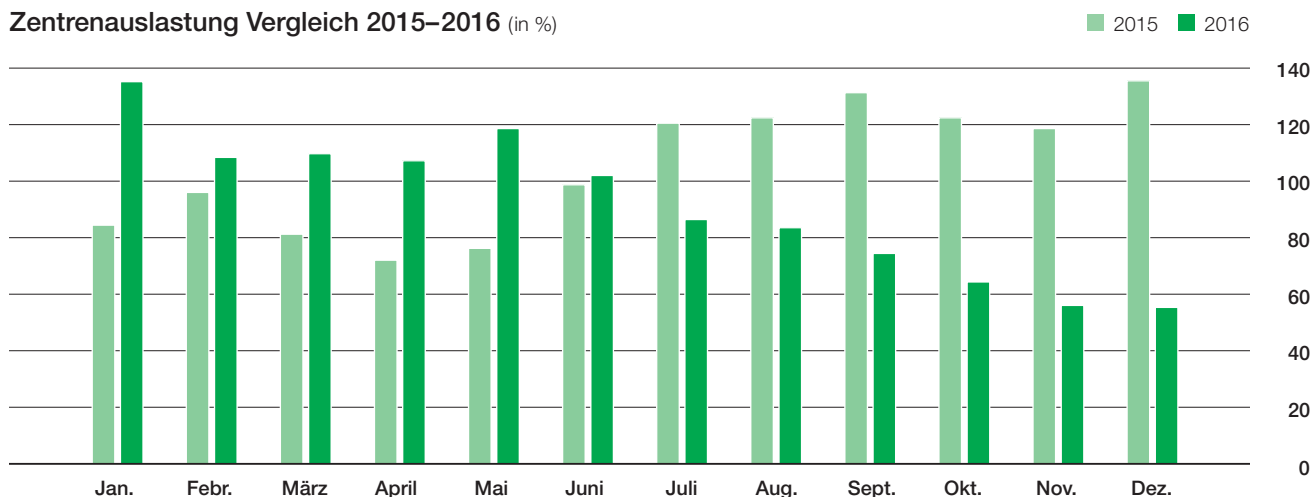


Quelle: Staatssekretariat für Migration (SEM)



Das Asylzentrum Sonnenberg in Vilters-Wangs bietet Platz für 100 bis 150 Asylsuchende.

Zentrenauslastung Vergleich 2015–2016 (in %)



Im Verlauf des Jahres pendelte sich für den Kanton St. Gallen die Zuteilung von Asylsuchenden bei etwa 100 bis 150 Personen pro Monat ein. Der verminderte Zustrom sowie die erhöhte Bettenzahl in den kantonalen Zentren führten dazu, dass keine weiteren befristeten Unterkünfte eröffnet werden mussten. Zudem konnte die Schliessung des ältesten und kleinsten Zentrums im Kanton St. Gallen, des Asylzentrums Bommerstein in Mols, angekündigt werden. Lag die Auslastung in den kantonalen Zentren mit einer gesamthaften Bettenzahl von über 1000 im Januar 2016 noch bei 135,3 Prozent, nahm sie in der zweiten Jahreshälfte markant ab. Die durchschnittliche Auslastung im Jahr 2016 lag bei 91 Prozent.

Zuständigkeit für Jugendliche neu geregelt

Der Zustrom von unbegleiteten minderjährigen Asylsuchenden hielt auch im Jahr 2016 auf hohem Niveau an. Dem Kanton St. Gallen wurden 109 Jugendliche zugeteilt. Auf Antrag der Gemeinden beschloss die Regierung, dass die Zuständigkeit für die umfassende Unterbringung, Betreuung und Finanzierung ab 1. Januar 2017 an die Gemeinden zurückübertragen wird. Im Zeitraum von Oktober 2016 bis Ende März 2017 werden schrittweise alle unbegleiteten minderjährigen Asylsuchenden in die kommunalen Strukturen übergeben.

Ausländeranteil steigt weiter

Der Bestand aller Ausländerinnen und Ausländer mit Wohnsitz im Kanton St. Gallen stieg im Jahr 2016 um 1 Prozent auf 117 141 Personen (Vorjahr 115 982). Der Anteil von ausländischen Personen aufgrund des Freizügigkeitsabkommens für Staatsangehörige aus Ländern der EU-27/ EFTA umfasste per Ende Dezember 2016 63 710 Personen (Vorjahr 63 285). 52 847 ausländische Personen, die nicht Bürger eines EU-27/ EFTA-Staates sind, wohnten

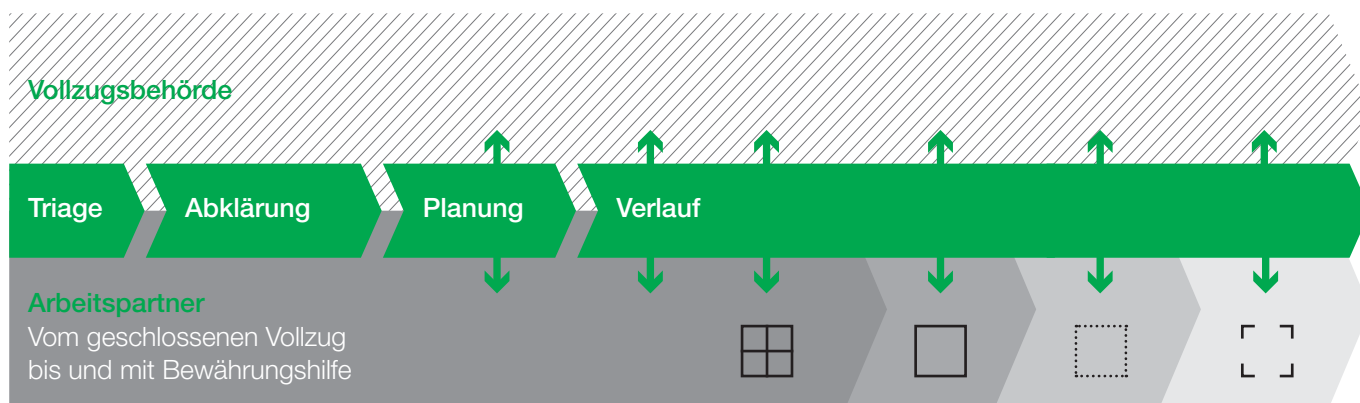
per Ende 2016 im Kanton St. Gallen (Vorjahr 52 697). Im Jahr 2016 wurden 488 Integrationsgespräche geführt. Dabei wurden 465 Integrationsvereinbarungen (im Vorjahr 464) mit ausländischen Personen abgeschlossen. Von diesen sind 343 Personen im Familiennachzug eingereist, 100 wurden vorläufig aufgenommen, 3 wurden als Brückenpersonen zugelassen, und 19 Personen aus Drittstaaten waren bereits anwesend.

Bei 441 Personen ordnete das Migrationsamt ausländerrechtliche Administrativhaft an (Vorjahr 364). 127 Personen wurden im Rahmen des Dublin-Abkommens in die zuständigen Erstasylländer zurückgeführt (Vorjahr 121), 305 Personen in ihre Herkunftsländer (Vorjahr 343). Bei 172 Personen, die sich widerrechtlich im Kanton St. Gallen aufhalten, war Ende 2016 der Wegweisungsvollzug hängig (Vorjahr 172).

Erfolgsmodell «Risikoorientierter Sanktionenvollzug»

Seit Mai 2016 arbeitet das Ostschweizer Strafvollzugskonkordat, dem die Kantone Zürich, St. Gallen, Thurgau, Graubünden, Glarus, Schaffhausen, Appenzell Auser rhoden und Appenzell Inner rhoden angehören, nach dem Modell des Risikoorientierten Sanktionenvollzugs (ROS). ROS ermöglicht, im Sinn der politischen Forderungen nach besserem Umgang mit potenziell gefährlichen Tätern, einen strukturierten Sanktionenvollzug mit vier Prozessschritten. Dabei werden diejenigen Fälle identifiziert, bei denen eine vertiefte Abklärung notwendig ist, und alsdann ein Fallkonzept entwickelt, das risikorelevante Problembe reiche aufzeigt. Aufgrund dieses Konzepts erfolgen rückfallpräventive Interventionen, regelmässige Standortbestimmungen und standardisierte Vollzugsberichte, um Verlauf und Ergebnis bewerten zu können.

ROS: Die vier Prozessschritte



Als durchgängiger Prozess gibt ROS den roten Faden über alle Vollzugsphasen. So entsteht ein gemeinsames Fallverständnis, das durch die Verwendung standardisierter Arbeitsmittel gefördert wird. Die Vollzugsbehörde bleibt über den gesamten Sanktionenverlauf zuständig und stellt einen reibungslosen Informationsfluss an allen Schnittstellen sicher.

Quelle: www.rosnet.ch

ROS ist nicht eine neue Vollzugsform. Ziel von ROS ist, Fälle mit Hinweisen auf erhöhte Risiken zu erkennen und aufzuzeigen, an welchen Themen mit den Verurteilten gearbeitet werden muss, um die Rückfallgefahr zu senken. Diese Arbeit soll nicht allein durch psychiatrische Fachpersonen geleistet werden. Vielmehr gibt es erprobte Arbeitsmittel, die auch vom Betreuungspersonal angewendet werden können. Die wichtige Deliktarbeit erfordert aber einen erhöhten Zeit- und Arbeitsaufwand für Abklärung und Betreuung und kann daher nur geleistet werden, wenn auch die nötigen Ressourcen zur Verfügung stehen.

Weniger Einsätze im polizeilichen Ordnungsdienst

Die Kantonspolizei St. Gallen leistete 2016 im polizeilichen Ordnungsdienst insgesamt 38 Einsätze weniger als im Vorjahr und 56 Einsätze weniger als im Jahr 2014. Auch die Zahl der Einsatzstunden und der eingesetzten Mitarbeitenden ging zurück. Besonders gross ist der Rückgang bei den Spielen der Rapperswil-Jona-Lakers: Da der Club nun in der zweithöchsten Liga spielt, war lediglich bei drei Spielen ein Ordnungsdienst erforderlich. Bei zehn Heimspielen des FC St. Gallen unterstützte die Kantonspolizei die Stadtpolizei St. Gallen; dies waren zwei Einsätze weniger als im Vorjahr. Die Spiele des FC Vaduz in der Super League lösten bei der Kantonspolizei St. Gallen fünf Einsätze mit rund 860 Arbeitsstunden aus, was einem Rückgang von jeweils über 60 Prozent entspricht. Anders verhält es sich bei den Heimspielen des FC Wil. Zwar mussten nur noch sechs Einsätze geleistet werden (drei weniger als im Jahr 2015), dafür waren diese um die Hälfte personal- und zeitaufwendiger.

Dem Rückgang im Sportbereich steht ein markanter Anstieg der Einsatzstunden im Umfeld von Demonstrationen, Kundgebungen oder Grossveranstaltungen gegenüber. Die Kantonspolizei St. Gallen leistete hier zwar gleich viele Einsätze wie im Jahr 2015, aber mit einem Anstieg von 300 Prozent an geleisteten Einsatzstunden.



Nicht geeignet für das Europäische Unfallprotokoll: spektakulärer Selbstunfall in Weesen.

Erfreuliche Entwicklungen im Strassenverkehr

Im Kanton St. Gallen nimmt die Zahl der Verkehrstoten seit 1971, trotz steigenden Fahrzeugbestands, stetig ab und bewegt sich seit 2010 stabil auf sehr tiefem Niveau. Das Jahr 2016 brachte 14 Verkehrstote, eine Person mehr als im Vorjahr. Die Gesamtzahl der polizeilich aufgenommenen Verkehrsunfälle stagniert seit zwei Jahren. Dies ist mitunter darauf zurückzuführen, dass viele Bagatellunfälle mit dem Europäischen Unfallprotokoll aufgenommen werden. Soweit keine Person verletzt oder getötet wurde, kein sehr hoher Sachschaden entstand und der Geschädigte vor Ort ist, ist das Europäische Unfallprotokoll ein gutes Mittel, die Schadensregulierung direkt mit den Versicherungen abzuwickeln.

Als grosser Erfolg erwies sich die in einem Pilotprojekt zusammen mit der Stadtpolizei St. Gallen erprobte neue Methode zur Erkennung von Fahruntfähigkeit. Die Trefferquote betrug über 95 Prozent. Dabei sollen nicht nur Fahrer unter Alkohol- oder Drogeneinfluss aus dem Verkehr gezogen werden; mit dieser Methode soll die Fahruntfähigkeit ganzheitlich erfasst werden, also auch das Fahren unter starken Medikamenten, mit beeinträchtigenden Erkrankungen oder bei Übermüdung. Diese Methode

Sicherheitspolizeiliche Einsätze 2012–2016

h Stunden MA Mitarbeiter E Einsätze

	2012			2013			2014			2015			2016		
	h	MA	E	h	MA	E	h	MA	E	h	MA	E	h	MA	E
Rapperswil-Jona-Lakers	8492	1011	45	9534	1135	58	8064	960	46	6485	772	28	882	105	3
FC St. Gallen	2066	246	9	3116	371	14	1277	152	11	2461	293	12	2024	241	10
FC Wil	319	38	5	1050	125	24	1235	147	13	1764	210	9	2629	313	6
FC Vaduz	269	32	1	0	0	0	1270	151	7	2965	353	14	865	103	5
SC Brühl	428	51	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Länderspiele AFG Arena	647	77	1	0	0	0	101	12	1	0	0	0	227	27	1
OD Grenze	118	14	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Andere Einsätze (Demos usw.)	1318	157	3	109	13	1	1915	228	6	521	62	3	1982	236	3
Jahrestotal	13657	1626	66	13810	1644	97	13862	1650	84	14196	1690	66	8609	1025	28

erfordert von den Polizeikräften ein geschultes Auge. Aufgrund der positiven Erfahrungen wird sie 2017 bei Kantons- und Stadtpolizei St. Gallen definitiv eingeführt.

Nachdem die neuen Geräte beschafft waren, wurde in der zweiten Jahreshälfte 2016 die vom Bund vorgegebene beweisichere Atemalkoholmessung – aus polizeilicher Sicht problemlos – eingeführt. Aufseiten der Verkehrsteilnehmer löste der neue Messwert allerdings wiederholt Verwirrung aus: Neu wird der Alkohol in Milligramm pro Liter Atemluft gemessen, was nur halb so hohe Werte ergibt wie der im allgemeinen Bewusstsein verankerte Promillewert.

Gefährdungs- und Risikoanalyse abgeschlossen

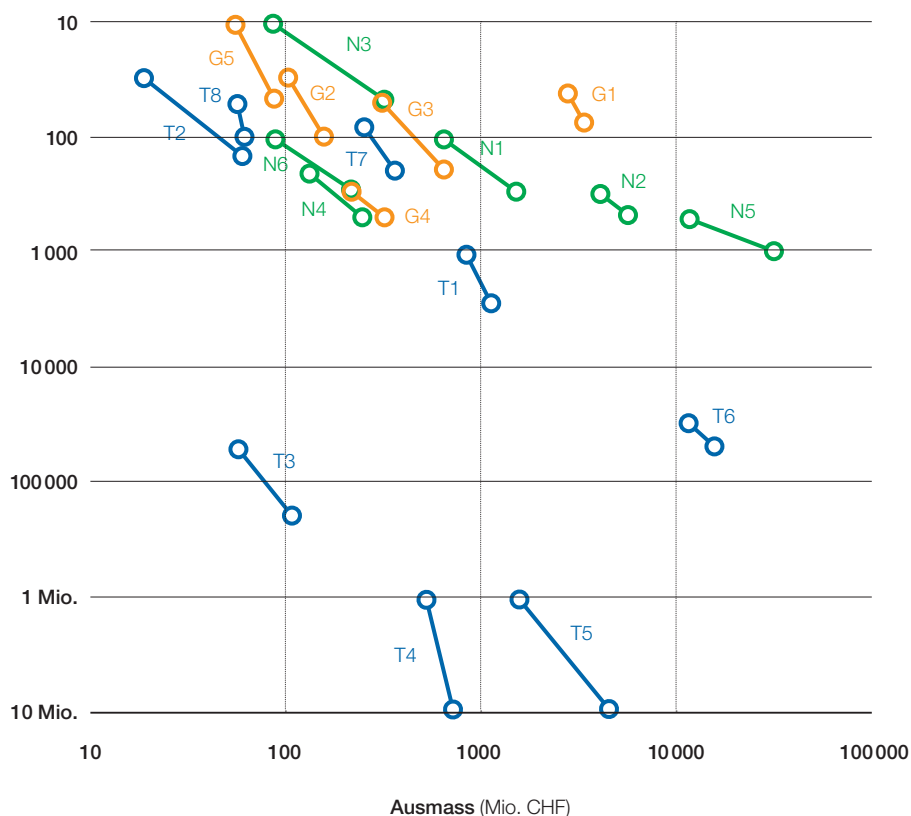
Erdbeben, Chemieunfälle, Sturmschäden: Nicht nur die Nachbarländer, auch die Schweiz und der Kanton St. Gallen können von Ereignissen betroffen sein, welche die Bevölkerung und deren Lebensgrundlagen gefährden oder einschränken. Um solchen Gefährdungen gezielt zu begegnen, müssen diese und die daraus resultierenden Risiken bekannt sein. Die Regierung gab daher im September 2015 eine umfassende und systematische, risikobasierte Gefährdungsanalyse in Auftrag. In einer ersten Phase, die Ende

2016 abgeschlossen werden konnte, wurden unter breitem Einbezug kantonaler Fachexperten die für den Kanton St. Gallen relevanten Katastrophen und Notlagen in den Bereichen Natur, Technik und Gesellschaft identifiziert und beurteilt. Angewendet wurde ein risikobasierter Ansatz, der vom Bundesamt für Bevölkerungsschutz erarbeitet und von vielen Kantonen bereits umgesetzt worden ist. Damit lassen sich die zum Teil sehr unterschiedlichen Gefährdungen miteinander vergleichen und in einem Risikodiagramm darstellen.

Das Risikodiagramm zeigt ein ähnliches Bild wie jenes des Bundes und der anderen Kantone: Eine schwerwiegende Pandemie bedeutet für den Bevölkerungsschutz des Kantons St. Gallen das grösste Risiko. Ebenfalls vergleichsweise hohe Risiken weisen die Naturgefahren Erdbeben, Hochwasser, Trockenheit/Hitzewelle sowie Unwetter/Sturm auf. Der vollständige Bericht zur Gefährdungs- und Risikoanalyse ist auf der Website des Kantons (www.sg.ch › Verwaltung › Sicherheits- und Justizdepartement) zugänglich. Darauf basierend wird nun in der zweiten Phase analysiert, in welchen Bereichen Handlungsbedarf besteht.

Risikodiagramm für den Kanton St. Gallen

Häufigkeit (1× in ... Jahren)



8. Gesundheitsdepartement



«Man merkt nie, was schon getan wurde; man sieht immer nur, was noch zu tun bleibt. Diese Aussage der zweifachen Nobelpreisträgerin Marie Curie fasst treffend das vergangene Geschäftsjahr im Gesundheitsdepartement zusammen. Die Ziele, die 2016 erreicht wurden, sind ein Ansporn, weitere Projekte anzupacken.»

Regierungsrätin Heidi Hanselmann
Vorsteherin Gesundheitsdepartement

Mit Elan und Engagement für eine gesunde Bevölkerung

Ein Joint Medical Master soll im Kanton St. Gallen schon bald Realität werden. Der Aufbau von Medizinstudienplätzen wird in Zukunft der St. Galler Bevölkerung nützen, da der innovative Lehrgang den Schwerpunkt auf die Grundversorgung und das interprofessionelle Zusammenarbeiten legt. Bereits etabliert haben sich verschiedene Projekte in der Gesundheitsförderung. Dazu gehört die Lancierung eines länderübergreifenden Programms zur Förderung der psychischen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen. Seit November 2016 profitiert die St. Galler Bevölkerung von einem weiteren innovativen Angebot: Die Grippe-Impfung darf nun auch von Apothekerinnen und Apothekern durchgeführt werden.

Mit dem Bericht «Aufbau Masterstudium in Medizin in St. Gallen» konnte im November 2016 die erste Projektphase unter der Federführung des Gesundheitsdepartementes erfolgreich abgeschlossen werden. Nachdem die

Projektgruppe drei mögliche Varianten für medizinische Studienplätze geprüft hatte, sprach sich die Regierung für die weitere Bearbeitung des Kooperationsmodells aus.



Das Kantonsspital St. Gallen, das Ostschweizer Kinderspital und weitere Institutionen im Gesundheitswesen haben Kapazitäten und Kompetenzen, um eine aktivere Rolle in der Ärzteausbildung einzunehmen.

Ein wichtiger Faktor bei der Entscheidung war das Statement der heutigen Medizinstudierenden aus dem Kanton St. Gallen. Bei einer Umfrage schätzten 90 Prozent von ihnen die Attraktivität eines Masterstudiums in St. Gallen als hoch ein, 55 Prozent wären sogar bereit, St. Gallen gegenüber dem aktuellen Studienort den Vorzug zu geben. Zusätzlichen Rückenwind erhielt das Projekt von der Zusicherung des Bundes für eine Anschubfinanzierung von rund 4,6 Millionen Franken.

Es sollen nicht einfach mehr Ärztinnen und Ärzte ausgebildet werden. Vielmehr muss sich die Ausbildung am künftigen Bedarf und an den zukünftigen Herausforderungen orientieren.

Das Gesundheitsdepartement wird den Aufbau des neuen Studiengangs weiterhin eng begleiten. So wird gewährleistet, dass die Bedürfnisse der Studierenden, der Ärzteschaft sowie des Kantonsspitals und des Ostschweizer Kinderspitals ins Curriculum einfließen und eine berufspraktische Ausbildung in den Kliniken möglich wird.

Der Masterabschluss mit dem Label «St. Gallen» soll einen Fokus auf die Interprofessionalität und die Grundversorgung legen, um die Bedürfnisse einer älter werdenden, multimorbiden Bevölkerung mit chronischen Krankheitsverläufen abzudecken. «Nicht mehr vom Gleichen ausbilden» lautet die Devise für den St. Galler Studiengang in Humanmedizin. Es sollen nicht einfach mehr Medizinerinnen und Mediziner ausgebildet werden. Entscheidend ist, dass sich die medizinische Aus- und Weiterbildung vermehrt am künftigen Bedarf und den Zielen einer sinnvollen Medizin orientiert und die Lücken in der Gesundheitsversorgung in der Ostschweiz geschlossen werden können.

Psychische Gesundheit von Kindern fördern

Der Kanton St. Gallen beteiligt sich am länderübergreifenden Projekt «Kinder im seelischen Gleichgewicht». Das Projekt hat zum Ziel, in der Bodenseeregion die psychische Gesundheit von Kindern zu fördern und bestehende Unterstützungsangebote über die Grenzen hinweg zu vernetzen. Ein besonderer Fokus liegt dabei auf Angeboten für belastete Familien.

Schwierige Lebensumstände können die seelische Gesundheit von Kindern und deren gesunde Entwicklung beein-

trächtigen. Eine besondere Risikogruppe bilden dabei Kinder, deren Eltern unter einer psychischen Erkrankung leiden oder suchtselastet sind.

In der Ostschweiz existieren bereits zahlreiche professionelle Unterstützungsangebote. Allerdings sind sie bei den Betroffenen, ihren Angehörigen und teilweise auch bei den Fachpersonen noch zu wenig bekannt. Familien, die Hilfe benötigen, wissen unter Umständen nicht, dass es Anlaufstellen in ihrer Nähe gibt, oder welche professionellen Angebote für ihre Situation angezeigt wären.

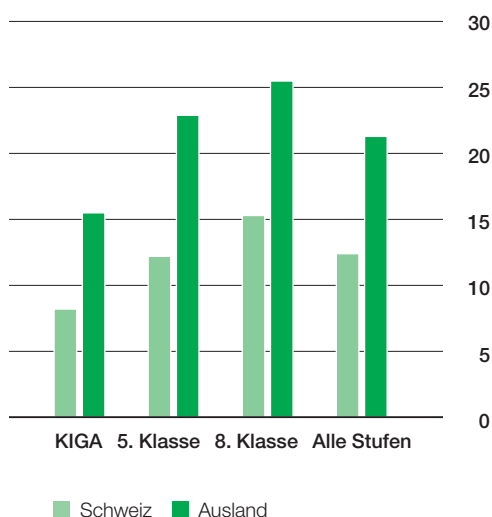
Darum wird nun eine Übersicht über Anlaufstellen und Angebote in den Kantonen St. Gallen, Appenzell Auser rhoden, Appenzell Inner rhoden und dem Fürstentum Liechtenstein erstellt. Diese Übersicht kann online genutzt werden und soll helfen, passende Angebote einfach und schnell zu finden. Ausserdem sollen Angebotslücken identifiziert und geschlossen werden. Das Projekt «Kinder im seelischen Gleichgewicht» läuft bis Ende 2020.

Spielerisch Übergewicht bekämpfen

Kinder lieben Bewegung. Dies nutzt das Projekt «Purzelbaum» seit über zwölf Jahren, indem es regelmässige Bewegung und ausgewogene Ernährung mit einfachen und praxisnahen Mitteln in Kindergärten, Kitas, Spielgruppen und Primarschulen bringt. Am 19. November 2016 trafen sich in St. Gallen über 400 Betreuungs- und Lehrpersonen aus der ganzen Schweiz zur 8. Purzelbaum-Tagung.

Das «Purzelbaum»-Projekt ist ein wichtiger Pfeiler im kantonalen Aktionsprogramm «Kinder im Gleichgewicht».

Verbreitung von Übergewicht (inkl. Adipositas) im Kanton St. Gallen nach Staatsangehörigkeit, Schuljahr 2014/15 (in %)





Gesundheitschefin Heidi Hanselmann lässt sich zum Start des Impfangebots in den Apotheken gegen Grippe impfen.

Einfache Spielideen motivieren Kinder zu mehr Bewegung und stärken ihre Geschicklichkeit.

Im Kanton St. Gallen wird es seit fünf Jahren umgesetzt. In dieser Zeit konnten 40 Kindergärten und 35 Kindertagesstätten bewegungsfreundlich und bewegungsförderlich gestaltet werden. Die Kinder entwickeln dadurch ihre koordinativen Fähigkeiten und werden zum Hüpfen, Balancieren und Klettern animiert. Dabei zeigt sich, dass motorisch geschickte Kinder mutiger werden und ihr Selbstvertrauen gestärkt wird.

Eine Auswertung von Daten der schulärztlichen Reihenuntersuchung aus den Schuljahren 2010/2011 und 2014/2015 zeigt, dass der Anteil Kinder mit Übergewicht nicht gestiegen, sondern in etwa gleich geblieben ist. Allerdings gibt es grosse Unterschiede zwischen Schweizer Kindern und Kindern ausländischer Staatsangehörigkeit. Während 21,3 Prozent der Migrantenkinder Übergewicht zeigen, sind es bei den Schweizer Kindern 12,4 Prozent. Eine Rolle spielen dürften sozioökonomische Aspekte und kulturell bedingte Unterschiede bei Körperidealen.

HPV-Impfung auch für Knaben und junge Männer

Humane Papillomaviren (HPV) sind weitverbreitet und hochansteckend. Diese Viren werden beim Geschlechtsverkehr oder Genitalkontakt von Mensch zu Mensch übertragen. Kondome bieten keinen vollständigen Schutz vor HPV-Infektionen, da das Virus auch über die Haut oder die Schleimhaut, die nicht durch das Kondom abgedeckt sind, übertragen werden kann. Die Krankheit betrifft besonders Jugendliche und junge Erwachsene beider Geschlechter. Humane Papillomaviren können bei Frauen Gebärmutterhalskrebs und bei beiden Geschlechtern Krebs am After oder im Rachenbereich auslösen.

Die HPV-Impfung bietet einen wirksamen Schutz vor einer Ansteckung und vor möglichen Folgeerkrankungen. Die HPV-Impfung wird in der Schweiz seit 2007 für Mädchen und junge Frauen empfohlen. Im Kanton St. Gallen können sich seit Juli 2016 auch Knaben und junge Männer kosten-

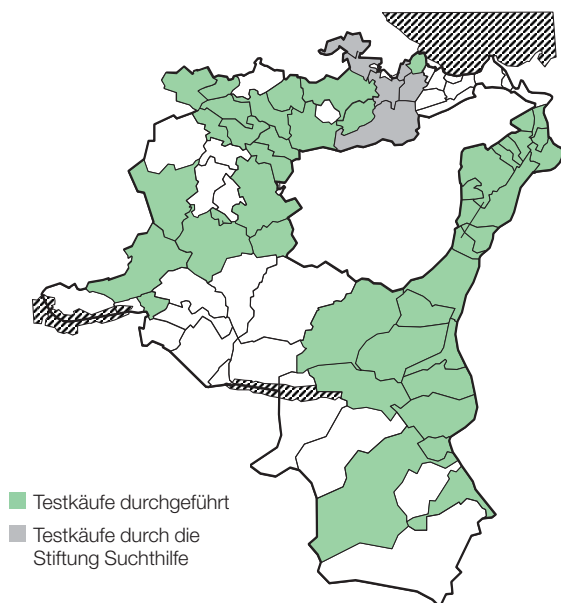
los durch den Schulärztlichen Dienst oder von den am Impfprogramm des Kantons St. Gallen teilnehmenden Ärztinnen und Ärzten impfen lassen.

Alkohol-Testkäufe nützen

Der Alkoholmissbrauch bei Jugendlichen hat in den letzten zwanzig Jahren deutlich zugenommen: Zahlen für den Kanton St. Gallen aus dem Jahr 2014 zeigen, dass 15 Prozent der 15-jährigen Jungen und 9 Prozent der gleichaltrigen Mädchen bereits mindestens zweimal in ihrem Leben betrunken waren. In der Altersgruppe der 15- bis 24-Jährigen fällt insbesondere der grosse Anteil jener auf, für die ein Rausch am Wochenende zur Gewohnheit geworden ist.

Alkohol-Testkäufe sind für die Prävention ein wertvolles und wirksames Instrument. Es zeigt sich, dass wiederholt durchgeführte Testkäufe den Verkauf von Alkohol an Jugendliche deutlich senken. Ausserdem werden dadurch mehrere Ebenen sensibilisiert: Politik, Gewerbe, Sicherheit, Verwaltung, Medien, Eltern und Jugendliche. Das Amt für Gesundheitsvorsorge unterstützt die St. Galler Gemeinden bei der Durchführung. Zwischen 2012 und 2016 gab es in 42 der 77 St. Galler Gemeinden solche Testkäufe.

Alkohol-Testkäufe im Kanton St. Gallen 2012–2016



Zwischen 2012 und 2016 wurden in 42 St. Galler Gemeinden Testkäufe durchgeführt.

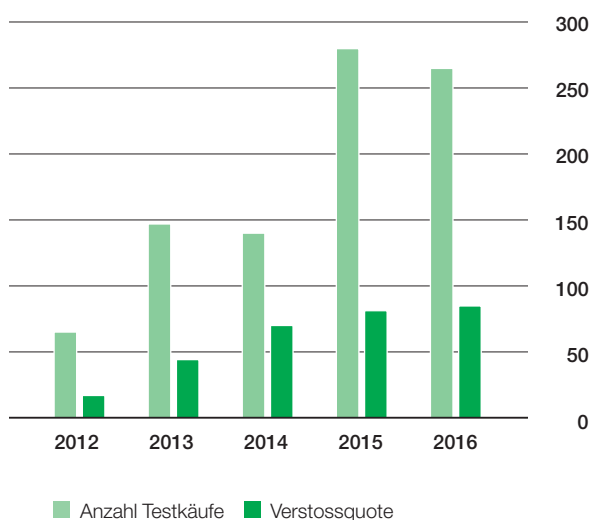
2013 © Amt für Raumentwicklung und Geoinformation, 9001 St. Gallen

Mit Ausnahme des Jahres 2014 liegt die Verstossquote durchschnittlich bei rund 30 Prozent. Dies entspricht dem Schweizer Schnitt; schweizweit lag die Verstossquote 2015 bei 29 Prozent.

Kleiner Stich mit grosser Wirkung

Seit November 2016 sind im Kanton St. Gallen Apothekerinnen und Apotheker mit entsprechender Weiterbildung befugt, Impfungen an über 16-jährigen, gesunden Personen durchzuführen – und zwar gegen die Grippe sowie gegen die Hirnhautentzündung, die durch Zeckenbisse verursacht wird. Beides sind keine harmlosen Krankheiten. In der Schweiz verursacht die Grippe jedes Jahr bis zu 265 000 Arztconsultationen, 5000 Hospitalisationen und führt zu mehreren hundert Todesfällen. Die Impfung in der Apotheke ist ein niederschwelliges und unkompliziertes Angebot, das den Bedürfnissen der heutigen Gesellschaft entgegenkommt und eine sinnvolle Ergänzung zum Angebot beim Hausarzt ist. Es soll die Impf-Rate in der Bevölkerung erhöhen und gleichzeitig die Rolle der Apothekerinnen und Apotheker in der medizinischen Grundversorgung stärken.

Anzahl der durchgeführten Testkäufe und Verstossquote in den Jahren 2012 bis 2016



Übersicht über die Schlachtung von Nutztieren im Kanton St. Gallen von 2012 bis 2016

	2012	2013	2014	2015	2016
Rinder	110 201	114 410	115 662	116 206	114 673
Schweine	683 877	694 452	744 771	782 408	757 556
Schafe	12 169	11 554	11 612	11 547	11 054
Ziegen	2 972	2 943	3 589	3 208	3 193
Pferde	261	241	132	86	69
Alpakas	35	22	35	26	40
Lamas	12	19	23	15	12
Gehegewild	135	130	123	124	117
Hausgeflügel inkl. Laufvögel	12	29	24	338 025	408 547
Total Schlachtungen	809 674	823 800	875 971	1 251 645	1 295 261

Vogelgrippe: Nachbarschaftshilfe für Vorarlberg

Das Auftauchen der Vogelgrippe in Europa und in der Schweiz beschäftigte Ende 2016 die nationalen und kantonalen Verantwortlichen. Nachdem am deutschen und am österreichischen Bodenseeufer sowie im Kanton Thurgau infizierte Tiere aufgefunden wurden, beschlossen die Anrainerländer koordinierte Massnahmen gegen die weitere Verbreitung des Virus.

Als in einem Truten-Mastbetrieb in Vorarlberg Fälle von Vogelgrippe festgestellt wurden, verschärfte der Kanton St. Gallen die Schutzmassnahmen und stuft sechs St. Galler Gemeinden am Bodensee und im unteren Rheintal vorübergehend in die Überwachungszone ein. Hausgeflügel und andere in Gefangenschaft gehaltene Vögel durften nur in geschlossenen Ställen gehalten oder in überdachte Wintergärten gelassen werden. Die Freilandhaltung wurde verboten.

Auf dem betroffenen Truten-Mastbetrieb in Vorarlberg mussten rund 1100 Tiere getötet werden. Da Vorarlberg über keine optimale Infrastruktur für die Tötung eines grossen Geflügelbestands verfügt, wurde die mobile Geflügeltötungsanlage der Tierseuchengruppe SG AR AI FL angefordert. Die Entsorgung der Kadaver erfolgte in der Tiermehlfabrik Bazenheid. Diese Aktion wurde vom St. Galler Kantonstierarzt organisiert und überwacht. Dank dieser sofortigen und unkomplizierten Nachbarschaftshilfe über die Landesgrenze konnte der Seuchenfall speditiv behandelt und ein wichtiger Beitrag zur Eindämmung der Vogelgrippe geleistet werden. Im Kanton St. Gallen wurden keine infizierten Tiere festgestellt.

St. Galler Schlachtbetriebe versorgen die Schweiz

In Bazenheid und St. Gallen stehen zwei der grössten und modernsten Schlachtbetriebe der Schweiz, sodass die

Schlachtzahlen in den letzten Jahren stetig angestiegen sind. Heute wird jedes dritte Schwein und jedes fünfte Rind schweizweit im Kanton St. Gallen geschlachtet.

Ein Viertel der Nutztiere der Schweiz wird im Kanton St. Gallen geschlachtet

2015 nahm ein Geflügelschlachtbetrieb seine Arbeit auf. Im Kanton St. Gallen ist ein weiterer Geflügelschlachtbetrieb in Planung, um den steigenden Geflügelfleischkonsum in der Schweiz abzudecken.

Spitalverbunde in Umbruchphase

Mit der Immobilienübertragung, die am 1. Januar 2017 erfolgt, ist die Verantwortung für die Umsetzung der Bauprojekte bei den vier Spitalunternehmen. Nach den Spatenstichen am Kantonsspital St. Gallen und an den Spitälern Grabs und Wattwil beginnen 2017 die Bauarbeiten am Spital Linth und in Altstätten.

Diese anspruchsvollen Projekte verlangen vom Verwaltungsrat der Spitalverbunde auf der strategischen Ebene grossen Einsatz, hohe Kompetenz und Weitsicht. Es ist darum erfreulich, dass für die Besetzung des Präsidiums eine zukunftsorientierte Lösung gefunden wurde. Bis Ende Mai 2018 wird der St. Galler Ökonom und Wirtschaftsanwalt Guido Sutter den Verwaltungsrat leiten. Anschliessend übernimmt Felix Sennhauser, ärztlicher Direktor am Universitäts-Kinderspital Zürich, diese Aufgabe. Beide Personen sind langjährige Mitglieder des Verwaltungsrats und werden mit ihrer reichen Erfahrung die Kontinuität im Gremium sicherstellen.

St. Galler Interessen aktiv vertreten

Die Kantonsverfassung erklärt in Artikel 23 die Pflege einer aktiven grenzüberschreitenden Zusammenarbeit mit dem Bund, den Kantonen und mit dem Ausland als Staatsziel. Die Regierung, der die Führung der Aussenbeziehungen übertragen ist, lebte diesem Staatsziel im Jahr 2016 aktiv nach.



Zuwanderung: Zulassungssystem föderal ausgestalten

An einer ausserordentlichen Plenarkonferenz der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) im April 2016 nahmen die Kantone Stellung zu den Botschaften des Bundesrates zwecks Umsetzung der Verfassungsbestimmungen zur Zuwanderung (Masseneinwanderungsinitiative). Sie begrüsst die Anstrengungen des Bundesrates, eine einvernehmliche Lösung mit der EU zu erreichen und den bilateralen Weg zu erhalten. Bei der innenpolitischen Gesetzgebung lehnten sie aber die vom Bundesrat vorgeschlagene, einseitige Schutzklausel ab. Der zentralistische Ansatz widerspreche der Forderung der Kantone nach einer föderalen Ausgestaltung des Zulassungssystems, das auf regionale Gegebenheiten Rücksicht nehme.

Im August 2016 präsentierten die Kantone einen eigenen Vorschlag: eine Bottom-up-Schutzklausel. Das Modell sieht gezielte Massnahmen am jeweiligen Ort vor, also auf tiefstmöglicher Stufe, und legt messbare Kriterien für deren Auslösung fest. Dieser föderalistische und arbeitsmarktspezifische Ansatz berücksichtigt die unterschiedlichen Ausgangslagen der Kantone.

Neue Möglichkeiten der regionalen Forschungszusammenarbeit

Wie am 15-Jahr-Jubiläum der Internationalen Bodensee-Hochschule (IBH) Ende 2015 angekündigt, wurden im Jahr 2016 – mit Unterstützung der Internationalen Bodensee-Konferenz (IBK) und des Interreg-Programms «Alpenrhein-Bodensee-Hochrhein» – drei neue IBH-Labs initiiert. IBH-Labs sind Denkfabriken und Netzwerke, die der Region neue Möglichkeiten der Forschungszusammenarbeit eröffnen. Im September bewilligte der Interreg-Lenkungsausschuss dafür insgesamt 6,2 Millionen Euro Fördergelder, wovon zwei Millionen aus der Schweiz stammen.

Die drei Labs haben zum Ziel, langfristige Innovationsnetzwerke zu etablieren, die mit verschiedenen Projekten den Forschungsstand in zukunftssträchtigen und für die Region bedeutsamen Bereichen voranbringen. Die drei Themen sind: Digitalisierung bei KMU, neue Technologien für ältere oder pflegebedürftige Menschen sowie lebenslanges Lernen mit technologischer Unterstützung. Die Hochschulen kooperieren dabei nicht nur untereinander, sondern binden auch Praxispartner aus Wirtschaft und Gesellschaft

ein. Der Forschungsstandort St. Gallen ist bei sämtlichen bisher genehmigten Lab-Projekten mit ein bis zwei Hochschulen beteiligt und wird damit von der Forschungszusammenarbeit stark profitieren.

Bodenseeraum als Wirtschaftsstandort positionieren

Die Internationale Bodenseekonferenz (IBK) arbeitet seit 2015 an der Aktualisierung ihrer Strategie. Einerseits werden die Entscheidungs- und Arbeitsweisen ihrer Gremien angepasst, andererseits wird die inhaltliche Ausrichtung neu justiert. Wichtige Ziele sind ein stärkerer Einbezug der Zivilgesellschaft sowie eine bessere Wahrnehmung der Bodenseeregion. Die Mitgliedsländer und -kantone der IBK sind übereinstimmend der Meinung, dass ein Missverhältnis zwischen realer Wirtschaftskraft und gesellschaftlich-politischer Wahrnehmung des Bodenseeraums besteht.

Wichtige Ziele sind ein stärkerer Einbezug der Zivilgesellschaft sowie eine bessere Wahrnehmung der Bodenseeregion.

Die Bodenseeregion als grenzüberschreitend vernetzte Region zu positionieren, ist ein strategisches Ziel der St. Galler Regierung. Die Vorzüge als internationaler dynamischer Wirtschaftsstandort mit hoher Lebensqualität, Freizeitattraktivität, Wettbewerbsfähigkeit und bedeutendem Wachstumspotenzial sind hoch zu gewichten. Vom aktuellen Strategieprozess der IBK erwartet die Regierung deshalb konkrete Aussagen, wie der Bodenseeraum besser positioniert und vermarktet werden soll. Sie wird sich hierzu auch einbringen. Ebenfalls ein strategisches Ziel ist ihr sodann die Schaffung eines metropolitanen Raums Vierländerregion Bodensee mit dem Städtetz St. Gallen, Bregenz, Friedrichshafen und Konstanz.

Metropolitanraum Vierländerregion Bodensee

Anfang 2016 einigten sich die für die Volkswirtschaft zuständigen Vertreter der Kantone St. Gallen, Thurgau, Appenzell Ausserrhoden und Appenzell Innerrhoden, des

Fürstentums Liechtenstein, des Landes Vorarlberg sowie die Landräte der Landkreise Lindau, Bodenseekreis, Ravensburg, Sigmaringen und Konstanz darauf, eine Wirtschaftskonferenz des metropolitanen Raums Vierländerregion Bodensee zu gründen. Die Wahrnehmung der Wirtschaftsregion zu stärken, ist das Ziel der Konferenz. Vorbehalten blieb die Zustimmung der Regierungen der beteiligten Länder und Kantone sowie der den Landräten übergeordneten Gremien. Die Kantone Thurgau und Appenzell Ausserrhodens brachten mit Hinweis auf den laufenden Strategieprozess der Internationalen Bodensee-Konferenz (IBK) Vorbehalte an, deshalb wurde das Vorhaben bis nach Abschluss dieses Strategieprozesses zurückgestellt.

Bericht «Strategie der Aussenbeziehungen 2016»

Mit dem Bericht «Strategie der Aussenbeziehungen 2016» kommt die Regierung ihrem verfassungsmässigen Auftrag nach, den Kantonsrat über die Zusammenarbeit des Kantons mit dem Bund, den Kantonen und dem Ausland zu informieren. Neben einer Auslegeordnung enthält der Bericht die strategischen Ziele der st. gallischen Aussenpolitik sowie ein Kapitel über den Einbezug des Kantonsrates. Nachdem Mitte 2016 die Kommission für Aussenbeziehungen aufgehoben worden ist und neue Kommissionsstrukturen geschaffen wurden, wird die Zusammenarbeit von Kantonsrat und Regierung in diesem Bereich dargestellt.

Das Schwergewicht bei den Aussenbeziehungen legt die Regierung auf die Zusammenarbeit mit den Nachbarkantonen, dem Fürstentum Liechtenstein und dem Bundesland Vorarlberg. Es geht darum, in ausgewählten Bereichen durch verstärkte Zusammenarbeit die Aufgaben effektiver und effizienter zu erfüllen sowie der Ostschweiz und dem Bodenseeraum mehr Gewicht zu geben. Zentral ist für die Regierung nach wie vor eine aktive Interessenvertretung auf Bundesebene – wo immer möglich vereint mit den Ostschweizer Kantonen. Grosse Bedeutung kommt der Zusammenarbeit in der Ostschweizer Regierungskonferenz zu.

Für die interkantonale Zusammenarbeit definiert die Regierung acht strategische Felder: Medizin, Bildung, Tourismus, Innovation, Standortmarketing, Sicherheit, Raumplanung/Verkehr und Kultur. Wie oben ausgeführt, ist die Schaffung eines metropolitanen Raums Vierländerregion Bodensee ein weiteres strategisches Ziel.

50 Jahre EDK-Ost

Im Mai 2016 feierte die Erziehungsdirektoren-Konferenz der Ostschweizer Kantone und des Fürstentums Liechtenstein (EDK-Ost) im Rahmen ihrer Jahreskonferenz ihr 50-jähriges Jubiläum. Die EDK-Ost ist eine der vier Regionalkonferenzen der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK). Die Regionalkon-

ferenzen haben ihre Grundlage im langjährig bewährten Schulkonkordat aus dem Jahr 1970. Im Beisein von amtierenden und ehemaligen Regierungsrätinnen und Regierungsräten der Mitgliedkantone der EDK-Ost sowie des Präsidenten und Generalsekretärs der EDK fand eine Feier an der Universität St. Gallen statt. Regierungsrat Stefan Kölliker würdigte als amtierender Präsident der EDK-Ost deren Verdienste zugunsten des Bildungswesens in der Ostschweiz und plädierte für eine Stärkung der Regionalkonferenzen.



Die Arge Alp (Arbeitsgemeinschaft Alpenländer) stand 2016 unter dem Vorsitz von Vorarlberg. Beim Arge-Alp-Preis 2016 ging ein Anerkennungspreis an das generationenübergreifende Projekt «Zeitbörse St. Gallen»: Studierende erhalten die Möglichkeit einer günstigen Unterkunft. Im Gegenzug bieten sie ihr zeitliches Engagement. An der Preisverleihung: Landeshauptmann Markus Wallner, Projektverantwortlicher Peter Künzle und Regierungsrat Marc Mächler.

Bildungsmonitoring: ÜGK lösen PISA ab

Mit dem HarmoS-Konkordat wurde beschlossen, gesamtschweizerische Bildungsstandards, also nationale Bildungsziele, zu entwickeln, einzuführen und periodisch zu überprüfen. Die von der EDK im Jahr 2011 freigegebenen nationalen Bildungsziele beschreiben für die Schulsprache, Mathematik, Naturwissenschaften sowie die Fremdsprachen die Ziele beziehungsweise Grundkompetenzen, welche die Schülerinnen und Schüler in der obligatorischen Schule erwerben sollen. Seit dem Jahr 2016 finden als Bestandteil des Bildungsmonitorings Schweiz regelmässige Überprüfungen des Erreichens der Grundkompetenzen, kurz ÜGK, statt. Es handelt sich um stichprobenbasierte Erhebungen, die zeigen sollen, wie gut die nationalen Bildungsziele erreicht werden und inwieweit man bereits von einer HarmoS-

nisierung der Ziele sprechen kann. Die ÜGK lösen in Vollzug der Bundesverfassung bzw. des HarmoS-Konkordates die bisherigen landesinternen, interkantonalen Vergleiche auf der Basis von PISA ab.

Kulturerbe pflegen

Im April 2016 besuchten die Regierungsmitglieder Martin Klöti und Martin Gehrer mit einer St. Galler Delegation den Landesrat für Kultur im Land Salzburg, Heinrich Schellhorn, um sich in Hinblick auf neue Vermittlungs-

Sicherheit ist oberstes Ziel

Die Bevölkerung unseres Kantons soll sich sicher fühlen; das ist oberstes strategisches Ziel. In den letzten Jahren sind die Bedrohungen und Gefahren noch komplexer, stärker verknüpft und unübersichtlicher geworden. Zumal diese an der Kantonsgrenze nicht haltmachen, ist im Bereich Sicherheit die Kooperation mit anderen Kantonen und dem Bund zwingend. Die engste Zusammenarbeit unterhält der Kanton St. Gallen mit den übrigen Ostschweizer Kantonen. Auf ihre Unterstützung sind Polizei und Zivilschutz bei



Eine St. Galler Delegation liess sich in Salzburg – im Hinblick auf neue Vermittlungsangebote im Stiftsbezirk St. Gallen – über das erfolgreich etablierte Domquartier Salzburg informieren.



Anlässlich eines Rom-Aufenthalts besuchte Regierungspräsident Martin Klöti einen Nachfahren von Karl Müller-Friedberg, dem Gründer des Kantons St. Gallen: Edmondo Schmidt Müller di Friedberg (sitzend).

angebote im Stiftsbezirk über das erfolgreich etablierte Domquartier Salzburg zu informieren. Letzteres fasst seit 2014 fünf kulturelle Institutionen unter einem Dach zusammen.

Im Oktober 2016 präsentierte Regierungsrat Martin Klöti am Istituto Svizzero in Rom das im Stiftsarchiv entstandene zweisprachige Werk «Itinera Italica II. Römische Tagebücher aus dem Kloster Sankt Gallen». Anlässlich jenes Aufenthalts besuchte Martin Klöti die in Rom wohnhaften Nachfahren von Karl Müller-Friedberg, dem Gründer des Kantons St. Gallen. Edmondo Schmidt Müller di Friedberg verstarb nur wenige Wochen später, am 12. Dezember, im Alter von 94 Jahren.

grösseren und bei kantonsübergreifenden Ereignissen angewiesen. Damit diese Zusammenarbeit optimal funktioniert, werden Aus- und Weiterbildung kantonsübergreifend organisiert, beispielsweise in der vom Ostschweizer Polizeikonkordat «ostpol» geführten Polizeischule Ostschweiz, aber auch beim Ostschweizer Zivilschutz-Ausbildungsverbund sowie bei der Arbeitsgruppe Ostschweiz, die sich auf die interkantonale Ereignisbewältigung durch den Bevölkerungsschutz konzentriert.

Regierungscontrolling

Das Controlling stellt relevante Informationen für eine wirksame und effiziente Steuerung von Verfahren und Prozessen bereit und trägt so zur bestmöglichen Zielerreichung der Staats-tätigkeit bei. Zu diesem Zweck wird der Stand der Umsetzung der strategischen Ziele der Schwerpunktplanung 2013–2017 dargestellt. Das Projektportfolio und die Übersicht über die Gesetzesvorhaben erhöhen die Transparenz und verbessern die Koordination.



Monitoring zu den strategischen Zielen der Schwerpunktplanung

Mit der Schwerpunktplanung 2013–2017 legte die Regierung die Akzente für die kommenden Jahre fest. Drei Schwerpunkte und zehn strategische Ziele zeigen auf, welche Themen fokussiert angegangen werden sollen. Die Berichterstattung beinhaltet die Leistungen der Departemente – also die Tätigkeiten und Massnahmen – sowie ein indikatorenbasiertes Monitoring, das die Wirkungen aufzeigt. Die Indikatoren stammen grösstenteils aus dem Staatszielmonitoring (abgekürzt SZM) und können online eingesehen werden (www.statistik.sg.ch › Themenübergreifendes › Staatszielmonitoring). Pro strategisches Ziel wird ein Indikator grafisch dargestellt und erläutert.

1. Der Kanton St. Gallen optimiert seine Strukturen

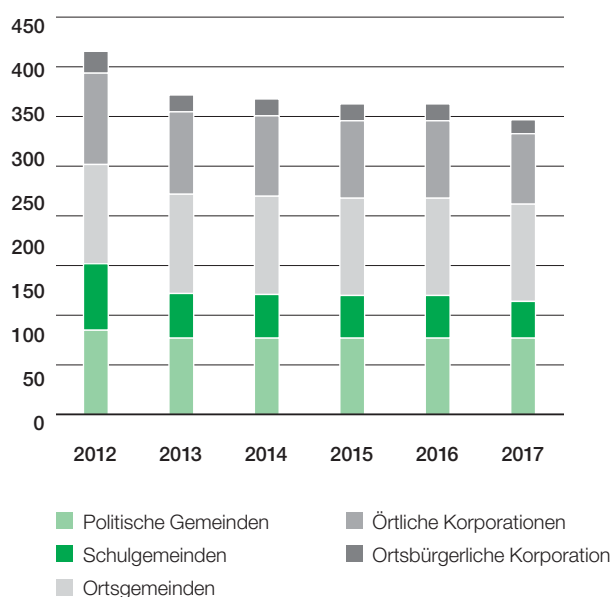
1.1 Strategisches Ziel «Funktionale Räume»

«Der Kanton St. Gallen erfüllt seine Aufgaben zusammen mit den Gemeinden, den Regionen und den Nachbarn effizient und wirksam in funktionalen Räumen.»

Leistungen der Departemente

Der Kanton St. Gallen aktualisiert derzeit den Richtplan aufgrund des revidierten Raumplanungsgesetzes des Bundes. 2016 wurde für den Richtplan Teil Siedlung die Vernehmlassung durchgeführt, ausgewertet und in aktueller Form von der Regierung erlassen. Funktionale Räume sind integraler Bestandteil der neuen Richtplanung, die vor allem auf dem kantonalen Raumkonzept basiert. Weiter wurde an einer Gesamtverkehrsstrategie gearbeitet, die alle Mobilitätsformen einschliesst und den Schwerpunkt auf die Hauptverkehrsachsen legt. Vier weitreichende Agglomerationsprogramme der 3. Generation – St. Gallen-Bodensee, Wil, Obersee und Werdenberg-Liechtenstein – wurden von der Regierung genehmigt und beim Bund eingereicht. Den Grundstein für ein weiteres Agglomerationsprogramm

Gemeindebestand Kanton St. Gallen
(jeweils per 1. Januar)



legten Beteiligte aus dem Kanton St. Gallen und dem Bundesland Vorarlberg mit der Gründung des Vereins Agglomeration Rheintal. Um die Gemeindestrukturen im Kanton zu bereinigen, wurden Beiträge für sechs Gemeindevereinigungsprojekte beschlossen.

Wirkungen in Wirtschaft und Gesellschaft

Während noch zu Beginn der letzten Amtsdauer (2013) zahlreiche Gemeinden in der Fusion waren, stagniert dieser Trend seit vier Jahren. Eine Fusionssättigung ist feststellbar. Trotz finanzieller Anreize wurden zahlreiche Fusionsbegehren von der Stimmbevölkerung abgelehnt.

Weitere Indikatoren

- Fahrzeit mit dem motorisierten Individualverkehr zum Zentrum der Metropolregion Zürich (SZM «Verkehr»)
- Durchschnittliche Fahrzeit mit dem motorisierten Individualverkehr zu den Zentren der internationalen Metropolregionen München, Stuttgart und Mailand (SZM «Verkehr»)
- St. Galler Gemeinden mit den grössten Pendelströmen von Erwerbstätigen (SZM «Verkehr»)

1.2 Strategisches Ziel «Grenzüberschreitende Zusammenarbeit»

«Der Kanton nutzt seine vernetzte Lage, um seine Interessen wirksam durchzusetzen.»

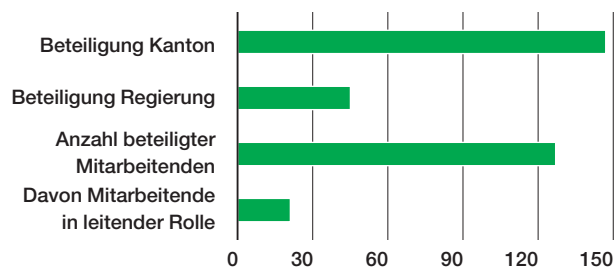
Leistungen der Departemente

Die Koordinationsstelle für Aussenbeziehungen des Kantons St. Gallen ist die verwaltungsinterne Schnittstelle für die interkantonale, nationale, grenzüberschreitende und europäische Zusammenarbeit. Mit der Führung des Sekretariats der Ostschweizer Regierungskonferenz, die von Finanzvorsteher Benedikt Würth präsiert wird, sowie der Interreg-Netzwerkstelle Ostschweiz nimmt der Kanton St. Gallen eine aktive Rolle in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit wahr.

Wirkungen in Wirtschaft und Gesellschaft

St. Gallen ist der Kanton mit den meisten interkantonalen und internationalen Aussengrenzen der Schweiz. Er pflegt in vielen Politikbereichen eine intensive Zusammenarbeit mit den Nachbarkantonen, dem nahen Ausland und dem Bund. 2016 wurden das erste Mal die Anzahl Partnerschaften gemessen, die (i) grenzüberschreitend (ii) mit einem anderen staatlichen Akteur und (iii) institutionalisiert stattfinden.

Kantonsübergreifende politische Kooperationen



1.3 Strategisches Ziel «Bedarfsgerechte Spitalinfrastruktur»

«Der Kanton St. Gallen verfügt über eine Gesundheitsversorgung mit hoher Behandlungsqualität bei optimaler Wirtschaftlichkeit.»

Leistungen der Departemente

Die Erneuerung der Spitalinfrastruktur verläuft gemäss Planung: An den Spitalstandorten Grabs, Linth, Wil und Wattwil sowie dem Kantonsspital St. Gallen wurde mit dem Neubau bzw. der Erneuerung und Erweiterung begonnen. Am Spitalstandort Altstätten steht der Baubeginn bevor. Die Übertragung der Spitalimmobilien an die vier Spitalunternehmen per 1. Januar 2017 stärkt ihre Wettbewerbsfähigkeit. Die Unternehmen können in baulicher Hinsicht flexibel auf veränderte Herausforderungen reagieren.

Wirkungen in Wirtschaft und Gesellschaft

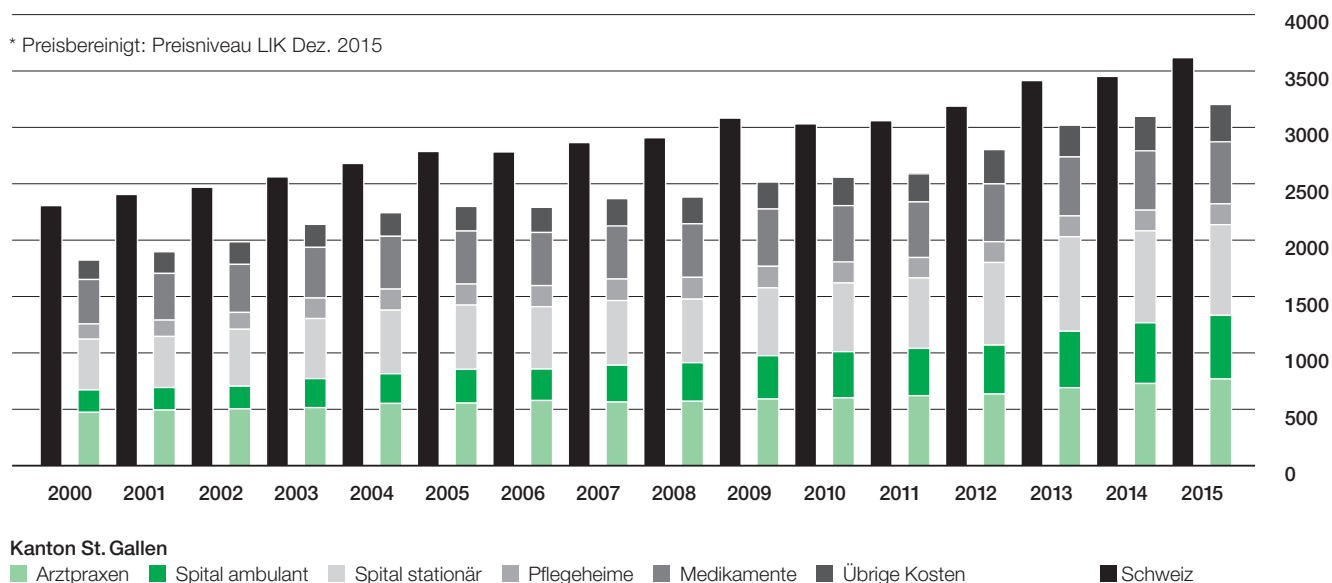
Die Krankenpflegekosten pro versicherte Person steigen im Kanton St. Gallen wie schweizweit weiter an. Nach wie vor sind die Krankenpflegekosten im Kanton St. Gallen markant tiefer als der Schweizer Durchschnitt, wenn auch der Abstand in den letzten fünf Jahren geringer wurde. In den Nachbarkantonen Thurgau, beiden Appenzell und Graubünden sind die Kosten tiefer, im Fürstentum Liechtenstein und in Zürich deutlich höher. Glarus hat ein vergleichbares Kostenniveau. Ein konsequentes Benchmarking bei Tarifgenehmigungen und -festsetzungen soll bewirken, dass die Kosten nicht stärker ansteigen als im Schweizer Durchschnitt.

Weitere Indikatoren

- Spitalaufenthalte nach Geschlecht und Altersklasse (SZM «Gesundheit»)
- Durchschnittliche Verweildauer der St. Galler Bevölkerung in akutsomatischen Spitälern nach Altersklassen (SZM «Gesundheit»)
- Potenziell verlorene Lebensjahre durch Todesfälle vor Alter 70 pro 100 000 Einwohner/-innen (SZM «Gesundheit»)

Krankenpflegekosten pro versicherte Person im Kanton St. Gallen von 2000–2015 (in CHF* je versicherte Person)

* Preisbereinigt: Preisniveau LIK Dez. 2015



2 Der Kanton St. Gallen trägt Sorge zu seinen vielfältigen Ressourcen

2.1 Strategisches Ziel «Innovation, Bildung und Forschung»

«Im Kanton St. Gallen basiert der Wohlstand auf Wirtschaftswachstum, das auf Wissen und Innovation beruht und die natürlichen Ressourcen schont.»

Leistungen der Departemente

Der Kanton St. Gallen unternimmt verschiedene Aktivitäten gegen den Fachkräftemangel. Im Rahmen der IT-Bildungsoffensive beispielsweise werden neue Massnahmen entwickelt. Die Informatikmittelschulen in St. Gallen, Sargans und Rapperswil-Jona sowie der Bachelor-Studiengang Wirtschaftsinformatik an der FHS St. Gallen stehen kurz vor der Einführung. Auch der Studiengang Architektur an der FHS St. Gallen wird 2017 lanciert. Mit dem Joint Medical Master an Universität und Kantonsspital St. Gallen wird eine weitere Lücke geschlossen. Im Forschungszentrum RhySearch unterstützt der Kanton sodann unternehmerische Innovationen bis zur Marktreife. Aber auch Modernisierungen in der Volksschule und der Sekundarstufe II sollen sich nachhaltig und breit auswirken. Der neue Lehrplan Volksschule beispielsweise mit seinem Modul Medien und Informatik soll eine gute Ausbildung für alle sicherstellen.

Wirkungen in Wirtschaft und Gesellschaft

Mit einem Bruttoinlandprodukt pro Kopf von CHF 72 624.– im Jahr 2014 liegt der Kanton St. Gallen zwar deutlich unter dem Schweizer Durchschnitt oder dem Wert des Kantons Zürich, jedoch über allen anderen Nachbarkantonen. Die Wachstumsstatistik zeigt eine verzögerte Entwicklung im Kanton St. Gallen: Sowohl der Wachstumseinbruch als Folge der Euro-Krise als auch die Wachstumserholung erfolgte im Vergleich zu den Nachbarkantonen verzögert. Insgesamt verzeichnet der Kanton eine durchschnittliche Wachstumsentwicklung.

Reales Wirtschaftswachstum pro Kopf (in %)



Weitere Indikatoren

- Schwierigkeiten bei der Suche nach Fachkräften (SZM «Wirtschaft und Arbeit»)
- Höchste abgeschlossene Ausbildung der 25–64-Jährigen (SZM «Bildung»)
- Ausbildungsquote der 16–17-Jährigen (SZM «Bildung»)

2.2 Strategisches Ziel «Energieversorgung»

«Der Kanton St. Gallen verfügt über eine nachhaltige Energieversorgung für Wirtschaft und Gesellschaft.»

Leistungen der Departemente

Der Kanton hat die Umsetzung des Förderungsprogramms Energie 2015–2020 an die Energieagentur St. Gallen ausgelagert. Vollumfänglich verantwortlich ist er ab dem Jahr 2017 für die Förderung energetischer Gebäudemodernisierungen. Mit dem II. und III. Nachtrag zum Förderungsprogramm wurden 2016 zusätzliche Massnahmen ergriffen, um die Energieziele zu erreichen und die Förderung der Modernisierung von Gebäudehüllen wahrzunehmen. Private, Landwirtschaftsbetriebe und Unternehmen werden aktiv zum Ersatz ineffizienter und fossiler Heizsysteme ermuntert und mit verschiedenen Angeboten für eine effiziente Energienutzung individuell beraten.

Wirkungen in Wirtschaft und Gesellschaft

Im Energiekonzept setzt sich der Kanton St. Gallen Energieziele für das Jahr 2020. Bis 2015 zeigt sich, dass die Produk-

tion von erneuerbaren Energien gesteigert und die CO₂-Emissionen auf das Niveau von 1990 gesenkt werden konnten. Allerdings muss zum jetzigen Zeitpunkt davon ausgegangen werden, dass die Ziele nur bei äusserst konsequenter Umsetzung der bestehenden und geplanten Massnahmen erreicht werden. Insbesondere der Gesamtenergieverbrauch liegt deutlich über dem ursprünglich definierten Zielwert.

Weitere Indikatoren

- Gesamtenergieverbrauch (INFRAS-Bericht, Amt für Umwelt, 2016)
- Stromverbrauch (INFRAS-Bericht, Amt für Umwelt, 2016)

2.3 Strategisches Ziel «Lebens- und Umweltqualität»

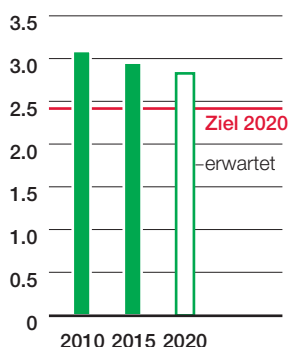
«Der Kanton St. Gallen pflegt vielfältige Landschaften und Lebensräume sowie eine hohe Artenvielfalt, um die Naturraum- und Umweltqualität zu bewahren.»

Leistungen der Departemente

Um die Biodiversität im Kanton zu fördern, wurde 2016 mit der Erarbeitung einer Biodiversitätsstrategie begonnen. Die Regierung hat ausserdem elf Waldziele festgelegt, die unter anderem die Schutzwaldpflege, den naturnahen Waldbau sowie den Trinkwasserschutz betreffen. Bei der Gesamtüberarbeitung des Richtplans wurde der Bereich Siedlung fertiggestellt. Es konnten ausufernde Siedlungen

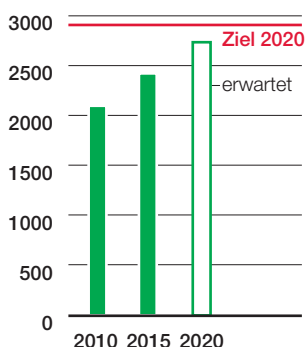
CO₂-Emissionen

(in Mio. t CO₂ pro Jahr)



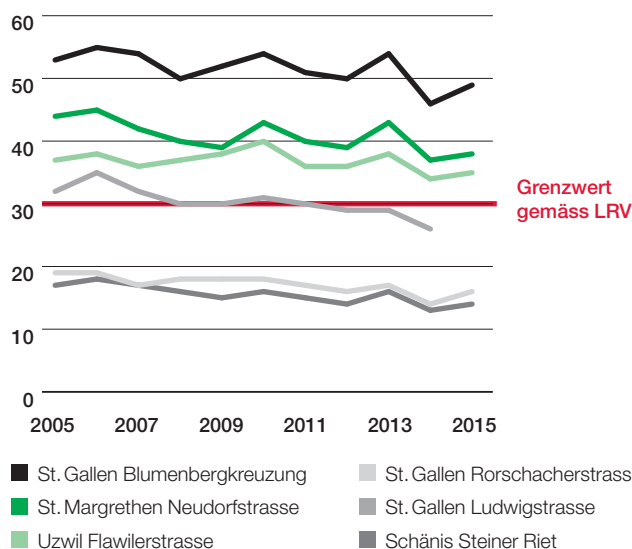
Erneuerbare Energien

(in Mio. kWh pro Jahr)



Stickstoffdioxid (NO₂) in der Luft 2005–2015

Ausgewählte Messstandorte im Kanton St. Gallen
 (in Mikrogramm/m³ – Jahresmittelwert)



verhindert und damit der Schutz von Kulturland und Fruchtfolgeflächen gestärkt werden. Nun wird in enger Zusammenarbeit diverser Ämter der Teil Verkehr, Landschaft, Ver- und Entsorgung aktualisiert.

Wirkungen in Wirtschaft und Gesellschaft

An ausgewählten Standorten im Kanton wird die Belastung der Luft mit Stickstoffdioxid (NO₂) gemessen. In den vergangenen zehn Jahren konnte nur eine leichte Verbesserung verzeichnet werden; an einigen Messstandorten wird der Grenzwert gemäss Luftreinhalte-Verordnung (LRV) nach wie vor überschritten. Stickstoffdioxid entsteht vor allem durch die Verbrennung fossiler Brenn- und Treibstoffe. Die Nähe eines Standorts zum Strassenverkehr ist daher entscheidend für die Intensität der Belastung.

Weitere Indikatoren

- Anteil geschützter Naturflächen in Prozent der Kantonsfläche
(SZM «Natürliche Ressourcen»)
- Nitratkonzentration im Grundwasser
(SZM «Umweltschutz»)

3 Der Kanton St. Gallen sichert den sozialen Frieden

3.1 Strategisches Ziel «Demografische Entwicklung»

«Im Kanton St. Gallen haben junge Menschen gute Perspektiven, und ältere Menschen fühlen sich wohl. Die Solidarität zwischen den Generationen ist sichtbar stark.»

Leistungen der Departemente

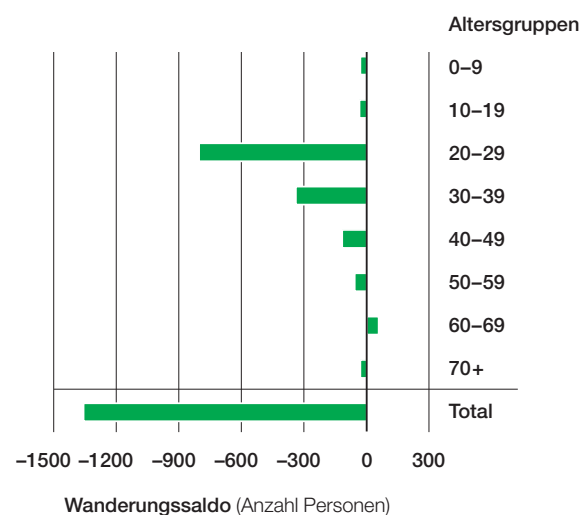
Die Umsetzung des Berichts «Kinder- und Jugendpolitik» aus dem Jahr 2014 ist in vollem Gange. Die Teilstrategie «Kinderschutz 2016–2020» wurde erarbeitet und von der Regierung genehmigt. Mit dem Einführungsgesetz zur Bundesgesetzgebung über die Familienzulagen und der Verordnung über die qualitativen Mindestanforderungen an Pflege und Betreuung in stationären Einrichtungen für Betagte wurden zudem weitere rechtsetzende Erlasse in Kraft gesetzt. Mit dem Projekt «50+», das die Integration von Arbeitskräften im Alter von über 50 Jahren in den Arbeitsmarkt fördert, werden Massnahmen umgesetzt, um die Arbeitslosigkeit dieser Altersgruppe zu reduzieren.

Wirkungen in Wirtschaft und Gesellschaft

Der Kanton St. Gallen weist einen hohen negativen interkantonalen Wanderungssaldo aus. Gleichzeitig weisen die Nachbarkantone Thurgau sowie die beiden Appenzell positive interkantonale Saldi aus, was auf eine geringere Wohnattraktivität des Kantons St. Gallen schliessen lässt. Insbesondere jüngere Menschen zwischen 20 und 40 Jahren

verlassen den Kanton und werden nicht durch Zuziehende aus anderen Kantonen ersetzt.

Interkantonaler Wanderungssaldo nach Alter Kanton St. Gallen von 2014–2015 (Jahresdurchschnitt)



Weitere Indikatoren

- Alters- und Jugendquotient
(SZM «Bevölkerung»)
- Zusammengefasste Geburtenziffer
(SZM «Familie»)
- Altersspezifische Sozialhilfequoten
(SZM «Soziale Sicherheit»)

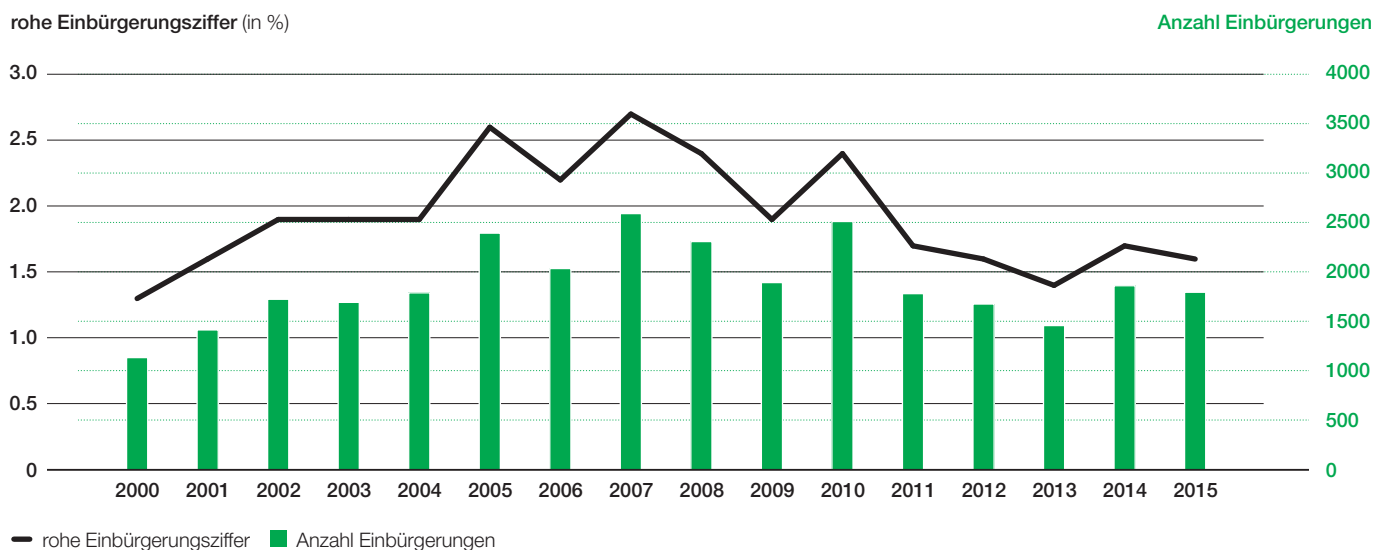
3.2 Strategisches Ziel «Gesellschaftliche Vielfalt und Integration»

«Im Kanton St. Gallen ist die gegenseitige Offenheit und Anerkennung zwischen Menschen mit unterschiedlichen Lebensformen gross.»

Leistungen der Departemente

Zahlreiche Projekte zur gesellschaftlichen Vielfalt und Integration, wie die Erstinformation und Begrüssung von Migrantinnen und Migranten sowie das Lohnmobil, wurden fortgeführt. Neu wurden Beratungsangebote gegen Rassismus und Diskriminierung geschaffen und ein partizipativer Grossanlass zur Behindertenpolitik durchgeführt. Ein wichtiger Meilenstein ist die 2016 in Angriff genommene Revision des Sozialhilfegesetzes. Das Migrationsamt hat zudem 460 Integrationsvereinbarungen mit ausländischen Staatsangehörigen abgeschlossen, und das Projekt «Sportverein-t» konnte während des zehnjährigen Bestehens bisher 140 Organisationen aus 28 Sportarten auszeichnen.

Anzahl Einbürgerungen und rohe Einbürgerungsziffer vom Kanton St. Gallen



Wirkungen in Wirtschaft und Gesellschaft

Die rohe Einbürgerungsziffer gibt den Anteil der pro Jahr eingebürgerten Personen an der ständigen ausländischen Wohnbevölkerung wieder und zeigt die Intensität der politischen Integration der ausländischen Wohnbevölkerung an. Im Zuge des gestiegenen Ausländeranteils ist auch die Anzahl Einbürgerungen angestiegen. Die Einbürgerungsziffer liegt 2015 mit 1,6 Prozent auf einem vergleichbaren Niveau wie 1981 und tiefer als in den Nullerjahren.

Weitere Indikatoren

- Privathaushalte nach Haushaltstyp (SZM «Familie»)
- Ständige ausländische Wohnbevölkerung: Die zahlenmässig grössten Staatsangehörigkeiten (SZM «Bevölkerung»)
- Anteil verheirateter Paare mit schweizerischer und ausländischer Staatsbürgerschaft (SZM «Soziale Integration»)

3.3 Strategisches Ziel «Kultur»

«In allen Regionen des Kantons St. Gallen belebt und bereichert ein angemessenes kulturelles Angebot die Gesellschaft.»

Leistungen der Departemente

Die Ausarbeitung des neuen Kulturförder- und des neuen Kulturerbegesetzes sind wichtige Grundlagen, die kulturelle Vielfalt im Kanton zu unterstützen und das kulturelle Erbe des Kantons zu bewahren. Mit dem gänzlich neuen Kulturerbegesetz werden die Bewahrung und Überlieferung des st. gallischen Kulturerbes massgeblich verbessert und die

neue Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden in der Denkmalpflege festgeschrieben. Zudem hat der Kanton als einer der Hauptträger des Stiftsbezirks St. Gallen massgeblich am neuen Managementplan für das Unesco-Weltkulturerbe mitgewirkt. Von Oktober 2016 bis im April 2017 feierte die Kantonsarchäologie in ihrer Jubiläumsausstellung im Historischen und Völkerkundemuseum St. Gallen ihr 50-jähriges Bestehen. Die jüngste regionale Kulturförderplattform «KulturZürichseeLinth» hat zu Beginn des Jahres 2016 ihren Betrieb aufgenommen.



Wirkungen in Wirtschaft und Gesellschaft

Durch die nun fast das ganze Kantonsgebiet abdeckenden regionalen Kulturförderplattformen und die etablierten kantonalen Kulturstandorte konnten die Bedingungen für die in allen Regionen unseres Ringkantons erlebbare kulturelle Vielfalt weiter verbessert werden.

Kulturelle Schwerpunkte (grüne Punkte): überregional ausstrahlende kulturelle Angebote oder Vorhaben, die über eine besondere bauliche Infrastruktur verfügen oder eine solche benötigen.

Kulturförderplattformen (Gebietsbezeichnungen wie «Süd-kultur»): Der Kanton und die Gemeinden einer Region organisieren sich in einer gemeinsamen regionalen Förderorganisation und übertragen dieser ganz oder teilweise ihre Förderaufgaben für regional bedeutende Kultur.

3.4 Strategisches Ziel «Sicherheit»

«Im Kanton St. Gallen fühlt sich die Bevölkerung sicher.»

Leistungen der Departemente

Die Aufstockung des Korpsbestands der Kantonspolizei wird weitergeführt. Aufgrund der Finanzbeschlüsse des Kantonsrates ist eine gewisse Verlangsamung der Personalerhöhung eingetreten. Gegenüber dem 1. Januar 2015 (626,9 Vollzeitstellen) umfasst das Korps per 1. Januar 2017 (649,9 Vollzeitstellen) 23 Vollzeitstellen mehr, was einer Polizeidichte von 612 entspricht (Einwohner pro Polizist bzw. Polizistin). Im schweizweiten Vergleich (464) bleibt damit die Polizeidichte im Kanton St. Gallen deutlich unterdurchschnittlich (Platz 21 von 26 Kantonen). 2016 wurden zudem die Resultate der Opferbefragung vorgestellt. Demnach ist das Vertrauen in die Polizei sehr hoch, und die Zahl der Deliktsoffer ist weiter gesunken, was auch aus der Kriminalstatistik hervorgeht.

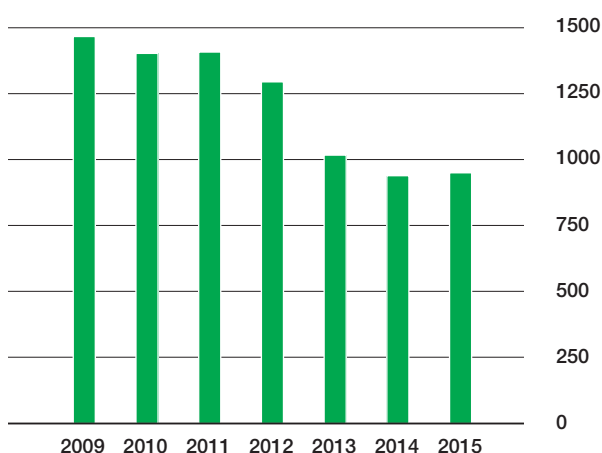
Wirkungen in Wirtschaft und Gesellschaft

Die objektive Sicherheit im Kanton St. Gallen ist sehr hoch. Die Anzahl Straftaten gegen Leib und Leben ist in den letzten Jahren markant gesunken und bewegt sich auf einem tiefen Niveau. Insbesondere bei Straftaten gegen das Strafgesetzbuch kann ein kontinuierlicher Rückgang beobachtet werden, wohingegen die Tendenz bei Straftaten gegen das Betäubungsmittelgesetz bzw. gegen das Ausländergesetz leicht steigend ist. Hier handelt es sich allerdings um sogenannte Kontrolldelikte; deren Zahl ist also abhängig von der Kontrolltätigkeit der Polizei.

Weitere Indikatoren

- Anzahl der von Polizeiorganen registrierten bzw. bei diesen angezeigten schweren Gewaltstraftaten pro 100 000 Einwohner (SZM «Sicherheit und Ordnung»)
- Strassenverkehrsunfälle mit Personenschäden pro 1000 Einwohner (SZM «Sicherheit und Ordnung»)
- Polizeiliche Kriminalstatistik 2015

Anzahl Straftaten gegen Leib und Leben
(Polizeiliche Kriminalstatistik)



Projektportfolio

Im Projektportfolio der Regierung werden die im Jahr 2016 laufenden oder fertiggestellten Projekte aufgeführt. Dadurch soll sichergestellt werden, dass die Regierungsprojekte im Blickfeld bleiben. Das Projektportfolio gibt Auskunft über die Projektbezeichnung, das federführende und die mitwirkenden Departemente sowie deren Beanspruchung. Darüber hinaus werden auf der Basis eines Soll-Ist-Vergleichs Angaben zu Projektbeginn und -ende sowie zu den externen Kosten und zur Qualität der Projektumsetzung gemacht. Erstmals werden die Projekte aus dem Hochbautenprogramm gesondert ausgewiesen. Dies ermöglicht spezifische Hinweise gemäss dem neuen Immobilienmanagement und zeigt den aktuellen Projektstatus sowie die zeitliche Änderung des Projektstatus auf.

Die untenstehende Tabelle 1 zeigt, dass im letzten Jahr 65 von der Regierung in Auftrag gegebene Projekte in Arbeit waren. Dabei wurden das Projektportfolio bereinigt und alle Projekte entfernt, die keinen Projektauftrag der Regierung

gemäss Definition des Staatsverwaltungsgesetzes aufweisen. Am stärksten involviert war das Baudepartement: Mit 37 Projekten war es für mehr als die Hälfte aller Projekte der Regierung verantwortlich, wobei alleine 28 Projekte auf Projekte aus dem Hochbautenprogramm zurückzuführen sind.

Tabelle 1 gibt auch Auskunft über die Mitwirkung. Es wird beispielsweise ersichtlich, dass das Finanzdepartement bei fast einem Drittel der Projekte mitwirkend tätig ist. Das Gesundheitsdepartement ist gar bei 26 von 65 Projekten beteiligt, hauptsächlich bedingt durch 15 Projekte aus dem Hochbautenprogramm. Neben der interdepartementalen Zusammenarbeit zeigt Tabelle 1 auch die intensive Zusammenarbeit mit Externen auf. Neben den Spitalverbunden sind dies vor allem die Gemeinden bzw. die VSGP, Nachbarkantone, der Bund oder die Nachbarländer.

Das Hochbautenprogramm umfasst derzeit 28 Bauprojekte, die sich gemäss Tabelle 2 auf die Departemente zuteilen lassen. Derzeit sind 15 Projekte in Bau, bei sechs Projekten

Tabelle 1: Federführung und Mitwirkung in Projekten der Regierung

Federführung	Total	Mitwirkung								
		SK	VD	DI	BLD	FD	BD	SJD	GD	EXT
Staatskanzlei	1	–	0	0	0	1	0	0	0	1
Volkswirtschaftsdepartement	5	1	–	2	2	3	3	1	2	7
Departement des Innern	6	0	0	–	3	2	1	1	0	5
Bildungsdepartement	5	0	1	0	–	4	1	0	1	3
Finanzdepartement	6	5	5	6	6	–	6	6	5	1
Baudepartement	37	1	8	3	6	7	–	7	15	21
Sicherheits- und Justizdepartement	4 ¹	2	2	2	0	4	2	–	3	0
Gesundheitsdepartement	1	0	0	0	1	0	0	0	–	0
Total	65	9	16	13	18	21	13	15	26	38

¹ Inkl. Projekte aus dem Hochbautenprogramm; ohne diese sind es neun Projekte mit Projektauftrag der Regierung.

Tabelle 2: Projekte Hochbautenprogramm nach Projektstatus

Beteiligte	Total	Projektskizze	Projektdefinition	Botschaft	Bau
Staatskanzlei	0	–	–	–	–
Volkswirtschaftsdepartement	2	–	–	–	2
Departement des Innern	1	–	–	1	–
Bildungsdepartement	5	–	3	1	1
Finanzdepartement	0	–	–	–	–
Baudepartement	1	–	–	–	1
Sicherheits- und Justizdepartement	5	2	–	2	1
Gesundheitsdepartement	14	1	1	2	10
Total	28	3	4	6	15

wird die Botschaft ausgearbeitet. Den Status der Projektskizze weisen drei und denjenigen der Projektdefinition vier Projekte auf. Aufgrund der zahlreichen Bauvorhaben im Gesundheitsbereich schwingt das Gesundheitsdepartement mit total 14 Bauprojekten obenaus.

Abgeschlossene Projekte

Im Jahr 2016 wurden folgende sieben Projekte der Regierung fristgerecht abgeschlossen:

- VD Statistikverordnung: Umsetzung des Mehrjahresprogramms, Reporting Statistikaktivitäten;
- VD Massnahmen zur Entschärfung des Fachkräftemangels und zur Arbeitskräftemobilisierung im Kanton St. Gallen;
- DI Wirksamkeitsbericht 2016 zum Finanzausgleichsgesetz;
- BLD Neufassung der Trägervereinbarung über die Hochschule für Technik Rapperswil (HSR);
- FD IT-Strategie 2016+ (Erarbeitung Strategie);
- SJD Schutz kritischer Infrastrukturen – Inventar;
- GD Medical Master (Konzeptentwicklung).

Ein weiteres Projekt konnte im Jahr 2016 mit einer Verzögerung abgeschlossen werden:

- SJD Zivilschutz 2015+: Regionalisierung des Zivilschutzes.

Projekte mit zeitlichem Verzug

Für folgende 22 laufende Projekte musste die Terminplanung aus diversen Gründen angepasst werden. Bei Projekten aus dem Hochbautenprogramm wird jeweils darauf verwiesen, auf welche Teilphase des Projekts sich die Zeitangaben beziehen.

Durchmesserlinie Appenzeller Bahnen (geplanter Abschluss: Dezember 2015)

Der Spatenstich ist 2016 erfolgt. Die Linienführung im Bereich Güterbahnhof ist in Prüfung. Der Abschluss bzw. die Eröffnung ist für Ende 2018 vorgesehen.

Rechnungsmodell der St. Galler Gemeinden (geplanter Abschluss: Juni 2019)

Die Umsetzung verzögert sich aufgrund des Rechtsstreits zwischen Gemeinden, VRSG und Abacus. Der Projektabschluss ist für Juni 2020 geplant.

Behörden- und Aufsichtsstruktur Berufsfachschulen (geplanter Abschluss: Juli 2016)

Im Herbst 2015 erfolgte die Vernehmlassung zum Analyse-/Variantenpapier. Diese wurde im Frühjahr 2016 ausgewertet. Derzeit wird die Gesetzesvorlage vorbereitet, die im Sommer 2017 vorliegen soll. Der Vollzug ist auf Mitte Amtsdauer 2016/2020 geplant.

Ablösung Telefonie

(geplanter Abschluss: Dezember 2017)

Die Projektarbeiten verlaufen planmässig. Da auf eine Migration in den Schulferien verzichtet wurde, entsteht eine leichte Verzögerung. Erwarteter Projektabschluss ist für April 2018 geplant.

Durchgangsplätze für Fahrende

(geplanter Abschluss: Dezember 2015)

Nötige Umzonungen wurden an der Urne (Thal) bzw. im Stadtparlament (Gossau) abgelehnt. In Gossau wurde eine entsprechende Initiative in der Volksabstimmung im Juni 2016 abgelehnt. Die VS GP erarbeitet einen Vorschlag, damit die Gemeinden zeitlich befristete Standorte ermöglichen und dafür allein zuständig sind. Die Suche nach neuen Durchgangsplätzen wird fortgesetzt (siehe auch Investitionsprogramm 51.16.48 «Fahrende und ihre Rechte»).

Geodateninfrastruktur Kanton St. Gallen und St. Galler Gemeinden (GDI-SG)

(geplanter Abschluss: Oktober 2009)

Die gemeinsame Geodatenstrategie des Kantons und der Gemeinden wurde genehmigt. Die Umsetzung (Aufbau Verbund GDI) läuft zeitgleich mit der Erarbeitung des kantonalen Geoinformationsgesetzes (GeoIG-SG). Die Überweisung des GeoIG-SG an den Kantonsrat erfolgt voraussichtlich Ende 2017.

Gesamtüberarbeitung Richtplan SG

(geplanter Abschluss: Juni 2016)

Die Vernehmlassungsfrist zur Gesamtüberarbeitung Richtplan Teil Siedlung ist am 30. Juni 2016 abgelaufen. Im Mai 2016 publizierte das Bundesamt für Statistik die neuen Bevölkerungsszenarien, die von der Regierung entsprechend berücksichtigt wurden. Die Regierung hat den Richtplan Teil Siedlung im Januar 2017 erlassen und beim Bund zur Genehmigung eingereicht. Die Genehmigung wird für Juli 2017 erwartet.

Gesamtverkehrsstrategie Kanton St. Gallen

(geplanter Abschluss: März 2017)

Die Vernehmlassung wurde nach der Behandlung in der Regierungsklausur vom Dezember 2016 im Februar 2017 eröffnet. Die Gesamtverkehrsstrategie bildet die materielle Basis für das nächste Strassenbau- und ÖV-Programm.

Projekte aus Hochbautenprogramm

Erweiterung Kantonsschule Sargans, Bau (geplanter Abschluss: Dezember 2017)

Von den insgesamt 17 Einsprachen sind auch nach ersten Einspracheverhandlungen weiterhin 10 vorhanden. Das Bauvorhaben bleibt blockiert und der Bauabschluss wird frühestens Ende 2020 erwartet.

Fischereizentrum Bodensee, Bau (geplanter Abschluss: Juni 2016)

Die Beschlussfassung im Kantonsrat erforderte mehr Zeit. Das Projekt wird deshalb erst rund ein Jahr später per Juni 2017 abgeschlossen werden können.

Umbau und Erweiterung Landwirtschaftliches Zentrum Salez, Bau (geplanter Abschluss: Juli 2017)

Das Projekt wurde in Bezug auf die bauliche Umsetzung und den reduzierten Haustechnikstandard überarbeitet. Der Bauabschluss ist für Oktober 2018 vorgesehen.

Regionalgefängnis Altstätten: Erweiterung, Botschaft (geplanter Abschluss: Dezember 2016)

Der Projektterminplan musste infolge Änderung der bundesrechtlichen Rechtsgrundlagen für die Subventionierung des Projekts neu festgelegt werden. Die veränderten Anforderungen des Bundes mit entsprechender Ausdehnung des Projektumfangs dürften auch Mehrkosten zur Folge haben. Die Bereitstellung der Botschaft ist für Juni 2018 vorgesehen.

Strafanstalt Saxerriet: Neubau Unterhaltszentrum, Botschaft (geplanter Abschluss: Dezember 2016)

Verzögerung bis April 2017. Die Verzögerung ist durch vertiefte Abklärungen beim Bedarfsnachweis und der Nutzen-/Kostenbetrachtung begründet.

Theater St. Gallen: Umbau und Sanierung, Botschaft (geplanter Abschluss: Juni 2015)

Aufgrund gestiegener nutzerseitiger Anforderungen ist mit einer Kostenerhöhung infolge Projektanpassungen zu rechnen. Ebenso musste der Projektterminplan angepasst werden. Die Bereitstellung der Botschaft ist für März 2017 vorgesehen. Die gestiegenen baulichen und betrieblichen Anforderungen führten zu Projektanpassungen und verzögerten den Abschluss. Mit der Überarbeitung konnten die Kosten gegenüber dem Investitionsprogramm 2017–2016 von 49,0 Mio. auf 47,6 Mio. reduziert werden.

Verwaltungsgebäude Lämmlibrunnenstr. 54: Innensanierung Hochhaus, Bau

(geplanter Abschluss: Dezember 2016)

Belegungs- und Projektanpassungen führten zu einer leichten Verzögerung. Der Einzugsstermin ist für Juni 2017 vorgesehen.

Kantonsschule Wattwil: Neubau, Projektdefinition (geplanter Abschluss: Dezember 2016)

Verzögerung bis August 2017. Die Verhandlungen mit der Gemeinde über die Aussensportanlage werden voraussichtlich im März 2017 abgeschlossen sein.

Errichtung Forensik-Station auf dem Areal der Psychiatrischen Klinik Wil, Projektdefinition (geplanter Abschluss: Dezember 2016)

Die Ausarbeitung der Projektdefinition erfordert aufgrund der veränderten Anforderungen und der höheren Kosten zusätzliche Abklärungen. Geplanter Abschluss April 2017.

Die Verzögerungen aus dem Jahr 2015 (personelle Vakanz in der Abteilung Baumanagement 2) wirken weiterhin nach. Die Projekte der Spitalregionen werden letztmalig aufgeführt, weil das Eigentum per 1.1.2017 an die Immobilien-gesellschaften der Spitäler übertragen wurde.

Kant. Psych. Klinik Pfäfers: Sanierung Klostergebäude, Bau (geplanter Abschluss: Dezember 2016)

Der Bauabschluss erfolgt im August 2018.

Spitalregion Rheintal Werdenberg Sarganserland: Sanierung und Erweiterung Spital Altstätten, Bau (geplanter Abschluss: Dezember 2021)

Der Bauabschluss erfolgt im Dezember 2022.

Spitalregion Rheintal Werdenberg Sarganserland: Sanierung und Erweiterung Spital Grabs, Bau (geplanter Abschluss: Dezember 2021)

Der Bauabschluss erfolgt im Dezember 2022.

Spitalregion KSSG: Neubau Häuser 07A/07B (inklusive einzelner Räume des Hauses 07C), Bau (geplanter Abschluss: Dezember 2026)

Der Bauabschluss erfolgt im Dezember 2027.

Spital Wil: Umbau und Erweiterung Notfall/Labor/Verwaltung, Bau (geplanter Abschluss: September 2017)

Der Bauabschluss erfolgt im August 2018.

Neue Projekte

Im Jahr 2016 wurden elf Regierungsprojekte neu ins Projektportfolio aufgenommen:

- SK Ausweitung E-Voting mit St. Galler Pilot-Gemeinden;
- VD Optimierung der Tourismusstrukturen;
- DI Revision Sozialhilfegesetz (2. Paket);
- DI Zusammenschluss, Errichtung und Führung einer gemeinsamen Kantons- und Stadtbibliothek;
- BLD IT Bildungsoffensive – Finanzierung und Massnahmen;
- BLD Joint Medical Master St. Gallen (Vorbereitungsphase 2017–2020);
- FD Entwicklung Lohnwesen in der kant. Verwaltung: Teilprojekt 2 «Einstufung und Lohnentwicklung»;
- FD eDossier (elektronische Personalakte);
- FD Umsetzung der IT-Strategie 2016+;
- BD Gesamtverkehrsstrategie Kanton St. Gallen (GVS SG);
- BD Errichtung Forensik-Station auf dem Areal der Psychiatrischen Klinik Wil.

Übersicht über die Gesetzesvorhaben

Die Übersicht über die Gesetzesvorhaben weist jene Gesetze aus, die von den Departementen sowie der Staatskanzlei im Berichtsjahr bearbeitet wurden oder seit 2016 angewendet werden. Sie wird ergänzt mit geplanten Gesetzesvorhaben und soll einen Überblick über die Gesetzgebungsaktivität der Staatsverwaltung schaffen. Sie verbessert die Transparenz und dient dem Kantonsrat, der Regierung und den Departementen als Planungs- und Steuerungsinstrument. Die Übersicht gibt Auskunft über den Beratungszeitpunkt der Gesetze durch den Kantonsrat, den Vollzugsbeginn sowie die in der Bearbeitung der Gesetzesvorhaben federführenden und mitwirkenden Departemente.

Vollzugsbeginn

Für den Kantonsrat und die Öffentlichkeit ist von Interesse, wie viele bzw. welche Gesetze seit dem Jahr 2016 in Vollzug sind. Insgesamt werden seit dem 1. Januar 2016 19 neue Gesetze angewendet. Seit Januar 2017 sind weitere fünf Gesetzesvorhaben in Vollzug. Eine Übersicht gibt Tabelle 3.

Tabelle 3: Übersicht über die Anzahl neu angewendeter Gesetze

Federführendes Departement	seit 2016 in Vollzug	seit Jan. 2017 in Vollzug	rechtsgültig/noch nicht in Vollzug
Staatskanzlei	5	0	0
Volkswirtschaftsdepartement	3	0	0
Departement des Innern	1	3	1
Bildungsdepartement	4	0	2
Finanzdepartement	3	0	0
Baudepartement	0	0	2
Sicherheits- und Justizdepartement	0	1	2
Gesundheitsdepartement	3	1	0
Total Gesetzesvorhaben	19	5	7

Folgende 19 Gesetze weisen einen Vollzugsbeginn im Jahr 2016 auf:

- SK Public Corporate Governance (diverse Gesetzesnachträge);
- SK IX. Nachtrag zum Staatsverwaltungsgesetz, XV. Nachtrag zum Geschäftsreglement des Kantonsrates (Neuorganisation Parlamentsdienste);
- SK XVI. Nachtrag zum Geschäftsreglement des Kantonsrates (Revision Kommissionssystem);
- SK VIII. Nachtrag zum Staatsverwaltungsgesetz (Planung und Steuerung der Staatstätigkeit) (*sGS 140.1*);
- SK X. Nachtrag zum Staatsverwaltungsgesetz (Public Corporate Governance) (*sGS 140.1*);
- VD II. Nachtrag zum Jagdgesetz (Anpassungen Rahmenbedingungen der Jagd) (*sGS 853.1*);
- VD Gesetz über den öffentlichen Verkehr (*sGS 710.5*);
- VD Aufhebung Einführungsgesetz zum eidgenössischen Eisenbahngesetz;
- DI VIII. Nachtrag zum Ergänzungsleistungsgesetz (Streichung der ausserordentlichen Ergänzungsleistungen) (*sGS 351.5*);
- BLD XV. Nachtrag zum Volksschulgesetz (Streichung Kantonsbeitrag «Flade») (*GS 213.1*);
- BLD II. Nachtrag zum Gesetz über die Pädagogische Hochschule (Leistungsvereinbarung PHSG) (*sGS 216.0*);
- BLD IV. Nachtrag zum Gesetz über die Universität St. Gallen (Leistungsvereinbarung Universität St. Gallen) (*sGS 217.11*);
- BLD Kantonsratsbeschluss über die Genehmigung des Regierungsbeschlusses über den Beitritt zur Vereinbarung über die Hochschule Rapperswil (*sGS 234.210*);
- FD IV. Nachtrag zum Gesetz über die Gebäudeversicherung (Gesetzesrevision) (*sGS 873.1*);
- FD XI. Nachtrag zum Steuergesetz (Mindeststeuer Kapitalgesellschaften) (*sGS 811.1*);
- FD XII. Nachtrag zum Steuergesetz (Anpassung Fahrkostenabzug) (*sGS 811.1*);
- GD Vereinbarung über die Aufhebung des Viehhandelskonkordats vom 13. September 1943;
- GD V. Nachtrag zum Veterinärsgesetz (Aufhebung Viehhandelskonkordat) (*sGS 643.1*);
- GD III. Nachtrag zum Gesetz über die Spitalverbunde (Übertragung der Spitalimmobilien an die Spitalverbunde) (*sGS 320.2*).

Im Januar 2017 wurden folgende fünf Gesetze in Vollzug gesetzt:

- DI Nachtrag zum Gemeindegesetz (Rechnungsmodell St. Galler Gemeinden; teilweise in Vollzug) (*sGS 151.2*);
- DI III. Nachtrag zum Finanzausgleichsgesetz (Anpassungen aufgrund Wirksamkeitsbericht) (*sGS 813.1*);
- DI XI. Nachtrag zum Einführungsgesetz zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch (Elektronische Beurkundung) (*sGS 911.1*);
- SJD XII. Nachtrag zum Einführungsgesetz zum ZGB (Grenzabstände im Nachbarrecht) (*sGS 911.1*);
- GD Nachtrag zum Gesetz über die Spitalplanung und -finanzierung (Wirksamkeitsbericht Spitalplanung) (*sGS 320.1*).

Folgende sechs Gesetze sind rechtsgültig, werden aber noch nicht angewendet, ein weiteres Gesetz wird erst in Teilen angewendet:

- BLD XIII. Nachtrag zum Mittelschulgesetz (Einführung Informatikmittelschule) (*sGS 215.1*);
- BLD IV. Nachtrag zum Einführungsgesetz zur Bundesgesetzgebung über die Berufsbildung (Einführung Informatikmittelschule) (*sGS 231. 1*);
- BD Planungs- und Baugesetz;
- BD III. Nachtrag zum Vollzugsgesetz zur eidg. Gewässerschutzgesetzgebung (Gewässerräume) (*sGS 752.2*);
- SJD Beitritt Konkordat private Sicherheitsdienstleistungen und IX. Nachtrag zum Polizeigesetz (Anforderungen an private Sicherheitsunternehmen) (*sGS 451.1*);
- SJD II. Nachtrag zum Einführungsgesetz zur Bundesgesetzgebung über den Zivilschutz (Regionalisierung Zivilschutz) (*sGS 413.1*).

Erst in Teilen angewendet:

- DI Nachtrag zum Gemeindegesetz (Rechnungsmodell St.Galler Gemeinden) (*sGS 151.2*).

Projektportfolio

Im Projektportfolio der Regierung werden die im Jahr 2016 laufenden oder fertiggestellten Projekte aufgeführt. Dadurch soll sichergestellt werden, dass alle Projekte im Blickfeld bleiben. Ersichtlich sind die Dauer und die in den einzelnen Projekten federführenden und mitwirkenden Departemente. Die Übersicht liefert zudem Anhaltspunkte zum Umfang eines Projekts, indem die veranschlagten Ressourcen in Personentagen wiedergegeben sind. Durch ein Ampel-Prinzip wird schliesslich die Zielerreichung bezüglich Termine, Kosten und Qualität signalisiert.

Departemente/Projekte	Start	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	Ress.	Termine	Kosten	Qualität	Mitwirkend
Staatskanzlei													
Ausweitung E-Voting auf Pilotgemeinden	2015								gross	●	●	●	FD, Pilotgemeinden
Volkswirtschaftsdepartement													
Durchmesserlinie Appenzeller Bahnen	2005								gross	●	●	●	BD, FD, Stadt SG, AI, AR, AB, Bund (BAV, ARE)
Statistikverordnung: Umsetzung des Mehrjahresprogramms, Reporting Statistikaktivitäten	2014								mittel	●	●	●	Dep., selbständige öffentlich-rechtliche Anstalten
Kantonale Biodiversitätsstrategie	2015								gross	●	●	●	Dep., VS GP
Massnahmen zur Entschärfung des Fachkräftemangels und zur Arbeitskräfte-mobilisierung im Kanton St. Gallen	2015								mittel	●	●	●	Dep.
Optimierung der Tourismusstrukturen									gross	●	●	●	Tourismusorganisationen
Departement des Innern													
Rechnungsmodell der St. Galler Gemeinden	2013								gross	●	●	●	GMD
Wirksamkeitsbericht 2016 zum Finanzausgleichsgesetz	2015								gross	●	●	●	FD, BLD, GMD
Grundrechte und Grundrechtseinschränkungen im Zusammenhang mit der Umsetzung der Motionen 42.13.13 und 42.13.15 bzw. 42.14.06 sowie 42.13.20	2014								mittel	●	●	●	BLD, SJD
Revision Sozialhilfegesetz (1. Paket)	2015								gross	●	●	●	VS GP, FD
Revision Sozialhilfegesetz (2. Paket)									gross	●	●	●	VS GP
Zusammenschluss, Errichtung und Führung einer gemeinsamen Kantons- und Stadtbibliothek									gross	●	●	●	BD, BLD, Stadt-präsident, Stadtrat Schule & Sport
Bildungsdepartement													
Neufassung der Trägervereinbarung über die Hochschule für Technik Rapperswil (HSR)	2012								mittel	●	●	●	FD, Mitträgerkantone SZ und GL
Behörden- und Aufsichtsstruktur Berufsfachschulen	2014								mittel	●	●	●	Externer Projektleiter
Neustrukturierung und Neuorganisation der Fachhochschulen im Kanton St. Gallen	2015								gross	●	●	●	FD, BD, Mitträger-kantone TG, AR, AI, SZ, GL, GR, FL, SH
IT Bildungsoffensive – Finanzierung und Massnahmen									mittel	●	●	●	VD, FD, Externer
Joint Medical Master St. Gallen (Vorbereitungsphase 2017–2020)									gross	●	●	●	FD, GD, HSG, KSSG

(geplante) Projektdauer
 Projektverlängerung
 Projekt vorzeitig beendet

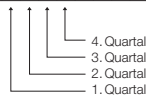
4. Quartal
 3. Quartal
 2. Quartal
 1. Quartal

Definition Ressourcen
 Personentage (PT)
 Gesamtprojekt:
 klein: 1 – 24 PT
 mittel: 25 – 100 PT
 gross: >100 PT

auf Kurs
 zusätzliche Anstrengung nötig
 Ziel verfehlt

Departemente/Projekte	Start	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	Ress.	Termine	Kosten	Qualität	Mitwirkend
Finanzdepartement													
Ablösung Telefonie	2015								gross	●	●	●	Alle Dep. inkl. SK
Entwicklung Lohnwesen in der kantonalen Verwaltung: Teilprojekt 1 «Laufbahnen und Einreihung»	2015								mittel	●	●	●	Alle Dep. inkl. SK
IT-Strategie SG 2016+ (Erarbeitung Strategie)	2015								mittel	●	●	●	Alle Dep. inkl. SK und Gerichte
Entwicklung Lohnwesen in der kantonalen Verwaltung: Teilprojekt 2 «Einstufung und Lohnentwicklung»									gross	●	●	●	Alle Dep. inkl. SK
eDossier (elektronische Personalakte)									gross	●	●	●	Personalamt, DI, BLD, FD, Externe, BD, SJD, Staatsarchiv
Umsetzung der IT-Strategie 2016+									gross	●	●	●	Alle Dep. inkl. SK
Baudepartement													
Durchgangsplätze für Fahrende (DGP)	2004				offen				mittel	●	●	●	Staogemeinden
Geodateninfrastruktur Kanton St. Gallen und St. Galler Gemeinden (GDI-SG)	2009								gross	●	●	●	VD, DI, FD, VSGP, IG GIS AG
Ausbauprojekt Alpenrhein «RHESI» (Planungsarbeiten für generelles Projekt)	2009								gross	●	●	●	VD, SJD, Bund, A, IRR, Vorarlberg, Rhein-Gemeinden SG und Vorarlberg
Gesamtüberarbeitung Richtplan SG, Teil Siedlung	2009								gross	●	●	●	Alle Dep. inkl. SK
Verkehrsplanung und Engpassbeseitigung in der Agglomeration St. Gallen-Arbon-Rorschach	2009				offen				mittel	●	●	●	VD, Stadt SG, ASTRA
Kantonale Deponieplanung	2010								gross	●	●	●	–
Kataster der öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkungen (ÖREB-Kataster), Programmvereinbarung 2016-2019	2015								gross	●	●	●	Dep., Gemeinden, swisstopo
Entwicklungsschwerpunkt Wil West (Phase 1)	2015								gross	●	●	●	FD, VD
Gesamtverkehrsstrategie Kanton St. Gallen (GVS SG)									mittel	●	●	●	VD, FD, BD
Sicherheits- und Justizdepartement													
Zivilschutz 2015+: Regionalisierung des Zivilschutzes	2013								mittel	●	●	●	FD, GD
KAPOgoesMOBILE: mobile Endgeräte für Polizistinnen und Polizisten	2014								mittel	●	●	●	FD
Schutz kritischer Infrastrukturen – Inventar	2015								mittel	●	●	●	FD, VD, BD, GD, SK, DI
Gefährdungs- und Risikoanalyse Kanton St. Gallen (Phase 1)	2015								mittel	●	●	●	FD, VD, BD, GD, SK, DI
Gesundheitsdepartement													
Medical Master (Konzeptentwicklung)	2015								gross	●	●	●	BLD

(geplante) Projektdauer
 Projektverlängerung
 Projekt vorzeitig beendet

**Definition Ressourcen**

Personentage (PT)
 Gesamtprojekt:
 klein: 1–24 PT
 mittel: 25–100 PT
 gross: >100 PT

● auf Kurs
 ● zusätzliche Anstrengung nötig
 ● Ziel verfehlt

A Österreich
 AB Appenzeller Bahnen
 AI Appenzell Innerrhoden
 AR Appenzell Ausserrhoden
 ARE Bundesamt für Raumentwicklung
 ASTRA Bundesamt für Strassen
 BAV Bundesamt für Verkehr
 BD Baudepartement
 BLD Bildungsdepartement
 Dep. Departemente

DI Departement des Innern
 FD Finanzdepartement
 FL Fürstentum Liechtenstein
 GD Gesundheitsdepartement
 GMD Gemeinden
 GL Glarus
 GR Graubünden
 IG GIS Interessengemeinschaft Geografisches Informationssystem
 IRR Internationale Rheinregulierung
 KSSG Kantonsspital St. Gallen

Ress. Ressourcen
 SG St. Gallen
 SH Schaffhausen
 SJD Sicherheits- und Justizdepartement
 SK Staatskanzlei
 SZ Schwyz
 TG Thurgau
 VD Volkswirtschaftsdepartement
 VSGP Vereinigung St. Galler Gemeindepräsidentinnen und Gemeindepräsidenten

Projektportfolio Hochbauprojekte

Im Projektportfolio Hochbauprojekte werden alle Projekte aus dem Hochbautenprogramm gesondert dargestellt. Die Hochbauprojekte haben normalerweise einen längeren Zeithorizont und durchlaufen gemäss dem neuen Immobilienmanagement verschiedene Projektphasen, in denen sich aufgrund eines detaillierteren Bearbeitungsstands auch die Grundlagen immer wieder ändern. Jede Änderung des Projektstatus wird durch einen Regierungsbeschluss bestätigt.

Departemente/Projekte	Start	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	Ress.	Termine	Kosten	Qualität	Projektstatus	Mitwirkend
Baudepartement														
Kant. Psych. Klinik Pfäfers: Sanierung Klostergebäude	2008								gross	●	●	●	Bau	GD
Spitalregion KSSG: Sanierung und Erweiterung Haus 02	2008								gross	●	●	●	Bau	GD
Spitalregion Rheintal Werdenberg Sarganserland: Sanierung und Erweiterung Spital Altstätten	2008								gross	●	●	●	Bau	GD
Erweiterung Kantonsschule Sargans	2008								gross	●	●	●	Bau	BLD
Fischereizentrum Bodensee	2009								mittel	●	●	●	Bau	VD
Umbau und Erweiterung Landwirtschaftliches Zentrum Salez	2009								mittel	●	●	●	Bau	VD
Spitalregion Fürstenland Toggenburg: Sanierung und Erweiterung Spital Wattwil	2010								gross	●	●	●	Bau	GD
Spitalregion Linth: Sanierung Spital Linth, 2. Etappe	2010								gross	●	●	●	Bau	GD
Spitalregion Rheintal Werdenberg Sarganserland: Sanierung und Erweiterung Spital Grabs	2010								gross	●	●	●	Bau	GD
Kant. Psych. Klinik Wil: Teilsanierung A01	2010								gross	●	●	●	Bau	GD
Regionalgefängnis Altstätten: Erweiterung	2013								gross	●	●	●	Botschaft	SJD
Spitalregion KSSG: Haus 54 Lernhaus	2011								klein	●	●	●	Projektskizze	GD
Spitalregion KSSG: Neubau Häuser 07A/07B (inklusive einzelner Räume des Hauses 07C)	2011							2025	gross	●	●	●	Bau	GD
Verwaltungsgebäude Lämmlibrunnenstr. 54: Innensanierung Hochhaus	2012								mittel	●	●	●	Bau	
Polizeiposten Wil: Erwerb und Neubau	2012								mittel	●	●	●	Bau	SJD
Theater St. Gallen: Umbau und Sanierung	2012								mittel	●	●	●	Botschaft	DI
Universität St. Gallen: Campus 2022	2012								gross	●	●	●	Projektdef.	BLD
Spitalregion KSSG: Haus 04: Gesamterneuerung	2012								klein	●	●	●	Botschaft	GD
BWZ Toggenburg: Erneuerung und Erweiterung	2012								gross	●	●	●	Projektdef.	BLD
GBS St. Gallen: Gesamterneuerung Standort Demutstrasse	2012								gross	●	●	●	Botschaft	BLD
Verwaltungsgebäude Schützengasse 1: Erwerb und Umbau	2013								mittel	●	●	●	Projektskizze	SJD
Prüfstelle Oberbüren: Neubau	2014								mittel	●	●	●	Projektskizze	SJD
Strafanstalt Saxerriet: Neubau Unterhaltszentrum	2014								mittel	●	●	●	Botschaft	SJD
Spital Wil: Umbau und Erweiterung Notfall/Labor/Verwaltung	2013								mittel	●	●	●	Bau	GD
Spitalregion KSSG: Neubau für 3. Linearbeschleuniger	2013								klein	●	●	●	Botschaft	GD
Spitalregion KSSG: Sanierung Energiezentrale	2010								mittel	●	●	●	Bau	GD
Kantonsschule Wattwil: Neubau	2012								mittel	●	●	●	Projektdef.	BLD
KPD Wil: Errichtung Forensik-Station									klein	●	●	●	Projektdef.	GD

(geplante) Projektdauer

Projektverlängerung

Projekt vorzeitig beendet

Änderung Projektstatus

Kantonsratsbeschluss

4. Quartal

3. Quartal

2. Quartal

1. Quartal

Definition Ressourcen

Personentage (PT)

Gesamtprojekt:

klein: 1 – 24 PT

mittel: 25 – 100 PT

gross: > 100 PT

● auf Kurs

● zusätzliche Anstrengung nötig

● Ziel verfehlt

BLD Bildungsdepartement

DI Departement des Innern

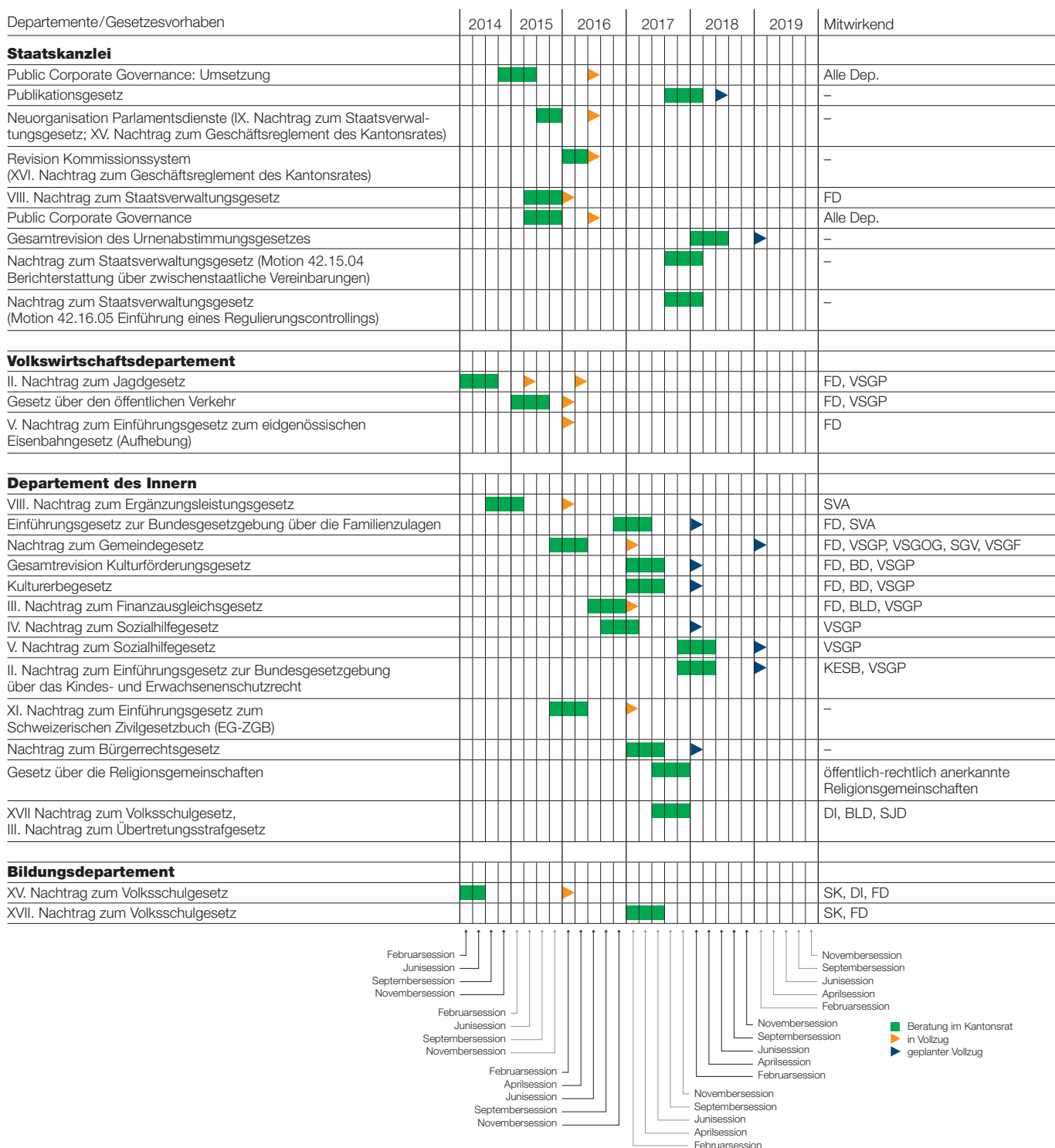
GD Gesundheitsdepartement

SJD Sicherheits- und Justizdepartement

VD Volkswirtschaftsdepartement

Gesetzesvorhaben

Die Übersicht über die Gesetzesvorhaben weist jene Gesetze aus, die von den Departementen sowie der Staatskanzlei im Berichtsjahr bearbeitet wurden oder seit 2016 angewendet werden. Ersichtlich sind der Beratungszeitpunkt der Gesetze durch den Kantonsrat, der (mutmassliche) Vollzugsbeginn, der Termin der allfälligen Volksabstimmung sowie die in Bearbeitung der Gesetzesvorhaben federführenden und mitwirkenden Departemente.



Departemente/Gesetzesvorhaben	2014	2015	2016	2017	2018	2019	Mitwirkend
Bildungsdepartement (Fortsetzung)							
XIX. Nachtrag zum Volksschulgesetz							SK, DI, SJD
XIII. Nachtrag zum Mittelschulgesetz							SK, VD, FD
IV. Nachtrag zum Einführungsgesetz zur Bundesgesetzgebung über die Berufsbildung							SK, VD, FD
V. Nachtrag zum Einführungsgesetz zur Bundesgesetzgebung über die Berufsbildung							SK, VD, FD
II. Nachtrag zum Gesetz über die Pädagogische Hochschule							SK, FD
IV. Nachtrag zum Gesetz über die Universität St. Gallen							SK, FD
VI. Nachtrag zum Gesetz über die Universität St. Gallen							SK, FD, GD, HSG, KSSG
Kantonsratsbeschluss über die Genehmigung des Regierungsbeschlusses über den Beitritt zur Vereinbarung über die Hochschule Rapperswil							SK, FD, Mitträgerkantone SZ und GL
Gesetzgeberische Vorlage zur Neustrukturierung der Trägerschaft der Fachhochschulen im Kanton St. Gallen							SK, FD, BD, Mitträgerkantone TG, AR, AI, SZ, GL, SH sowie FL
Kantonsratsbeschluss über einen Sonderkredit für eine IT-Bildungsoffensive							SK, VD, FD
Finanzdepartement							
IV. Nachtrag zum Gesetz über die Gebäudeversicherung							GVA
XI. Nachtrag zum Steuergesetz							–
XII. Nachtrag zum Steuergesetz							–
Gesetz über die E-Government-Zusammenarbeit							E-Government-Kooperationsgremium
II. Nachtrag zum Personalgesetz							Alle Dep.
XIII. Nachtrag zum Steuergesetz							–
XIV. Nachtrag zum Steuergesetz							–
Baudepartement							
Planungs- und Baugesetz							Alle Dep. inkl. SK
Kantonale Anschlussgesetzgebung zum eidgenössischen Geoinformationsgesetz							SK
III. Nachtrag zum Vollzugsgesetz zur eidg. Gewässerschutzgesetzgebung							SK, VD, FD
Sicherheits- und Justizdepartement							
Beitritt Konkordat private Sicherheitsdienstleistungen und IX. Nachtrag zum Polizeigesetz							–
VIII. Nachtrag zum Gesetz über die Verwaltungsrechtspflege							–
XII. Nachtrag zum Einführungsgesetz zum ZGB							–
XIII. Nachtrag zum Polizeigesetz							DI, BLD
II. Nachtrag zum Einführungsgesetz zur Bundesgesetzgebung über den Zivilschutz							FD, GD
Nachträge zu den Einführungsgesetzen zur Schweizerischen Zivilprozessordnung und zur Schweizerischen Strafprozessordnung							Kantonsgericht

Februar
Juni
September
November

Februar
Juni
September
November

Februar
Juni
September
November

Februar
Juni
September
November

Februar
Juni
September
November

Februar
Juni
September
November

November
September
Juni
April
Februar

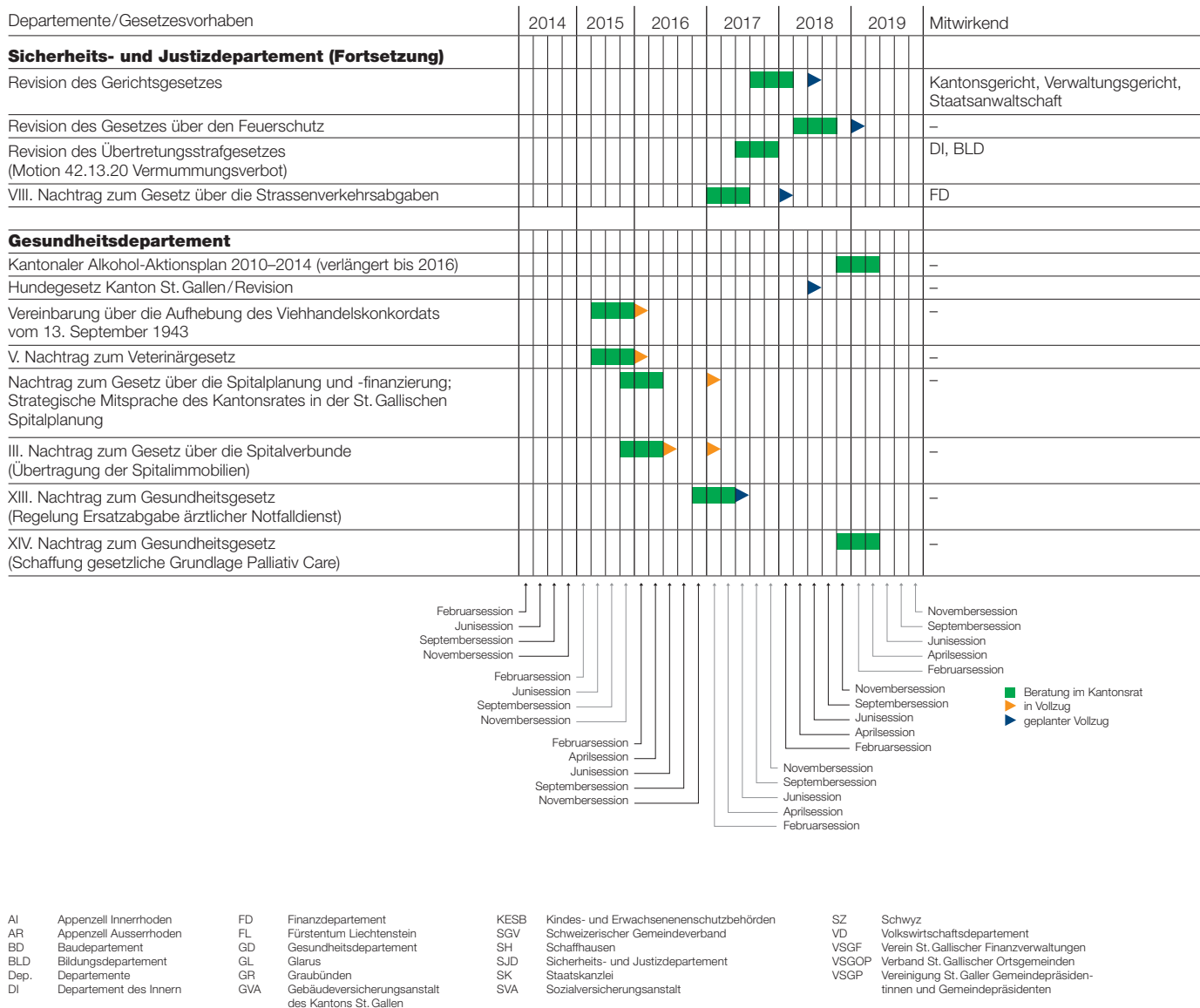
November
September
Juni
April
Februar

November
September
Juni
April
Februar

November
September
Juni
April
Februar

November
September
Juni
April
Februar

Beratung im Kantonsrat
in Vollzug
geplanter Vollzug



Antrag

Wir beantragen Ihnen, Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, vom Geschäftsbericht der Regierung über das Jahr 2016 Kenntnis zu nehmen.

St. Gallen, 14. März 2017

Im Namen der Regierung,
Der Präsident:

Martin Klöti

Der Staatssekretär:

Canisius Braun

**Regierung des
Kantons St.Gallen**



Regierungsgebäude
9001 St. Gallen

Telefon 058 229 32 60

info.sk@sg.ch
www.sg.ch